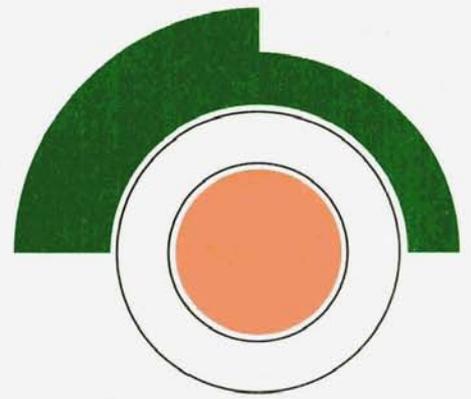


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 19. 12. 1996

## WORT UND WIDERWORT

### Kann geändertes Mietrecht Wohnungsbau für Investoren attraktiver machen?

Ein Abbau des Mieterschutzes führe mitnichten dazu, daß mehr Wohnungen gebaut würden. Entscheidend für die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau seien eine langfristige Vermietbarkeit von Wohnungen und verlässliche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Vermieter sowie Mieterinnen und Mieter. Auch in der derzeitigen Diskussion über eine Änderung des geltenden Mietrechts würden Sozialdemokraten darauf achtgeben, daß die notwendigen Schutzrechte der Mieter nicht ausgehöhlt würden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Gerd-Peter Wolf**. Der CDU-Abgeordnete **Siegfried Zellig** unterstreicht, ein übersichtliches und verständliches Mietrecht müsse den Wohnungsbau für Investoren attraktiv machen. Gerade viele kleine Investoren wie Handwerker und Mittelständler bauten heute keine Mietwohnungen mehr, da ihnen das heutige Mietrecht zu unübersichtlich sei. Letztendlich müsse man erkennen, daß neben einem sozial ausgestalteten Mietrecht der beste Mieterschutz immer noch der Neubau von Wohnungen sei. Die GRÜNE-Abgeordnete **Hedwig Tarnier** hielt eine Vereinfachung des Mietrechts für notwendig. Bei der Überarbeitung des Mietrechts dürfe es aber zu keiner Verschlechterung der Rechte von Mieterinnen und Mietern kommen. Eine Steigerung der Investitionen könne von einem Abbau der Mieterrechte nicht erwartet werden. Die Investitionsbereitschaft werde viel stärker beeinflusst durch die Entwicklung der Baupreise, Explosion der Bodenpreise oder langfristig zu kalkulierende Risiken wie Zinsniveau oder die Stabilität der Bedingungen staatlicher Wohnungsbauförderung. (Seite 2)

## Kostenerstattung für bosnische Flüchtlinge

### Land lehnt Kompensation des Bundes ab

Die Landesregierung hat Bedenken gegen die Forderung aus der CDU-Fraktion, sie solle die auf den Bund entfallende Hälfte der Kostenpauschale (die Bonn bisher verweigert) für die bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge vorläufig übernehmen und den Gemeinden auch für die zurückliegenden Jahre überweisen.

flüchtlingen erfüllen müsse. Bei einer gesetzlichen Neuregelung werde auch die Haushaltssituation des Landes eine Rolle spielen, erklärte Kniola, und Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) sprang ihm bei: „Zu allen Kompensationen des Bundes sind und werden wir nicht in der Lage sein.“

Dies machte Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) am 13. Dezember in seiner Antwort auf die Dringliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Stefan Frechen deutlich. Frechen hatte nach den Urteilen des Verfassungsgerichtshofs des Landes vom 9. Dezember dieses Jahres gefragt. In ihnen hatte das Gericht im Teilbereich der Regelung für bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge eine Verletzung des Willkürverbots erkannt, die in der unterschiedlichen Behandlung von Flüchtlingen zum Ausdruck komme. Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang an Absprachen über die hälftige Beteiligung des Bundes und an den gemeinsamen Konsens, den der Landtag in dieser Frage gefunden habe. Die Landesregierung stehe immer noch auf dem Standpunkt, daß der Bund seine Verpflichtung gegenüber den bosnischen Bürgerkriegs-

## Die Woche im Landtag

### Haushalt 97

Nachdem der Landtag die Einzelpläne in 2. Lesung beraten hatte, verabschiedete er den Haushalt 1997 am 18. Dezember in 3. Lesung mit Mehrheit. (Seite 3)

### Rundfunk

Bei einer Mediendebatte wurde von allen Seiten die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der dualen Rundfunkordnung unterstrichen. (Seite 11)

### Brücke

Im Hauptausschuß wurde deutlich: Bonn soll als Brücke zwischen Berlin und Brüssel neues politisches Profil erhalten. (Seite 16)

### Leistung

Das gesamte Schulwesen hat sich nach Ansicht der Schulministerin den Anforderungen an Leistungsfähigkeit zu stellen. (Seite 24)

### Ruhrbistum

Vor 40 Jahren ist das Ruhrbistum Essen gegründet worden. Ministerpräsident Fritz Steinhoff unterzeichnete für das Land den Vertrag. (Seite 27)

### Rückblick

Der Rückblick zeigt: Höhepunkt des parlamentarischen Jahres waren die Feiern aus Anlaß von 50 Jahren Landtag Nordrhein-Westfalen. (Seite 28)



Umzug 1999 ... 2000 ... 2001 ... 2002

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Mieter-Schutzrechte dürfen nicht ausgehöhlt werden

Von  
Gerd-Peter Wolf

Die Behauptung — insbesondere von einigen Wirtschaftsliberalen und ihnen Nahestehenden aufgestellt — ein geändertes Mietrecht (in der Vorstellung derjenigen, die diese Behauptung aufstellen: ein zu Lasten von Mieterinnen und Mietern geändertes Mietrecht) führe dazu, Wohnungsbau für Investoren attraktiv zu machen, hält einer Überprüfung nicht stand. Das soziale Mietrecht, das maßgeblich von Sozialdemokraten geschaffen wurde, stellt einen sozial gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Mietern und Vermietern dar. Unter diesem — dem geltenden — Mietrecht hat der Wohnungsbau in den letzten vier Jahren Rekordhöhen erreicht, was die Zahl fertiggestellter Wohnungen angeht. Andererseits hatte der Mietwohnungsbau in der Mitte der 80er Jahre einen starken Rückgang zu verzeichnen. Dies obwohl die Bundesregierung im Jahr 1983 mit dem „Gesetz zur Erhöhung (!) des Angebots an Mietwohnungen“ Mietrechte deutlich abgebaut hatte. Allein der Vergleich von Ergebnissen und Voraussetzungen, unter denen sie zustande gekommen sind, zwischen den beiden zeitlichen Phasen Mitte der 80er und Mitte der 90er Jahre beweist, daß ein Abbau des Mieter-

### SPD: Geltendes Mietrecht schafft gerechten Interessenausgleich

schutzes mitnichten dazu führt, daß mehr Wohnungen gebaut werden.

Entscheidend für die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau sind eine langfristige Vermietbarkeit von Wohnungen und verlässliche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Vermieter und Mieterinnen und Mieter. Auch in der derzeitigen Diskussion über eine Änderung des geltenden Mietrechts werden Sozialdemokraten darauf achtgeben, daß die notwendigen Schutzrechte der Mieter nicht ausgehöhlt werden. Ein ausreichender und verlässlicher Mieterschutz ist ein Gebot des sozialen Rechtsstaates. Für eine Änderung der materiellen Grundlagen des Mietrechts gibt es keine Notwendigkeit. Notwendig ist allerdings eine Vereinfachung des Mietrechts insofern, als es praktikabler gestaltet werden kann und muß. Die vielen Mietrechtsnovellen der vergangenen Jahre und die Segmentierung des Mietrechts in verschiedenen Gesetzen (u. a.: BGB, Miethöhengesetz, Wirtschaftsstrafgesetz, Sozialklauselgesetz, Mietrechtsverbesserungsgesetz) machen das Mietrecht unübersichtlich und schwer praktikabel. Alle Vorschläge, die zu einer Vereinfachung und übersichtlichen Gestaltung des Mietrechts beitragen und es damit einfacher handhabbar machen, sind zu begrüßen, solange sichergestellt ist, daß es zu keiner Verschiebung der mieterrechtlichen Grundlagen zugunsten einer der beiden Vertragsparteien kommt.

Den Wohnungsbau für Investoren attraktiver machen könnte die Bundesregierung dadurch, daß sie die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau nicht, wie in den vergangenen Jahren, immer weiter kürzt, sondern diese Mittel deutlich steigert.

Von  
Siegfried Zellnig

Anfang 1997 wird ein Referentenentwurf zur Mietrechtsnovelle vorgelegt. Bund und Länder haben ein erstes Konzept zur Mietrechtsreform erarbeitet. Die CDU hat klargestellt, daß der Kern des sozialen Kündigungsschutzes nicht angegriffen werden darf. Einig ist man auch in der Auffassung, daß ein neues Mietrecht Sicherheit für Mieter, Vermieter und potentielle Investoren in den Wohnungsbau bringen muß. Das neue Mietrecht soll übersichtlich und verständlich für jedermann sein. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorschläge zur Mietrechtsnovellierung erarbeitet hat, welche nicht einseitig zu Lasten der Mieter oder Vermieter gehen.

Darüber hinaus hat der Bundesbauminister Prof. Dr. Klaus Töpfer angekündigt, daß er mit dem neuen Wohnungsgesetzbuch für mehr soziale Gerechtigkeit und ein Ende der Fehlsubventionierung im Sozialmietwohnungsbau Sorge tragen will. Eine Wohnungsbaupolitik aus einem Guß muß für Bund, Länder und Gemeinden sowie Investoren in den Wohnungsbau

### CDU: Neues Mietrecht muß ausgewogen sein

dringend umgesetzt werden. Ein funktionierender, sozialer, ökonomisch und ökologisch ausgerichteter Wohnungsmarkt ist der beste Garant für die Wohnraumversorgung aller. Die Politik muß sich dabei besonders um die Haushalte kümmern, die nach wie vor Probleme haben, überhaupt eine bezahlbare Wohnung zu finden. In aller Regel sind dies einkommensschwache, alleinerziehende oder aber kinderreiche Familien.

Ein übersichtliches und verständliches Mietrecht muß den Wohnungsbau für Investoren attraktiv machen. Gerade viele kleine Investoren (Handwerker, Mittelständler) bauen heute keine Mietwohnungen mehr, da ihnen das heutige Mietrecht zu unübersichtlich ist. Letztendlich muß man erkennen, daß neben einem sozial ausgestalteten Mietrecht der beste Mieterschutz immer noch der Neubau von Wohnungen ist.

Seit den 30er Jahren versucht man ein verständliches Mietrecht zu schaffen, welches einen gerechten Interessenausgleich zwischen Vermietern und Mietern schafft. Durch das Konzept der Bund/Länder-Arbeitsgruppe ist eine gute Ausgangsbasis für ein solches Mietrecht vorgelegt worden. Ich hoffe, daß durch dieses Konzept erreicht wird, daß die Novellierung des Mietrechts nicht für politische Grabenkämpfe oder Profilierung ausgenutzt wird. Es kann nur im Interesse aller Mieter und Vermieter sein, daß das neue Mietrecht ökonomisch und sozial ausgewogen ist.

Von  
Hedwig Tärner

Der Wohnungsbau hat zwei Funktionen, zum einen werden Wohnungen gebaut, die das Zuhause der Mieterinnen und Mieter sein sollen, zum anderen sind die Wohnungen eine Form der Geldanlage von Investoren. Das gültige Mietrecht ist ein Kompromiß zwischen den Interessen der Mieterinnen und Mieter und der Vermieterinnen und Vermieter. Die hohen Fertigstellungszahlen der letzten Jahre, auch im sozialen Wohnungsbau, zeigen, daß das Mietrecht kein Investitionshindernis dargestellt hat. Wenn nun von seiten der Bundesregierung mit der Abrißbirne gegen das soziale Mietrecht vorgegangen werden soll, wird hier Klientelpolitik für die Investoren und gegen die Mieterinnen und Mieter gemacht.

Bei der Fragestellung „Kann geändertes Mietrecht Wohnungsbau für Investoren attraktiver machen?“ wird die Novellierung des Mietrechtes nur unter den Gesichtspunkten der Investoren betrachtet. Dies greift eindeutig zu kurz. Es ist der Versuch, der Bundesregierung positive Aktivitäten in der Mietpolitik zu attestieren. Für die Mieterinnen und Mieter stellen sich die letzten Jahre jedoch ganz anders dar: Die Bundesregierung hat tatenlos zugehört, als die Mieten explodiert sind. Die Mietsteigerungsrate liegt regelmäßig oberhalb der Entwicklung der übrigen Lebenshaltungskosten. Kontinuierlich steigen die Mietbelastungen der priva-

### GRÜNE: Mietrecht bedarf einer Novellierung

ten Haushalte, denn die Reallöhne sinken und das Wohngeld ist eingefroren.

In dieser Situation kommt die Bundesregierung mit einer Reform des Mietrechtes. In dem „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ soll eine „marktnähere Mietanpassung“ ermöglicht werden. Eine höhere Rendite soll zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geschaffen werden. Unter dem Titel Mietrechtsänderung verbergen sich bei der jetzigen Bundesregierung also ganz andere Zielsetzungen als die von vielen Gruppen der Bevölkerung erhofften.

Das Mietrecht bedarf einer Novellierung, jedoch mit einer anderen Ausrichtung. Zahlreiche Gesetzesänderungen, die Aufspaltung des Mietrechtes in verschiedene Gesetze, z.B. BGB, Miethöhengesetz, Wirtschaftsstrafgesetz und Mietrechtsverbesserungsgesetz, aber auch ein Wertewandel in der Gesellschaft, die notwendige Gleichstellung von verheirateten und nichtverheirateten Paaren, haben den Gebrauch des Mietrechtes für Mieterinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter erschwert. Oft können die Streitigkeiten nur noch in gerichtlichen Auseinandersetzungen geklärt werden.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Mietrecht erarbeitet zur Zeit Vorschläge zur Vereinfachung der Mietgesetzgebung. Diese Vereinfachung ist notwendig, da sie beiden Seiten Vorteile bringt. Bei der Überarbeitung des Mietrechtes darf es aber zu keiner Verschlechterung der Rechte von Mieterinnen und Mietern kommen.

Eine Steigerung der Investitionen kann von einem Abbau der Mieterinnen- und Mieterrechte nicht erwartet werden. Die Investitionsbereitschaft wird viel stärker beeinflußt durch die Entwicklung der Baupreise und die Explosion der Bodenpreise oder durch langfristig zu kalkulierende Risiken wie allgemeines Zinsniveau, Stabilität der Bedingungen staatlicher Wohnungsbauförderung und die Konkurrenz alternativer Kapitalanlagen.

# Landtag verabschiedet in dritter Lesung das Haushaltsgesetz 1997

## Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt vorrangig

Eine Generaldebatte über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation des Landes kennzeichnete die dritte Lesung des Haushaltsgesetzes 1997. Von den Koalitionsfraktionen und der Regierung wurden dabei noch einmal auf die wichtigste Aufgabe der Landespolitik, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, hingewiesen und der Bonner Regierung Versäumnisse angelastet. Die Opposition nannte die Probleme in Nordrhein-Westfalen „hausgemacht“. Der Haushalt, der mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die CDU angenommen wurde, sieht in den Gesamtausgaben 89,99 Milliarden Mark vor.

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, eröffnete die dritte Lesung des Haushaltsentwurfs mit Angriffen auf die rot-grüne Koalition des Landes: Sie tue nichts gegen den Arbeitsplatzverlust, gehe nicht gegen die Standortnachteile Bürokratie, Technologiefeindlichkeit und das ungünstige Investitionsklima aufgrund der GRÜNEN Regierungsbeteiligung vor. Die CDU habe ihre Vorschläge gemacht, aber die seien mit „purer Arroganz der Macht in den Wind geschlagen worden“. Dabei lägen die Alternativen klar auf der Hand, erklärte Linssen, Leistung und Investitionen müßten sich wieder lohnen – darum ein klares Ja zur Steuerreform zum 1. Januar 1999. Nötig sei eine Vielzahl neuer Betriebe, aber die Investoren müßten sicher sein, daß ihre Aktivitäten unterstützt werden. Erhalt und Ausbau der Infrastruktur seien zu sichern. Im Bildungswesen sei eine neue „Kultur der Selbstständigkeit“ vonnöten. Des weiteren müsse es die Flexibilisierung von Arbeitslöhnen und Arbeitszeit geben, setzte er die Aufzählung der Alternativen fort. Was den Landesstraßenbau angehe – „Rot lockt, Grün blockt“. Garzweiler II – „Grün klagt, Rot vertagt“. Flughafen Düsseldorf – „Der eine sagt hü, der andere hott“. Linssen verband die Hilfe für die heimische Steinkohle – dabei hielt er mehr als fünf Milliarden jährlich an Kohlsubventionen für unrealistisch – mit der Forderung nach einem neuen Energiemix unter Beteiligung der Kernkraft. Der CDU-Fraktionsvorsitzende kritisierte die geplante Abkehr von der Leistungsschule. Leistung aber sei der Rohstoff, der in einem rohstoffarmen Land gefördert werden müsse. Linssen schloß mit der Hoffnung, daß zum Wohle des Landes und der Menschen die rot-grüne Koalition bald an ihr Ende kommt.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, hielt dem Oppositionsführer vor, wenn dieser der Meinung sei, daß der Haushaltsentwurf verfassungswidrig sei, sei es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den Entwurf vor das Verfassungsgericht zu bringen. Wenn er ihn trotzdem nicht nach Münster bringe, werde er den Vorwurf der Scharlatanerie nicht mehr los. Matthiesen wertete den Haushaltsentwurf der Landesregierung als seriös, er führe die berechnen-



Sorgen um die Beschäftigungslage: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schälte

bare Finanzpolitik fort und setze Schwerpunkte in der Wirtschafts-, Struktur-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Steigerungsrate 97 gegenüber 96 betrage 0,9 Prozent plus. Damit unterschreite NRW die Empfehlungen des Finanzplanungsrates deutlich. Einen Sprengsatz für die Haushalte aller Ebenen sah er in der zunehmenden Pensionslast. Die Zahl der Frühpensionierungen müsse deutlich eingeschränkt werden. Zum Länderfinanzausgleich führte er an, die Wirkungen seien aus NRW-Sicht nicht mehr hinnehmbar. Aber man bekenne sich zur Verteilung der Lasten der Deutschen Einheit. Als Gefahr für den Sozialstaat bezeichnete er die vier Millionen Arbeitslosen im November. Die Steuer- und Abgabenbelastung hätten die Bonner Koalitionsparteien auf Rekordhöhen treiben lassen. Ein Durchschnittsverdiener müsse von seinem Bruttolohn 47,8 Prozent an Steuern und Abgaben entrichten. Matthiesen sprach sich für Spitzentechnologien aus. Tief besorgt zeigte er sich bei gesunkenen Ausgaben für Forschung über die Zukunftsentwicklung. Man könne sich keinen technologischen Pessimismus leisten. Der Umstrukturierungsprozeß der Steinkohle müsse sozialverträglich ablaufen. In aller Deutlichkeit befürwortete er eine Steigerung der Flughafeninfrastruktur. Der Flughafen Düsseldorf müsse international wieder 100prozentig konkurrenzfähig werden. Dazu gehöre auch die Verlängerung der Start- und Landebahn sowie die Privatisierung des Landesanteils am Flughafen. Zur Ausbildung merkte er an, der Ausbildungskonsens habe seine erste Feuerprobe bestanden.

**Gisela Nacken** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, die GRÜNEN hätten „Sparen für Reformen“ gewollt. Leider sei das zum reinen Sparen gegen weiter wachsende Verschuldung geworden, um das von Bonn verursachte Finanzdebakel aufzufangen. Dank Schleußer und seiner Kollegen gebe es jetzt eine weitaus bessere Situation, dafür sei ihm zu danken. Zwar gebe es Mindereinnahmen 1996 und einen geschätzten Verlust von 1,1 Milliarden Mark für NRW. Schleußers Haushaltsentwurf rechne mit geringerem Zuwachs als vorhergesagt. Die GRÜNEN nähmen nachhaltiges Wirtschaften sehr ernst. Der Haushalt erfülle ihre Maßstäbe: Beitrag zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit, zum Umweltschutz, für Bildung und Wissenschaft, gegen Entsolidarisierung, für soziale Gerechtigkeit. Die Gründungsoffensive werde nach gelungenem

Start weiter umgesetzt. Die dafür nötigen Mittel für den Beteiligungskapitalfonds seien noch nicht eingestellt. Sie hoffe auf weiteres Einvernehmen.

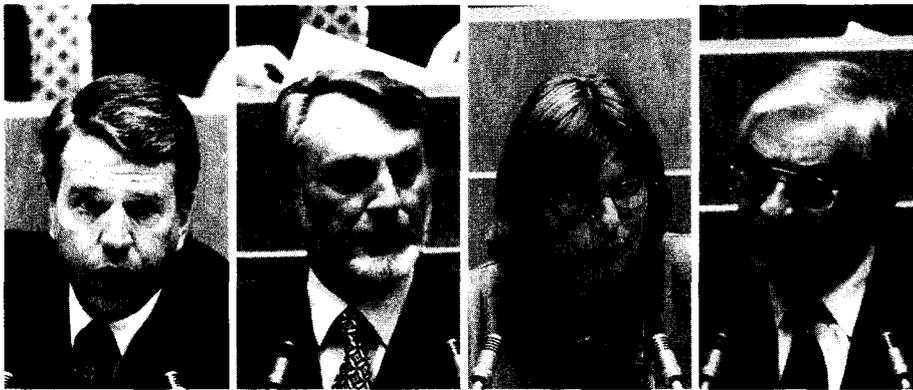
**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) hielt dem Oppositionsführer vor, er habe große Schwierigkeiten, „die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen so wahrzunehmen, wie sie ist“. Was Linssen dem Finanzminister und der Landesregierung vorwerfe, das halte keiner Überprüfung stand. Wenn gesagt werde, der Entwurf sei Makulatur oder nicht beratungsfähig, dann entgegne er: „Die Opposition ist nicht beratungsfähig, nicht der Etat.“ Es könne keine Rede davon sein, die Steuereinnahmen seien vom Finanzminister zu hoch angesetzt, im Gegenteil, „Heinz Schleußer arbeitet seriös und auf solider Basis“, nahm er den Landesfinanzminister in Schutz und reichte den CDU-Vorwurf in Richtung Bonn weiter, wo 1995 der Bundesfinanzminister seine Steuereinnahmen um 17 Milliarden zu hoch angesetzt habe: „Sie haben Ihre Vorwürfe im falschen Parlament erhoben, Sie verwechseln die Haushaltspolitik des Bundes mit der des Landes.“ Das Land sei nicht stärker verschuldet als andere Länder; bei der Pro-Kopf-Verschuldung liege es an vierter Stelle, in den letzten Jahren habe es sich hier zwei Stellen nach vorne gearbeitet. Die Investitionsquote gehe in allen Ländern zurück, die des Landes sei übrigens genauso hoch wie die in Baden-Württemberg. Zusammenfassend erklärte der Regierungschef: Der vorliegende Landshaushalt gebe die richtigen und notwendigen Antworten auf die Probleme im Lande; von einem unternehmerfeindlichen Klima in NRW könne keine Rede sein: In diesem Jahr gebe es 10 000 neue Unternehmen an Rhein und Ruhr, das seien so viele wie in Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Beim Länderfinanzausgleich, in den NRW seit 38 Jahren eingezahlt habe, gebe es sicherlich Reformbedarf, denn „es darf nicht sein, daß finanzstarke Länder finanzschwach werden und umgekehrt“.

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 1997.

## Wirtschaftsminister verspricht Ausbildungsplätze für alle bis Februar 1997

# CDU steigt bei zweiter Lesung aus Beratung aus SPD, GRÜNE und Minister verteidigen den Haushalt

Landtagspräsident Ulrich Schmidt hatte zu Beginn der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 1997 am 10. Dezember den Einzelplan 08 des Wirtschaftsministeriums aufgerufen, als sich CDU-Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen zu Wort meldete und klarmachte, daß seine Fraktion an den Haushaltsberatungen teilnehmen wolle, sich aber erstmalig an der Debatte selber nicht beteiligen werde. Als Grund gab Linssen an, man debattiere über Zahlen, die von vornherein nicht stimmten. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen hielt dagegen, der Haushaltsentwurf der Landesregierung berücksichtige die aus heutiger Sicht erkennbaren Risiken. Finanzminister Schleißer habe seine Annahmen hinsichtlich der Steuereinnahmen auf jeden Fall an der Wirklichkeit orientiert. Der Finanzminister selbst erläuterte, der Entwurf sei solide und enthalte Reserven für Haushaltsrisiken. GRÜNE-Fraktionssprecherin Gisela Nacken merkte an, gerade Haushaltsberatungen seien die Stunde der Opposition. NRW-Wirtschaftsminister Clement (SPD) erklärte beim Einstieg in die Einzelberatungen, jeder nordrhein-westfälische Jugendliche des Ausbildungsjahrganges 1995/96 werde bis zum Februar 1997 einen Ausbildungsplatz haben. Der Haushalt wurde in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die CDU beschlossen.



Beratung ohne Opposition: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schleißer (SPD).  
Fotos: Schälte

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, stellte zu Beginn klar: „Wir werden an der Haushaltsberatung teilnehmen, werden uns aber an den Debatten selber nicht beteiligen.“ Hier solle ein Landeshaushalt in zweiter Lesung beraten werden, „der das Papier nicht wert ist, auf dem er gedruckt ist“. Die „Herkulestat“ dieses Etatentwurfs durch die Landesregierung entpuppe sich als klägliches Debattieren über Zahlen, die von vornherein nicht stimmten, betonte der Fraktionschef und warf dem vorgelegten Haushalt vor, er lasse „nicht einmal im Ansatz“ den Willen zur Umsteuerung und zur Konsolidierung erkennen; die Nettoverschuldung wachse, und der Schuldenberg steige weiter, die Investitionsquote sei in nur 15 Jahren nahezu halbiert worden. Linssen: „Es geht weiter in diesem Versündigen dieser Regierung an den Rechten der nächsten Generation.“ Die Investitionspauschale der Kommunen werde gekürzt, während „Staatsknete“ für die für die Spielwiesen des grünen „Luxuspartners“ vorhanden sei. Als zweiten Vorwurf gegen den Haushalt nannte der Sprecher die Mißachtung wesentlicher Haushaltsrisiken und den Verstoß gegen Haushaltsgrundsätze. So verschweige der Finanzminister „wider besseres Wissen“ die verschlechterte Einnahmesituation bei den Steuereinnahmen. Zusammen mit den Folgen aus dem Urteil aus dem Asylbewerberleistungsgesetz sei von einem Fehlbetrag von 1,2 Milliarden Mark auszugehen. Auch wenn der Finanzminister dieses Loch „schönrechne“, dann bleibe immer noch eine Lücke von 800 Millionen Mark —

damit sei der Etat nicht verhandlungsfähig. Der CDU-Oppositionsführer prognostizierte angesichts dieser Daten „entweder eine sofortige Haushaltssperre oder einen Nachtragshaushalt“. Abschließend erklärte er unter anhaltendem und lebhaftem Beifall seiner Fraktion: „Wir machen diesen Betrug an den Bürgern, an den Kommunen, an den Leistungsempfängern im Land Nordrhein-Westfalen nicht mit und werden uns deshalb so verhalten, wie wir vorgetragen haben.“

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte, als sich der Oppositionsführer bei dem Einzelplan 08, das heiße dem Einzelplan des Wirtschafts- und Verkehrsministers zu Wort gemeldet habe, habe er zunächst gedacht: Donnerwetter, der Oppositionsführer habe die Zeichen der Zeit und die Prioritäten richtig erkannt, denn in der Tat sei das Problem der Arbeitslosigkeit das gesellschaftspolitisch Wichtigste. Statt dessen habe er mitteilen wollen, daß seine Fraktion bei dieser zweiten Lesung im Parlament körperlich anwesend, geistig aber nicht anwesend sein wolle. Das habe offensichtlich auch etwas mit der gültigen Sitzungsgeldregelung des Landtages von NRW zu tun. Matthiesen folgerte: „Entweder ist man verantwortungsbewußt, als Landtagsabgeordneter anwesend und nimmt an den Haushaltsplanberatungen teil, oder man ist konsequent und verläßt den Plenarsaal, aber dann auch mit allen Konsequenzen.“ Das Manöver diene allein zwei Absichten und sei deshalb nicht seriös. Es gehe erstens darum, von der politischen Verantwort-

ung der Bonner Koalitionsparteien für das finanzpolitische Chaos in Deutschland abzulenken sowie zum zweiten von der eigenen Konzeptionslosigkeit. Der SPD-Fraktionschef führte weiter aus, der Haushaltsentwurf der Landesregierung berücksichtige die aus heutiger Sicht erkennbaren Haushaltsrisiken. Die aktuelle Steuerschätzung aus dem November kalkuliere für die Länder Steuermehreinnahmen in Höhe von 4,3 Prozent von 1996 auf 1997. Im vorliegenden Haushaltsentwurf rechne der Finanzminister mit einem Zuwachs der Steuern um 1,5 Prozent. Das heiße für jedermann: Schleißer habe seine Annahmen hinsichtlich der Steuereinnahmen auf jeden Fall an der Wirklichkeit orientiert. Matthiesen fügte an, Nordrhein-Westfalen gebe, verglichen mit anderen Flächenländern, die geringste Rate seiner Steuern für Personal aus: 1997 39 Prozent. NRW liege mit seiner Neuverschuldung, mit seinen Schulden insgesamt unter den in Maastricht gezogenen Grenzwerten.

**Gisela Nacken** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, bekundete Unverständnis für Linsens Haltung. Das sei Akrobatik, nicht geeignet für das Parlament. Gerade Haushaltsberatungen seien die Stunde der Opposition, die die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen ins Kreuzverhör zu nehmen habe. Die CDU habe keinen einzigen fachlichen Antrag zum Haushaltsentwurf gestellt. Es habe Anträge der Koalition gegeben, bei denen sie Initiativen der CDU in finanzwirksame Programme umgesetzt habe. Selbst da hätten CDU-Fachleute dagegen stimmen müssen, was denen weg getan habe. Die von der CDU angeführten Haushaltsrisiken seien sehr ernstgenommen worden. Für die Kompensation für den Wegfall der Vermögensteuer habe Linssen nicht gekämpft, sondern der NRW-Finanzminister, zusammen mit Kollegen CDU-regierter Länder. Von den nicht ausgeglichenen 1,1 Milliarden Mark Länderverlusten habe NRW 290 Millionen zu tragen. Die GRÜNEN und die SPD-Fraktion hätten eine Einsparkommission einberufen und würden ihre Bemühungen fortsetzen, um die Neuverschuldung herunterzufahren. Die CDU werde ihre Leidenszeit in der Opposition durch die Verweigerung verlängern.

**Finanzminister Heinz Schleißer** (SPD) warf Linssen frühere Erklärungen vor, der Haushalt sei nicht beratungsfähig, und bezeichnete seine eigene Argumentationslinie als über Monate hinweg geradlinig. Neu sei seit dem Vortrag ein Haushaltsloch von 150 bis 200 Millionen durch das Verfassungsgerichtsurteil. Schleißer gab Linssen recht, das Ergebnis des Haushalts 1996 sei Basis für die folgenden Jahre. Die Ausfälle von 1,7 Milliarden Mark, die zur Haushaltssperre vom Mai 1996 geführt hätten, seien beherrschbar gewesen. Ende Oktober habe er das bestätigen können. Das Ergebnis des Bonner Vermittlungsausschusses halte er für steuerpolitisch falsch, denn es gebe keinen plausiblen Grund, auf die private Vermögensteuer zu verzichten. Das Steuer-Ge-

samtergebnis werde so bleiben wie der Ansatz. Die schematisierte Regionalisierung sei noch nie übernommen worden, weil Sonderfaktoren zu berücksichtigen seien. Der Finanzminister werde die Nettokreditermächtigung wiederum nicht aufbrauchen. Die NRW-Finanzpolitik habe bundesweit einen guten Ruf, der sich auf entschlossenes Handeln stütze. Das werde er fortsetzen.

In der sich darauf entspannenden Geschäftsordnungsdebatte beantragte SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen, der Landtag möge zur Sache, das heißt zum Einzelplan des Wirtschaftsministers, sprechen. Es müsse mit der „Taktiererei der Opposition“ Schluß sein, notfalls durch Mehrheitsentscheidung. Es dürfe nicht dazu kommen, „daß wir den Einzelplan 08 nicht mehr aufrufen und beraten können, weil alle im Ältestenrat vorgesehenen Grundredezeiten und weitere Runden verbraucht sind“. Dieser Etat sei nicht umsonst an die erste Stelle gesetzt worden: Arbeitslosigkeit, Strukturwandel und Technologieförderung dürften als wichtiges Thema dieses Landes durch die Opposition nicht verdeckt werden; dies sei mit der SPD-Fraktion nicht zu machen. Der Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Hardt, rügte, wie hier von der SPD mit der Opposition „umgesprungen“ werde: „Hier machen Sie deutlich, daß Sie mit Ihrer Machtstruktur uns einfach einen Maulkorb umhängen wollen.“ Seine Fraktion beantrage eine zweite Runde, um auf das vom Finanzminister Gesagte antworten zu können. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hatte gegen eine solche Runde nichts einzuwenden — „aber mit dem Versprechen, daß danach endgültig zur Sache geredet wird“. Das geschehe um des lieben vorweihnachtlichen Friedens wegen, betonte er und fügte an die Adresse der CDU hinzu: „Je länger Sie zu diesem Thema reden, desto besser für uns.“

## Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionschef, merkte an, es sei schon bezeichnend, daß der Finanzminister und die GRÜNEN „nur zum Jahressteuergesetz, also zur Vermögensteuer und alledem, was inzwischen erledigt ist, reden. Dies geschieht, weil der Finanzminister sagt, daß er mit den Kompensationen und dem, was noch als Vermögensteuer aus dem vergangenen Jahr nachläuft, hervorragend zurechtkommt“. Aber es gehe hier um Steuerausfälle; dazu habe der Minister Stellung zu nehmen (und dies im Haushalts- und Finanzausschuß verweigert), ob es nämlich stimme, daß „die Steuerschätzung November 1996 ein Loch von einer Milliarde Mark gegenüber der Steuerschätzung Mai 1996 darlegt, auf der der Haushalt 1997 beruht. Das ist der entscheidende Punkt“. Der ganze Haushalt sei — er wiederhole es — nicht beratungsfähig. An den SPD-Fraktionschef gewandt schloß er: „Ich kann schon verstehen, daß der Kollege Matthiesen in Anbetracht des ganzen Desasters, das sich in dieser Koalition zeigt, und in Anbetracht seiner Einlassung, die er heute hier vorgebracht hat — jetzt zitiere ich ihn wörtlich —, bei seiner täglichen Arbeit phasenweise Anflüge tiefer Depression verspürt.“



CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen am Rednerpult vor den Ministerbänken mit Ministerpräsident Johannes Rau (SPD, vorne).  
Foto: Schälte

Meisterprämie, Gründungsoffensive, Ausbildungskonsens lobten Sprecher der Koalitionsfraktionen als Erfolge der Wirtschaftspolitik.

**Bodo Hombach** (SPD) nahm der CDU die Auseinandersetzung über Wirtschaftspolitik, „die Mutter der Politik in schweren Zeiten“, übel, da man sich gerade über Grundzüge verständigt habe. Der Haushalt setze Leuchttürme, Signale, Marksteine in der Wirtschaftspolitik. Schon Ludwig Erhard habe vor ideologischer Panikmache gewarnt. Was die CDU mache, sei eine Frechheit. Die Bonner Finanzpolitik verunsichere die Wirtschaft mehr als alles andere, die des Landes sei seriös. Er vermisse die Unterstützung der CDU der Minister beim Kampf um mehr Gerechtigkeit in Finanzausgleich des Bundes. Der Wirtschaftsetat steige um 8,9 Prozent auf 2,79 Milliarden Mark. Die Wirtschaftsförderung werde aufgestockt: Gründungsoffensive, Technologieprogramme, Rationelle Energie. Über Meisterprämie, Ausbildungskonsens, Beteiligungskapitalfonds, Regionalförderung, Steinkohle könne wegen der CDU-Lavierei nicht debattiert werden.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) bedauerte ebenfalls, nicht ausführlich zu Etatposten für Frauen in der Wirtschaft sprechen zu können. Die Bilanz der Gründungsoffensive könne sich nach einem Jahr sehen lassen: 125 Gründertage und Messen mit 11 000 Teilnehmern. Sie werde zusätzliche Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang und Innovationen schaffen. Mit einem 135-Millionen-Programm „Bahnland NRW“ wollten die GRÜNEN eine zukunftsfähige Industriepolitik einleiten. In NRW seien 100 000 Erwerbstätige vom System Schiene abhängig. Jedes vierte NRW-Bahn-Unternehmen habe Produktion ins Ausland verlagert. Die Landesregierung stehe kleineren Unternehmen nicht zur Seite. Leider sei der Koalitionspartner noch nicht von dieser neuen Industriepolitik überzeugt.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) erinnerte an die vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland und 840 000 in

NRW und bezweifelte die Akzeptanz dieser Debatte. In Bonn finde das Wichtigste nicht statt, die Senkung der Lohnnebenkosten, sondern das Gegenteil. Das sei Gift für die Unternehmen und Standorte. Die Landesregierung versuche, alles mögliche für neue Arbeitsplätze zu tun. Den Partnern beim Ausbildungskonsens sei zu danken. Am 1. Februar 1997 werde jeder Auszubildende einen Platz haben, knapp 2 000 auf überbetrieblichen Ausbildungsplätzen, die anderen auf betrieblichen. Über mehrere Jahre sollten auch Neugründungen zu Ausbildung und Arbeit führen. Mit der Meisterprämie seien 4 500 Arbeitsplätze angestoßen worden. Im Bereich Multimedia gebe es in NRW jetzt 130 000 Arbeitsplätze, fast doppelt so viele wie im Bergbau. Anstrengungen bei Bio- und Gentechnologie sowie Energietechnik würden verstärkt. Wegen High-Tech müsse auch der Steinkohlenbergbau lebensfähig bleiben.

**Bodo Hombach** (SPD) äußerte Verständnis für die Enttäuschung des Ministers, dem es um die Sache gehe, über die CDU, die von den Erfolgen im Lande ablenken wolle, und zählte gestiegene Haushaltspositionen im Einzelplan 08 auf. Zum 18. November seien 821 Betriebe mit 1699 Arbeitsplätzen neu geschaffen worden und 1 255 Arbeitsplätze in 456 übernommenen Betrieben. Auf öffentliche Mittel gerechnet, seien das 6 000 Mark pro qualifizierten Arbeitsplatz. Er kenne kein anderes Programm mit soviel Erfolg bei so geringem Mitteleinsatz. Außerhalb der EU-Fördergebiete gebe es erhebliche Probleme. Deshalb habe das Land 20 Millionen für Nicht-EU-Regionen zur Verfügung gestellt.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) erklärte zur Energie- und Wirtschaftspolitik, daß Kraft-Wärme-Kopplungen das Rückgrat einer ökologischen Energieversorgung seien. Das Programm zur Fernwärmeförderung sei deswegen um 8 Millionen Mark aufgestockt worden. Die Nichtbeteiligung der CDU an der Debatte nannte er eine „Null-Lösung“. Im Bereich der Steinkohlepolitik dürfe das Land nicht zum „Ausfallbürgen für den Bund“ werden. Ausdrücklich begrüßte

Busch das Ziel von Minister Clement, die Erwerbslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu halbieren. Die geeigneten Instrumente zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit seien Arbeitszeitverkürzung, Überstundenabbau und Teilzeitarbeit. Busch beklagte allerdings, daß die originären Landesmittel für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs gekürzt worden seien. Hier müsse das Thema „Arbeit und Umwelt“ noch mit Leben gefüllt werden.



Steigender Wirtschaftsetat: v.l. Bodo Hombach (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE), Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) und Dr. Manfred Busch (GRÜNE).  
Fotos: Schälte

## ÖPNV wird gefördert Ausbau des Straßennetzes

*Förderung des ÖPNV und Ausbau des Straßennetzes. Diese Schwerpunkte kennzeichnen den Etatbereich „Verkehr“ im Einzelplan 08 Wirtschaft.*

**Heinz Hunger** (SPD) räumte ein, daß die Ausgaben im Verkehrshaushalt von den Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung nicht unberührt blieben. Trotzdem leistete der Verkehrshaushalt 1997 mit Investitionsausgaben von mehr als 1,6 Milliarden Mark einen deutlichen Beitrag zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Rund 82 Prozent der Haushaltsmittel für den Verkehrsbereich seien für den Öffentlichen Personennahverkehr und die Schiene eingesetzt worden; in den Straßenbau flößen lediglich 15,5 Prozent. Die Vorrangpolitik für den ÖPNV würde durch diesen Haushalt in klarster Weise dokumentiert. Im Bereich des Straßenbaus habe der Bau von Ortsumgehungen Vorrang, um das „Leben von Mensch und Umwelt“ in den Innenstädten angenehmer zu machen. Der Luftverkehr sei, nach Meinung der SPD, für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, für die Weiterentwicklung der Strukturen des Landes ein wichtiger politischer Aspekt.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE) sah einen „riesigen Nachholbedarf beim ÖPNV und

für den Schienenverkehr in Nordrhein-Westfalen“. Da sei der vom Koalitionspartner vorgenommene Rückzug des Landes aus der ÖPNV-Förderung nicht die richtige Weichenstellung, betonte er und kündigte an, seine Fraktion werde auf diesem Feld nicht lockerlassen. Er zählte die bereits erzielten Erfolge auf, etwa den für das kommende Jahr angekündigten ÖPNV-Bedarfsplan für das ganze Land (und nicht nur für die Ballungsräume). Eichenseher sah die Verkehrspolitik nicht als geeigneten Ort an, um Machtkämpfe auszutragen, wie er der SPD sagte, der er eine „konstruktive, fachlich vertretbare und inhaltlich schlüssige Politik“ nahelegte. Als wichtigen Prüfstein erwähnte er die S 9 zwischen Haltern und Wuppertal, wo innovative Bahntechnologie zu installieren sei; dies wäre ein Exportschlag für die Bahnindustrie des Landes. Ein anderer Punkt sei die Umstellung der Schienenfahrzeugförderung auf einen Fahrzeupool, der kleineren Mitbewerbern der Deutschen Bahn AG die Öffnung des Marktes erleichtern könnte.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) betonte, daß es für die Sicherung der Mobilität außerordentlich wichtig sei, alle Verkehrsträger gleichermaßen zu berücksichtigen. In NRW bestünde auf allen Sektoren Erneuerungsbedarf, auf der Straße, auf der Schiene und in der Luft. Mit diesem Haushalt seien die Voraussetzungen geschaffen, um die Entwicklung in NRW im

Verkehrsbereich voranzubringen. Man werde in der Lage sein, in NRW auch die Bundesautobahnen in einem ziemlich hohen Tempo in einen Zustand zu versetzen, der die Mobilität auf den Straßen sichere. Im Landesstraßenbau seien es insgesamt 266 Millionen, die man für den Neubau, den Um- und Ausbau, für den Radwegbau und für Erhaltungsinvestitionen einsetze. Beim ÖPNV räumte der Minister besonders mit Sicht auf den Metropolcharakter des Rhein-Ruhrgebietes ein, man brauche eine Verdoppelung des Taktverkehrs und eine erhebliche Verbesserung im ÖPNV-Netz.

## Arbeit, Gesundheit, Soziales

*Die von der Bundespolitik gesetzten Koordinaten und die Möglichkeiten des Landes, angesichts dieser Rahmenbedingungen eine eigene, an den Bedürfnissen der nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Arbeits- und Sozialpolitik zu gestalten, standen im Mittelpunkt der Aussprache über den Einzelplan 07, die in drei Blöcken ablief: Nach dem Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales wandten sich die Sprecherinnen und Sprecher der Koalitionsfraktionen dem Thema Kinder, Jugend und Familie zu, das letzte Feld der Erörterung war Migration. Auch bei diesem Etat das gleiche Abstimmungsergebnis: SPD und GRÜNE votierten für, die CDU gegen ihn; es gab zwei Enthaltungen.*

**Wolfram Kuschke** (SPD) warf der Bundesregierung vor, sie zerstöre systematisch den sozialen Frieden auf drei Ebenen, bei der Lohnfortzahlung, im Gesundheitssystem und in der Arbeitsmarktpolitik durch das Arbeitsförderungsreformgesetz. Obwohl es einer Gemeinschaftsinitiative für mehr Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit bedürfte, „unternimmt die CDU alles, um den sozialen Frieden in unserem Land zu zerschlagen“. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen setze der Einzelplan 07 die richtigen Schwerpunkte; man sei der Landesregierung für einen Entwurf dankbar, der ein arbeitsmarktpolitisches Programm in Höhe von einer Milliarde beinhalte. Dennoch sei der Regierungsentwurf noch zu verbessern; die Koalitionsfraktionen schlugen darum vor, vier Millionen mehr vorzusehen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Mittel für die Altenerholung wieder auf fünf Millionen heraufzusetzen und für die Fort- und Weiterbildung der im Sozialbereich ehrenamtlich Tätigen eine Million Mark mehr bereitzustellen. Zur Bekämpfung der Suchtgefahren sollten schließlich drei Millionen Mark mehr eingesetzt werden. Man be-



*Eine Delegation des Volkskongresses der Provinz Sichuan unter der Leitung ihres Präsidenten Yang Xizong (2. v. l.) hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) im Landtag begrüßt. Der Präsident wies darauf hin, die partnerschaftlichen Verbindungen zwischen NRW und der Provinz Sichuan bestünden schon sehr lange. Im kommenden Frühjahr jähre sich zum zehnten Mal der Tag der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung über die freundschaftliche Zusammenarbeit. Vor zwei Jahren sei eine Intensivierung der Kooperation auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene vereinbart worden. Sichuan habe rund 110 Millionen Einwohner. Vergleichbar mit NRW sei die Wirtschaftsstruktur. An dem Gespräch nahmen auch die Abgeordneten Otti Hüls (CDU; 3. v. l.) und Jürgen Jentsch (SPD; 3. v. r.) teil.*  
Foto: Schälte

streite nicht die Notwendigkeit zu sparen, fuhr Kuschke fort, aber es gehe darum, die Ursachen für die notleidenden sozialen Sicherungssysteme zu erkennen; da sei als erstes die Arbeitslosigkeit zu nennen. „Wir brauchen strukturelle Reformen statt ein Herumdoktern“, stellte der Sprecher fest: „Für uns bleibt der Erhalt der sozialen Gerechtigkeit und die Übermittlung an die Menschen, daß sie mit gleichen Lasten befrachtet werden und nicht, daß die Kleinen mehr Lasten schultern müssen als die Großen und die Reichen, eine wichtige Richtschnur unserer Politik.“

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) sah im Sozialhaushalt „nicht nur Licht, sondern auch viel Schatten“. Seine Fraktion begrüße, daß das Land seine Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau fortsetze und zu Weiterentwicklungen gekommen sei, ohne den Kurs der finanzpolitischen Konsolidierung zu gefährden (Kreutz: „Sparen für Reformen, das ist und bleibt GRÜNE haushaltspolitische Linie“), die Drogen- und Suchtpolitik vor allem entspreche aber noch nicht den hohen Erwartungen, die an die GRÜNEN gerichtet würden. Hier seien vor allem mittelfristige finanzielle Perspektiven erforderlich, um sie umzusetzen. Man begrüße die punktuellen Verbesserungen, „gleichwohl haben wir festzustellen, daß wir 1997 aus einem Teil der Verbesserungen aussteigen, in die wir 1996 erst eingestiegen zu sein glaubten. Das finanzielle Reformvolumen für Arbeit, Gesundheit und Soziales sinkt jetzt um 20 Prozent. Wenn dies objektiven Zwängen geschuldet wäre, dann wäre dagegen wenig zu sagen“. Die Koali-

höhere Lasten tragen die schwächeren Schultern“. Es sei eine „bittere Enttäuschung“, daß die Beschäftigungskrise nicht zum Anlaß genommen worden sei, „um gemeinsam unter allen Verantwortlichen nach Lösungen zu suchen. Heute, am Ende des Jahres, das mit dem Angebot eines Bündnisses für Arbeit begonnen hatte, herrscht Kampfstimmung“. Es bleibe dabei: Eine Volkswirtschaft lasse sich wirksam und sozialverträglich nur mit aktiver gestaltender Politik auf Zukunftskurs halten. Er verstehe angesichts der großen Herausforderungen des Arbeitsmarktes und in der Gesundheits- und Sozialpolitik das Verhalten der Opposition bei diesen Beratungen nicht, betonte Horstmann, so werde der Bedarf an sachorientierter Problemlösungsarbeit negiert. „Das ist nicht gut für Nordrhein-Westfalen, aber — dessen bin ich sicher — ist auch nicht gut für Sie.“

## Kinder, Jugend und Familie

**Bernd Flessenkemper** (SPD) stellte die Frage, ob streikenden CDU-Abgeordneten die Lohnfortzahlung zu gewähren sei. Die wichtigste Botschaft sei aber: „Kinder, Jugendliche und Familien können sich auf die Landesregierung, sie können sich auf die SPD und auf die GRÜNEN verlassen, anders als auf die CDU in Düsseldorf und Bonn.“ In diesem Bereich habe es seitens der CDU während der Haushaltsberatungen keine einzige Initiative, keinen Beitrag oder Anregung gegeben. Das lasse nur den Schluß zu, daß entweder alles richtig sei,

Ministeriums als positiv zu bewerten sei, wenn es auch, wie man selber sehe, dazu führe, daß etwa Tarifsteigerungen nicht aufzufangen seien. „Trotzdem können wir als Fachpolitikerinnen im Vergleich zufrieden sein, aber eben nur im Vergleich; denn wie immer haben wir natürlich weitergehende Wünsche, die nicht erfüllt werden können, und wie immer wissen wir um Haushaltstitel, die aus unserer Sicht noch aufgestockt werden müssen.“

**Marianne Hürten** (GRÜNE) erklärte unter Hinweis auf das Thema „Finanzierung von Schwangerschaftsberatungsstellen“, daß sie und ihre Kollegin Löhmann dem Etat wegen dieses Punktes nicht zustimmen könnten, sondern sich enthielten. Sie monierte die fehlende landesrechtliche Regelung oder Richtlinien für die Anerkennung und Finanzierung der Beratungsstellen.

**Minister Dr. Axel Horstmann** (SPD) antwortete, die Schwangerschaftsberatungsstellen würden ausgebaut; der Ansatz dafür sei um über 3,5 Millionen Mark erhöht worden, so daß ein flächendeckendes und plures Angebot in NRW gegeben sein werde: „Nordrhein-Westfalen wird führend sein im Angebot an Beratungs- und Hilfemöglichkeiten für Frauen.“ Er werte den Etat durchaus positiver als die beiden GRÜNEN Sprecherinnen; man habe es im übrigen nicht mit einer Überrollung zu tun, „sondern damit, daß für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gegenüber 1996 im nächsten Jahr fast 155 Millionen Mark mehr zur Verfügung gestellt werden“. Die Aufwendungen des Landes betrügen in diesem Bereich im



tion stimme aber grundsätzlich darin überein, im Gesamthaushalt sei mittelfristig eine halbe Milliarde „verantwortbar einzusparen“ — da sei schwer zu erklären, warum nicht ein Teil davon für soziale Verbesserungen bereitgestellt werden könne, „zumal die Bevölkerung aus Bonn nur noch die Abrißbirne um die Ohren kriegt“.

**Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) urteilte: „Die Möglichkeiten des gezielten Gegensteuerns werden auch in Nordrhein-Westfalen immer enger.“ Die Arbeitslosigkeit habe im vergangenen Jahr 142 Milliarden Mark gekostet, die Politik der Bundesregierung entlasse immer mehr Menschen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und höhle damit die sozialen Sicherungssysteme aus; durch Umverteilung sei der „Lohnsteuerstaat“ zur bitteren Wirklichkeit der Arbeitnehmer geworden, „immer

was rot-grün in diesem Bereich tue, „oder Kinder, Mädchen, Jungen, Mütter, Väter und Alleinerziehende sind für die CDU so wie in Bonn nicht mehr wichtig genug, um sich politisch dafür einzubringen“. Die CDU habe sich offenbar aus der fachpolitischen Arbeit im Lande verabschiedet, erklärte Flessenkemper und fuhr fort, „die Menschen in unserem Land können sich deshalb auf uns verlassen, weil wir im Rahmen unserer Möglichkeiten sozial gerecht, kontinuierlich und verlässlich die Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien gestalten und auch im nächsten Jahr wieder entsprechende Gelder dafür zur Verfügung stellen werden“.

**Ute Koczky** (GRÜNE) meinte, man könne sich mit dem vorgelegten Haushalt sehen lassen. Er sei überrollt worden, was angesichts der angespannten Haushaltslage und der vielen anderen Kürzungen im Bereich des

*Bewerteten den Etatentwurf des Sozialministers und setzten dabei durchaus unterschiedliche Akzente (v.l.): Wolfram Kuschke (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE), Bernd Flessenkemper (SPD), Ute Koczky (GRÜNE) und Minister Dr. Axel Horstmann (SPD).  
Fotos: Schälte*

nächsten Jahr annähernd 2,6 Milliarden, das sei ein Plus von über sechs Prozent. Damit setze die Landesregierung in sozialpolitisch schwieriger Zeit und unter erheblichen Sparzwängen „die Akzente dort, wo es gesellschaftspolitisch notwendig ist“.

## Migration

**Vera Dedanwala** (SPD) wandte sich diesem relativ neuen haushaltspolitischen Handlungsfeld zu und erwähnte das Landeszen-

trum für Zuwanderung in Solingen und neue Konzeptionen im Bereich der vorschulischen sprachlichen Förderung von Kindern, wo man auf Ergebnisse gespannt sei. Geändert werden solle der Haushalt im europäischen Jahr gegen den Rassismus insoweit, als es bei der vorgesehenen Kürzung des Haushaltsansatzes zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus um 200 000 Mark nicht bleiben dürfe; zum anderen wolle man die Mittel für die Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen erhöhen, die sich für Migranten engagierten.

**Dr. Hisham Hammad** (GRÜNE) verlangte, die Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten im kommenden Jahr voranzutreiben, zwei Millionen Menschen im Lande ohne deutschen Paß müßten vom Rand in die Mitte der Gesellschaft geholt werden. Dazu bedürfe es neuer Sichtweisen, neuer Konzepte und neuer Anstrengungen. Ihre Diskriminierung sei nicht mit Sonntagsreden, sondern mit konkreten Maßnahmen zu beantworten. Da sei auch die Opposition zur konstruktiven Mitarbeit aufgefordert.

**Minister Dr. Axel Horstmann** (SPD) sagte: „Nordrhein-Westfalen ist ein tolerantes Land. Wir setzen auf gutes, auf verständnisvolles Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wir wollen aktiv die Rahmenbedingungen gestalten, die notwendig sind, damit das Zusammenleben unterschiedlicher nationaler und ethnischer Gruppen in unserem Land gefördert wird.“ Trotz aller Sparwänge sei man um die Fortsetzung der Integrationsanstrengungen bemüht; er danke SPD und GRÜNEN für die Unterstützung, die sie dabei der Landesregierung gewährt haben.

## Bauen und Wohnen: Weiter erster Förderweg

*Finanziell schwächere und sozial benachteiligte Haushalte sollen mit preisgünstigerem*

*Wohnraum versorgt werden. Der Schwerpunkt liegt auf dem ersten Förderweg.*

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) erklärte, die wichtigste Botschaft, die man mit dem Haushalt 1997 für den Baubereich überbringen könne, sei: Auch im nächsten Jahr würden mindestens die versprochenen 27 000 Wohnungen in NRW mit öffentlichen Mitteln gefördert. Die Entwicklung der Bundesfinanzhilfen der Jahre 1992 bis 1997 sei dramatisch. Es gebe einen Rückgang von Mitteln für NRW von 700 Millionen Mark im Jahr 1992 auf 323,6 Millionen Mark im nächsten Jahr. Das sei eine Reduzierung um mehr als die Hälfte. Wolf unterstrich, man werde weiterhin den sozialen Wohnungsbau mit dem Schwerpunkt erster Förderweg in den Mittelpunkt der Bemühungen stellen. Einkommensschwache Menschen hätten auch heute noch Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Der Abgeordnete betonte, man werde die einkommensabhängige Förderung weiter ausbauen.

**Hedwig Tärner** (GRÜNE) meinte, das vergangene Jahr habe die Kluft zwischen Armen und Reichen in NRW größer werden lassen. Im Bereich des Wohnungsbaus hätten zwei scheinbar widersprüchliche Schlagzeilen die Diskussion bestimmt. Zum einen fehlten immer noch, die Zahl sei abhängig vom Erheber, 330 000 Wohnungen. Zum anderen gehe gleichzeitig das Gespenst der Wohnungsleerstandsdiskussion um. Das seien zwei Seiten der gleichen Medaille von vierzehn Jahren Kohl-Politik. Leerstehende Wohnungen gebe es im Bereich der Luxuswohnungen. Wohnungsnot und Obdachlosigkeit gebe es bei den Menschen am Rande der Gesellschaft. Ziel der rot-grünen Baupolitik sei es, Wohnraum für Menschen zu schaffen, die sonst kaum eine Chance auf dem Wohnungsmarkt hätten. Hier setze die soziale Wohnungsbaupolitik ein. Die Abgeordnete erinnerte daran, daß NRW seinen Schwerpunkt im ersten Förderweg habe, also im Mietwohnungsbau und im Eigentumsbereich der unteren Einkommensschichten.

**Bauminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) nannte vier Ziele, die er wohnungspolitisch verfolge. Zum einen sei das die Versorgung der finanziell schwächeren und sozial benachteiligten Haushalte, die man dauerhaft sichern müsse und nicht vernachlässigen dürfe. Zweitens sei das die stärkere ökologische Komponente, die die Wohnungspolitik erhalten müsse. Wohnungspolitik könne und müsse ganz maßgeblich zum Klimaschutz beitragen. Drittens verfolge man aber auch ein ökonomisches Ziel: Die vor allem mittelständisch geprägte Bauwirtschaft müsse auf die neuen Märkte ausgerichtet werden, um in diesem Bereich dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern und weiterhin einen entscheidenden Beitrag zur Inlandskonjunktur zu leisten. Das vierte Ziel sei ebenfalls ein ökonomisches Ziel. Die Kosten für das Wohnen müßten insgesamt, volkswirtschaftlich, geringgehalten werden.

## Gleichstellung: Schutz vor sexueller Gewalt

*Die bundesweit anerkannte Infrastruktur für Frauen wurde verteidigt und die Opposition zur weiteren Mitarbeit aufgefordert.*

**Brigitte Speth** (SPD) registrierte eine völlig neue Qualität der Haushaltsberatungen durch das Schweigen der Opposition. Im Frauenausschuß sei zu spüren gewesen, wie schwer es den Fachpolitikerinnen gewesen sei. Gerade bei sensiblen Maßnahmen für Frauen sei sie über die Übereinstimmung immer froh gewesen. Der Verfassungsauftrag der Opposition werde verletzt. Der Einzelplan 11 sei von Kürzungen verschont geblieben. Für einen Dienstleistungspool gebe es eine weitere Million. Die Regionalstellen Frau und Beruf würden flächendeckend installiert, bei Frauenhäusern sei das bereits erreicht. Zum Schutz vor sexueller Gewalt müsse es eine Konzeption für Prävention, Beratung und Hilfe geben. (wird fortgesetzt)



Beim Weihnachtsempfang der CDU-Landtagsfraktion (Bild links) hat deren Vorsitzender Dr. Helmut Linssen (M.) eine Ausstellung mit Karikaturen von Jürgen Tomicek (r.) eröffnet. Linssen nannte ihn einen der ganz großen Karikaturisten in Deutschland. Der ehemalige Polizist und Gewichtheber tauche die politischen Schwergewichte in die Tinte des Menschlichen, hieß es. Bei der Eröffnung sprachen auch Kirchenrat Peter Krug, Beauftragter der evangelischen Kirche im Landtag, sowie Professor Dr. Walther Keim (l.), Leiter der Pressedokumentation des Bundestages. — Bei der Eröffnung der Ausstellung „Heinrich Böll — Leben & Werk“ (Bild rechts) erklärte Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Beisein des Neffen des Schriftstellers, Viktor Böll, im nächsten Jahr hätte Heinrich Böll seinen 80. Geburtstag gefeiert. Diese Ausstellung stehe damit am Beginn eines Jahres, in dem bei vielen Gelegenheiten dem großen, international bekanntesten und erfolgreichsten Autor und Menschen unseres Landes gedacht werde. Seine Werke seien in einer Auflage von über 20 Millionen Exemplaren über die ganze Welt verteilt. Böll sei Kölner gewesen, seiner Heimat, dem Rheinland, tief verwurzelt. Welchen Rang er eingenommen habe, möge am ehesten die Verleihung des Nobelpreises im Jahr 1972 verdeutlichen. Seit dem Tode von Heinrich Böll habe sich die Welt verändert. „Manches Mal würde ich mir seine Einmischung, seine mahnende Stimme in der öffentlichen Debatte wünschen“, betonte der Präsident. Nach seinen Angaben ist die Plakatausstellung ein gemeinsames Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung und des Heinrich-Böll-Archivs der Stadt Köln.

Fotos: Schälte

# Scharfe Kontroverse zu den Folgen der Bonner Politik für das Land

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) erklärte, jahrelang habe man in Bonn einen Kurs radikaler Steuersenkungen für Unternehmen und Beserverdienende verfolgt, das Ergebnis sei, „die Besteuerung von Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat ein Rekordtief in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht“. Parallel dazu betriebe die Bundesregierung massiven Sozialabbau — „das ist der circulus vitiosus, in den uns die Bonner Koalition aus Kabinett und Kapital hineingetrieben hat. Das Ergebnis sind Massenarbeitslosigkeit und Armut, Umleitungen riesiger Kapitalströme aus der Realwirtschaft in die Spekulation und eine wachsende Staatsverschuldung“. Es sei „völlig verrückt“ zu glauben, Steuersenkungen schmälerten nicht die Staatseinnahmen, Waigel jedoch hänge diesem Glauben noch an: „Das freut natürlich die Herren in den feineren Etagen der großen Konzerne, denn diese wollen, so scheint es, den von ihnen angezettelten Klassenkampf bis zum bitteren Ende durchziehen.“ Sie fänden sogar in einer „ehemaligen Arbeiterpartei Prosejten. Später im Himmel — so es ihn gibt — wird August Bebel denen hoffentlich den Hintern verschölen!“ Gegen Bonn verteidigten die GRÜNEN den Willen zu sozialer Gerechtigkeit und zu Realisierung ökologischer Investitionen. Der Haushalt des Landes werde — trotz Bonn — sozial, ökologisch und finanzpolitisch Maßstäbe setzen.

**Ernst-Martin Walsken** (SPD) meinte, der Begriff „Steuerchaos“ sei inzwischen zum Etikett der Politik der Bundesregierung geworden; in den letzten drei Jahren seien nicht weniger als 200 Steuerrechtsänderungen vorgenommen worden. Da gebe es keine Kontinuität und Stabilität mehr; auf diese Weise sei man zu einem Staat geworden, „der sich ähnlich wie Bananenrepubliken im ständigen Wechsel der Paradigmen bewegt“. Seit Jahren schmücke sich der Bund mit Steuergeschenken, die von den Ländern und Gemeinden bezahlt werden müßten. Die Bundesregierung sei in ihrer Steuerpolitik nicht mehr berechenbar, die quantitativen Veränderungen seien sozial ungerecht, die einzelnen Ebenen der Republik arbeiteten nicht mehr miteinander, sondern gegeneinander.

**Helmut Diegel** (CDU) nannte die Vorwürfe, der Bund bereichere sich an den Ländern, falsch und unzutreffend, da erwiesenermaßen der Anteil des Bundes am Gesamtsteueraufkommen erheblich gefallen sei. Wer die für verfassungswidrig erklärte Vermögensteuer beibehalten wolle, der rufe zum Verfassungsverbruch auf und nehme zudem in Kauf, daß die mittelständischen Unternehmen für den Löwenanteil dieser Steuer aufkämen, denn „die Reichen werden diese Vermögensteuer nicht bezahlen“. Wenn man im Land so genau wisse, wie Bonn Politik zu betreiben habe, dann „müßten Sie hier in Ihrem eigenen Land einen Wohlfahrtsstaat haben“. Aber da sei nichts zu erkennen: Es finde kein Personalabbau im öffentlichen Dienst statt, vom vielgelobten Programm Arbeit und Umwelt gebe es nur Sprechblasen und keine Handlungen.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) erklärte in Vertretung des Finanzministers, die Bundesregierung werde immer mehr zu einem „Risikofaktor für die Haushalte aller Gebietskörperschaften“. Wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland in

*Die GRÜNEN treten dafür ein, daß der Landesfinanzminister zur Bewältigung der durch Bonner Politik verursachten Schwierigkeiten im nordrhein-westfälischen Haushalt keine neuen Kredite aufnimmt, sondern statt dessen sozialverträglich einspart und nach Möglichkeit die Einnahmen verstärkt. Das wurde im Verlauf der Aktuellen Stunde deutlich, die von den GRÜNEN beantragt unter dem Thema „Wirtschafts- und Steuerpolitik des Bundes reißt Löcher in Landeshaushalt“ am 15. November stattfand.*

der Grundtendenz wieder aufwärtsgerichtet sei, dann gehe dies dank der Steueränderungen an den Einnahmen der öffentlichen Hand vorbei, betonte er und wies zur Bewertung der Vermögensteuer darauf hin, daß das BVG nicht gesagt habe, die Steuer als solche sei nicht zulässig, sondern nur die Art, wie sie erhoben werde. Darum müßten andere Maßstäbe gefunden werden, die eine Beibehaltung dieser Steuer ermöglichen. Denn eine Abschaffung würde bei den Ländern zu Einnahmeverlusten von rund 9,3 Milliarden führen, das könnten sie nicht verkraften.

**Laurenz Meyer** (CDU) stellte fest, NRW sei „innerhalb der Regierungszeit der SPD ganz ans Ende der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgefallen“. Und: „Uns regt es auf, daß Sie diese hundsmiserable Wirtschaftspolitik machen, draußen groß reden und drinnen nichts tun, und dann im Kern noch die Schuld nach Bonn schieben wollen.“



**Heidi Berger** (SPD) wertete das als einen „sehr vordergründigen Versuch, vom Chaos in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung abzulenken“. Die Koalition in Bonn betriebe Umverteilung; der Steueranteil aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sei innerhalb eines runden Jahrzehnts von 37 auf 25 Prozent gesunken. Wo Bonn nur ankündige und appelliere, da werde NRW wirtschaftspolitisch aktiv: Gründungsoffensive, Kapitalbeteiligungsfonds und Ausbildungskonsens seien hier die Stichworte.

**Minister Franz-Josef Kniola** (SPD) kritisierte die Haltung der Union, bei ihrer Darstellung der negativen Einnahmewendungen unberücksichtigt zu lassen, daß das Land zusätzlich 2,1 Milliarden für die Deutsche Einheit bezahle. Im übrigen gebe NRW mehr in den Länderfinanzausgleich als Bayern und deutlich mehr als Baden-Württemberg.

**Roland Appel** (GRÜNE) sah die Bonner Koalition von Haushaltsloch zu Haushaltsloch stolpern. Es werde Zeit, daß sich nicht nur

die Parlamente, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger zur Wehr setzten und mit-helfen, „daß Deutschland nicht weiter zum Schlachthaus der Arbeitnehmerrechte wird und daß endlich politischer Druck auch von unten gegen diese Bonner Taschendiebe an den Taschen der kleinen Leute gemacht wird“.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) machte darauf aufmerksam, daß die süddeutschen Länder mit den gleichen strukturellen Problemen zu kämpfen bekämen wie NRW — nur zeitverzögert. Darum sollte sich die CDU enthalten, eine „Karikatur meiner Tätigkeiten zu entwerfen“ — das funktioniere nicht. Das wichtigste sei derzeit, die Lohnnebenkosten durch Herausnahme der versicherungsfremden Leistungen zu senken; aber diese Priorität zu setzen sei Bonn nicht in der Lage. Die Bundesregierung glaube, alles auf einmal lösen zu können und richte damit nur ein Chaos an.

**Laurenz Meyer** (CDU) fand es konsequent, wenn diejenigen, die die Entlastung der Unternehmen zur Schaffung besserer Standortbedingungen wollten, in Bonn ihre „Verweigerungshaltung“ aufgeben würden.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) konterte, wenn die Bundesregierung ihren „Ehrgeiz“ bei der Subventionssenkung für die Steinkohle in den Abbau aller Subventionstatbestände investieren würde, „dann hätte sie genügend Geld, die Lohnnebenkosten in den Bundeshaushalt zu übernehmen“.

*Differenzen über die Folgen Bonner Politik für das Land (v.l.): Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE); Ernst-Martin Walsken (SPD), Helmut Diegel (CDU) und Minister Franz-Josef Kniola (SPD).*

*Fotos: Schälte*

**Laurenz Meyer** (CDU) reagierte darauf mit der Aufforderung, der Minister möge die Subventionen benennen, die ähnlich wie die Kohlesubventionen gekürzt werden sollten.

**Heidi Berger** (SPD) erkannte die Notwendigkeit, Subventionen abzubauen, wenn gut verdienende Leute in der Lage seien, keine Steuern zu zahlen, der Durchschnittsverdiener aber keine Möglichkeit habe, seine Abgabenlast zu reduzieren.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) ergänzte, daß Mercedes Benz in der Bundesrepublik Verluste aufweise, die nach amerikanischem Rechnungslegungsrecht Gewinne seien. Aufgrund des deutschen Rechnungswesens seien Unternehmen in der Lage, manipulieren zu können, „wie sie wollen“.

## Gute Wünsche zum Jubiläum der FH

Leistungen und Perspektiven der seit 25 Jahren bestehenden Fachhochschulen hat der Landtag erörtert. Grundlage bildete ein entsprechender Antrag von SPD und GRÜNE (Drs. 12/1481). Zusammen mit einem Entschließungsantrag der CDU (Drs. 12/1515) wurde der Antrag an den zuständigen Ausschuß zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesen.

**Dietrich Kessel** (SPD) bedauerte, daß das in den 70er Jahren von allen Bundestagsfraktionen getragene Konzept der Gesamthochschule nicht weiter verfolgt worden sei. Dann würde jetzt die Diskussion um die „Gleichwertigkeit“ der Fachhochschule nicht die Rolle spielen. So aber hätten sich Universitäten und Technische Hochschule zu einer unabhängigen Entwicklung entschlossen. Zum Ende des Jahrtausends werde es in NRW wohl 50 000 FH-Studiengänge geben, damit verfüge das Land über ein flächendeckendes Netz an FH-Standorten. Im Dialog mit den FH werde man die Entwicklungsperspektiven für die nächsten 25 Jahre klären, kündigte Kessel an.

**Ingrid Fitzek** (GRÜNE) stellte fest, die FH hätten sich zu andersartigen, aber gleichwertigen Hochschulen entwickelt. Sie gewichteten Praxis und Theorie anders, ihr Ausbildungsangebot stehe den universitären Studiengängen in nichts nach. Sie erinnerte den Bund an seine Verpflichtungen im Hochschulbau und wies auf Perspektiven der Frauenförderung hin. Die FH-Ausbildung dürfe nicht zu einer Berufsausbildung auf gehobenem Niveau abgesenkt werden; sie verlangte verstärkte Forschungsmöglichkeiten an den FH.

## Förderung bei Vorlage konkreter Planungen

Wegen seiner provisorischen Unterbringung und der erlittenen Hochwasserschäden bedürfte das Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum dringend eines Neubaus. Die Landesregierung sollte sich „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ für eine gemeinsame Planung dieses Neubaus in Verbindung mit der Außenstelle des Museums für Völkerkunde der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ einsetzen, verlangte ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 12/1462), den der Landtag Mitte November zur direkten Abstimmung an den Kulturausschuß überwiesen hat.

**Richard Blömer** (CDU) sah die Landesregierung in der Pflicht, nicht nur den Neubau des Wallraf-Richartz-Museums zu fördern, sondern auch des Rautenstrauch-Joest-Museums, und zwar über die zugesagten 50 Prozent hinaus, denn das neue Archäologie Museum in Herten bekomme 80 Prozent Landeszuschuß. Nur so werde die Zusage des Ministerpräsidenten gegenüber der Stadt Köln erfüllt, betonte Blömer. Mit Einbeziehung der völkerkundlichen Sammlung würde ein multikulturelles Museum mit Bedeutung über das Land hinaus geschaffen.

**Manfred Böcker** (SPD) sah ein „kommunales“ Problem: Offensichtlich verwechsle Blömer den Landtag mit einer Sitzung des Kul-

**Manfred Kuhmichel** (CDU) wies darauf hin, daß beide Anträge nicht weit voneinander entfernt seien, es gebe die gemeinsame Bereitschaft, „auch in knappen Haushaltszeiten alles finanziell Notwendige zu tun, um unsere Fachhochschulandschaft nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen“. Er nannte die Eckpunkte des CDU-Antrags und machte zum Schluß darauf aufmerksam, daß die Bezeichnung „Fachhochschule“ international nachteilig sei; es sei mit den Betroffenen zu überlegen, wie eine international tragfähige Namensänderung aussehen könnte.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) sah es als erfreulich an, daß die FH nicht nur von der Landesregierung, sondern auch vom Landtag „Rückendeckung für ihre Entwicklung haben“. In den letzten Jahren habe man kräftige Ausbauanstrengungen im FH-Bereich unternommen, aber man sei darauf angewiesen, daß der Ausbau noch weiter gefördert werde. Darum müsse es einen gemeinsamen Appell in Richtung Bund geben. Sie unterstrich die besondere Bedeutung von Forschung und Entwicklung der FH für die jeweilige Region, die wesentlich zur Modernisierung gerade der kleineren und mittleren Unternehmen beitrügen. Es gebe aber immer noch zu wenig Frauen unter den Studierenden, und das „altertümliche“ öffentliche Dienstrecht solle immer noch dafür sorgen, daß FH-Absolventen dienstrechtlich unterbewertet seien. Sie schloß: „Wenn der 25. Geburtstag hier eine Bewegung in Gang bringen könnte, dann wären uns die Fachhochschulen in doppelter und dreifacher Weise dankbar.“

turausschusses der Stadt Köln. Das Land habe in den letzten zehn Jahren sehr viel in der Museumsförderung getan und dabei eine regional ausgewogene Museumsbaupolitik unterstützt — wer da von Konzeptionslosigkeit rede, sei nicht zu verstehen. Über eine Verbindung mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz habe der Landtag nicht zu befinden, Gespräche darüber seien abzuwarten. Demnach sei der CDU-Antrag zur Zeit völlig überflüssig.

**Brigitte Herrmann** (GRÜNE) wies Angriffe auf die Museumspolitik des Landes ebenfalls zurück, das Rheinland schneide dabei nicht schlechter ab als Westfalen. Die Grünen lehnten ein Gegeneinander-Ausspielen unterschiedlicher Kulturprojekte ab und würden sich freuen, „wenn beide Museumsprojekte in Köln so schnell wie möglich realisiert werden könnten“.

**Kulturministerin Ilse Brusis** (SPD) sah keinen Widerspruch in dem Ziel, einen geeigneten Standort für ein zweites Völkerkundemuseum im westfälischen Landesteil als Dependence der Stiftung zu suchen und den Kölner Neubauplänen. Die Landesregierung werde weiterhin bemüht sein, „die haushaltsrechtlichen Bedingungen dafür sicherzustellen, daß im Rahmen einer verlässlichen Finanzierungsplanung beide Kölner Museumsbauvorhaben verwirklicht werden können“; dazu müsse die Stadt aber die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

In einem gemeinsamen Antrag haben SPD und GRÜNE (Drs. 12/1459) gefordert, die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen fortzusetzen. Mitte November wurde der Antrag vom Plenum zur direkten Abstimmung an den Rechtsausschuß überwiesen.

**Gunther Sieg** (SPD) bat die Fraktionen um Unterstützung bei dem Anliegen, die Rolle der Justiz durch unabhängige Fachleute beurteilen zu lassen; eine intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sei die Voraussetzung „für eine friedliche und demokratische Zukunft“. Viele der heutigen Bürgerinnen und Bürger seien nach dem Krieg geboren, die Erinnerung an das Geschehen verblasse. „Deshalb müssen wir die Spuren des nationalsozialistischen Unrechts sichern und aufklären, die dunklen Seiten unserer Geschichte darstellen. Wir müssen alles tun, um auch heute noch NS-Verbrechen zu verfolgen“.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) begrüßte die Initiative, weil „es kein Vergessen geben darf und weil wir nicht nur lückenlos NS-Verbrechen aufklären wollen, sondern auch unseren Umgang mit den Verbrechen selbst in der Nachkriegszeit“. Die Debatte sei für ihre Fraktion ein Zwischenschritt und kein Endpunkt der Beschäftigung mit der Frage: „Wie können wir unsere Vergangenheit im zukünftigen politischen Handeln für Demokratie und Menschenrechte produktiv machen“?

## Fraktionen einig: NS-Vergangenheit weiter erforschen

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) zeigte sich enttäuscht: Eineinhalb Jahre nach der Ankündigung des Justizministers vor dem Landtag, er wolle einen Forschungsauftrag vergeben, in dem Juristen und Historiker die vielfältigen Probleme der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen untersuchen, solle der Landtag erklären, daß er diese Absicht des Ministers begrüße — „ist das nicht zu armselig, was hier passiert“? Dennoch werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

**Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) erklärte: „Solange es noch etwas zu ermitteln gibt, muß auch aufgeklärt werden.“ Es dürfe nicht einmal der Eindruck entstehen, die heutige Justiz mache sich gemein mit den Tätern von damals. Darum werde überlegt, die nach wie vor verbleibende Arbeit der Zentralstellen in Dortmund und Köln personell und sachlich für die Zukunft zu optimieren. Es müsse zum Ausdruck kommen: „Handeln ist angesagt und nicht nur Forschen.“

**Reinhold Trinius** (SPD) unterstrich, daß es unerträglich sei, von einer „Bewältigung der Vergangenheit“ zu sprechen. Im Gegenteil — es sei eher so, daß einen die Vergangenheit überwältigen könne. „Es kommt auf die Fähigkeit an, mit unverstelltem Blick Vergangenheit wahrzunehmen, aufzunehmen und auszuhalten.“ Der Justiz sei es nicht schwergefallen, nach dem Ende der DDR ein Urteil über deren Schreibtischtäter zu fällen; in Sachen nationalsozialistischer Vergangenheit habe ein solches Urteil in den 40, 45 Jahren der Bundesrepublik gefehlt, merkte Trinius an.



Rundfunk im Jahr 2000: v. l. Reinhard Grätz (SPD), Ruth Hieronymi (CDU), Roland Appel (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schälte

## ARD-Struktur muß einer Prüfung unterzogen werden

Mit ihrem Antrag „Öffentlich-rechtliches Fernsehen in der digitalen Rundfunkwelt“ forderten die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung auf, innerhalb der Länder sowie auf Bundes- und europäischer Ebene dafür Sorge zu tragen, die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks langfristig zu sichern. Gegen diesen Antrag legte die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag vor.

**Marc-Jan Eumann** (SPD), medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion, sprach sich für eine „positive Rundfunkordnung“ aus, die Meinungsvielfalt und Pluralismus gewährleistet. Die Rundfunkordnung dürfe nicht dem „Markt der Möglichkeiten“ überlassen werden. Wer die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzweifelt, der stelle auch den privaten Rundfunk in Frage. Der Antrag von SPD und GRÜNEN signalisiere ein klares, eindeutiges Ja für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dieses bedeute aber auch ein Bekenntnis zum dualen Rundfunksystem und den privaten Anbietern. Allerdings müßten bei den Öffentlich-Rechtlichen Strukturveränderungen vorgenommen werden und ein Prüfauftrag zur Veränderung der ARD-Struktur sei „sinnvoll, wichtig und notwendig“.

Die Vielfalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stünde jedoch nicht im Widerspruch zu Effizienz und Effektivität. Mögliche Einsparpotentiale in der bestehenden Struktur müßten genutzt werden. Bei ARD und ZDF würde dies auch bereits geschehen. Übereilte Fusionen seien jedoch keine Lösung, denn eine Reduzierung der Landesrundfunkanstalten gewährleiste die föderale Vielfalt nicht mehr.

**Roland Appel** (GRÜNE), Sprecher seiner Fraktion, konstatierte, daß es schon seit Jahren Diskussionen um den angeblich links dominierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk gebe. Seit den letzten Jahren könne ein tiefgreifender Wandel des Rundfunksystems beobachtet werden. Programme würden zunehmend verflachen und „Unterhaltung der skurrilsten Art“ wäre Trumpf. Appel kritisierte den Zwischenbericht „Zukunft der Medien“ der Enquetekommission des Bundestages scharf: Hier würde an die Konstitution des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die Axt angelegt. Öffentlichkeit und Übermittlung von Nachrichten und Informationen seien Grundbestandteil der Demokratie, und damit unserer Rechtsordnung. Wenn nur noch derjenige, der entsprechend verdiene, sich über Pay-TV informieren könne, so sei dies ein „un glaublicher Zynismus“. Wer Information und Kultur zu einer ökonomischen Ware degradiere, die zusätzlich von jeglicher demokratischer und sozialer Regulierung befreit sei, würde BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer als Gegner haben.

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, unterstrich die Notwendigkeit eines Konsenses im Bereich der Medienpolitik. Der Antrag von SPD und GRÜNEN greife wieder genau die alten Konfliktmuster auf und leiste zur Fortentwicklung des Staatsvertrages, der die Grundlage des dualen Systems sei, keinen Beitrag. Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der dualen Rundfunkordnung und damit die Sicherung des Rechts auf Informations- und Meinungsfreiheit seien unbestritten. Außerdem sei die Entwicklungsgarantie per Verfassungsgerichtsurteil bekräftigt. Frau Hieronymi wies darauf hin, daß die privaten Veranstalter nicht ausschließlich nach wirtschaftlichem Kalkül handelten, sondern lizenzpflichtig seien. Eine Lizenz, die von den Landesmedienanstalten als Einrichtungen des öffentlichen Rechts vergeben werde. Die Position von SPD und GRÜNEN zur Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei „in fataler Weise strukturkonservativ“. Die CDU wolle eine wettbewerbsfähige Organisationsstruktur für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Langfristig solle er ausschließlich durch Gebühren finanziert werden, damit er sein Profil noch unabhängiger von Werbeeinnahmen gestalten könne.

**Ministerpräsident Rau** (SPD) erklärte, daß öffentlich-rechtlicher Rundfunk auch weiterhin als Kulturgut wichtig sei und daß er seine überragende Bedeutung als Medium und Faktor freier und kritischer Meinungsbildung behalten müsse. Rau wertete es als „gutes Zeichen“, daß alle Länder den Zwischenbericht der Enquetekommission zurückgewiesen hätten, mahnte jedoch auch zur Wachsamkeit. Im Bereich der Medienpolitik habe der Bund schon häufiger versucht, den Regelungsbereich der Länder zu beschränken. Rau betonte, daß die technische Entwicklung allen gleichermaßen zugute kommen müsse. Eine Spaltung der Gesellschaft in „Informationsbesitzer und Informationshabenichtse“ dürfe es nicht geben. Niemand könne die breite Grundversorgung besser gewährleisten als die Öffentlich-Rechtlichen. Nur sie seien in der Lage, Orientierungswissen zu vermitteln, das einer Spaltung der Gesellschaft in Interessengruppen entgegenwirke

## Rundfunkstaatsvertrag

### Bestand über die Jahrtausendgrenze

Der Landtag hat mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU dem 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag in zweiter Lesung zugestimmt. Das Parlament folgte damit einer Beschlußempfehlung des Hauptausschusses. Ein Entschließungsantrag der Union fand keine Mehrheit (Drs. 12/1336, 1446 und 1514).

**Reinhard Grätz** (SPD) erklärte, für die Sozialdemokraten sei von entscheidender Bedeutung gewesen, daß Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis über die Jahrtausendgrenze hinaus gesichert würden, wenn auch nicht ohne Einschränkungen. Hier folgten aber die Länder den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. „Ich sage: Gut, daß es Karlsruhe gibt.“

### Gebühren wirtschaftlich und sparsam einsetzen

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sagte, die CDU widerspreche an dieser Stelle der Rundfunkgebührenerhöhung nicht, weil man den Zusammenhang mit den Regelungen des Rundfunkstaatsvertrags für das private Medienrecht sehr wohl sehe. Sie regte an, die Gebühren so wirtschaftlich und sparsam wie möglich einzusetzen. Das habe sehr stark damit zu tun, daß man zu einer Strukturreform insbesondere der ARD-Anstalten komme.

**Roland Appel** (GRÜNE), Fraktionssprecher, beklagte, daß bestimmte andere Bundesländer überhaupt kein Interesse daran gehabt hätten, zu einer wirklich durchgreifenden, umfassenden und letztendlich so wirkungsvollen Medienkonzentrationskontrolle zu kommen, „wie wir uns das gewünscht hätten und wie sie im Interesse eines funktionierenden Medienrechtes auch notwendig wäre“, folgerte der Abgeordnete.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) lehnte ein Junktim zwischen der beschlossenen Rundfunkgebührenerhöhung und der von den Ländern zu führenden Diskussion über eine künftige Struktur der ARD ab. Das wäre verfassungsrechtlich unzulässig, weil die Gebührenerhöhung dann als Büttel zur Durchsetzung politischer Ziele benutzt würde. Der Regierungschef zeigte sich im übrigen sehr zufrieden damit, „daß wir zu Regelungen gekommen sind, die verlässliche Rahmenbedingungen für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk bieten“. Er verstehe, daß man habe Kompromisse machen müssen, und er wisse, daß solche Kompromisse schmerzten, mal den einen, mal den anderen.

und damit zur Integration beitrage. Der effektivste Bestandsschutz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sei auch in Zukunft die Qualität seiner Programme.



Trainees aus Nischni Nowgorod in Rußland, aus der Mongolei sowie aus Namibia in Afrika, die im Landtag hospitierten, sind von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2.v.l.) empfangen worden. Der Präsident betonte in einer kurzen Ansprache, der nordrhein-westfälische Landtag habe als größtes Landesparlament in der Bundesrepublik Deutschland sicherlich eine besondere Verpflichtung gegenüber ausländischen Besuchern. Er zeigte sich erfreut darüber, daß der Landtag bei seinen Haushaltsberatungen den internationalen Austausch als einen Schwerpunkt herausgearbeitet habe. Die Hospitanten, zwei Frauen und vier Männer, die vom Direktor des Landtags, Prof. Heinrich A. Große-Sender (2.v.r.) eingeladen worden waren, zeigten sich beeindruckt von der Ausrüstung des Landesparlaments mit Datenverarbeitung, Informationsservice und Bibliothek, aber auch vom architektonischen Äußeren des Gebäudes. (Bild links) — Einen Scheck über 200 000 Mark für die Stiftung Lebenshilfe NRW (Bild rechts) haben die Schwester Elenore Kramer sowie die Brüder Joachim und Henner Harling des verstorbenen Lehrers Friedrich Harling an Landtagspräsident Ulrich Schmidt übergeben. Die großzügige Spende stammt aus einer Zustiftung von Friedrich Harling. In Anholt Westfalen geboren, hatte er zwei Jahrzehnte in Kleve an Berufsschulen unterrichtet. Der Landtagspräsident (2.v.r.) nahm als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Lebenshilfe den Scheck mit Dank entgegen. Fotos: Schälte

## Landesregierung will das Verwaltungsvollstreckungsgesetz ändern

### Finanzielle Entlastung für kommunale Behörden

In jüngster Zeit sind den kommunalen Vollzugsbehörden durch Vorfinanzierung von Ersatzvornahmehandlungen große Kosten entstanden. Hinter dem Fachterminus „Ersatzvornahmehandlung“ verbergen sich in der Praxis ganz alltägliche Dinge, wie z. B. das Abschleppen von Falschparkern auf Anordnung der Polizei. In letzter Zeit häufen sich Fälle, bei denen größere Beträge im Spiel sind. Beispiel: Die Entsorgung verseuchten Erdreichs nach einem Ölunfall. Der Verursacher ist nach derzeitiger Rechtslage zwar verpflichtet, die Kosten für die Ausführung der Handlung zu tragen, aber die mit der Vorfinanzierung verbundenen Kosten (Zinsen) sowie die Personal- und Sachkosten, die der Behörde durch ihre Verwaltungstätigkeit entstehen, bleiben unberücksichtigt und gingen bislang zu Lasten der Steuerzahler. Dies will die Landesregierung ändern und legt jetzt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vor, der die Kostenerstattung für Ersatzvornahmehandlungen neu regeln soll.

**Franz-Josef Kniola** (SPD), Innenminister, wies darauf hin, daß in jüngster Zeit die Kosten der Ersatzvornahme, gerade in Fällen mit Umweltgefährdungen, explosionsartig angestiegen seien. Das neue Gesetz würde die Vollzugsbehörden der Kommunen, und damit die Allgemeinheit entlasten. Gerade bei massenhaft vorkommenden Ersatzvornahmehandlungen, z. B. beim Abschleppen von falsch geparkten Fahrzeugen, seien den Kommunen in letzter Zeit Kosten entstanden. Der Gesetzentwurf wolle derartige Probleme

beseitigen oder zumindest entschärfen.

**Jürgen Jentsch** (SPD) erklärte, man wolle im Innenausschuß diskutieren, ob der Einwand, Gebühren für die Dienste der Ordnungsbehörden müßten wie bisher aus Haushaltsmitteln finanziert werden, da sie zu den Aufgaben des Rechtsstaates gehören, in Zukunft noch tragfähig sei.

**Heinz Paus** (CDU) sagte, seine Fraktion begrüße den Gesetzentwurf, der auch eine

präventive Funktion habe. Die Diskussion über „Gebühren für Polizeieinsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen“ könne nicht geführt werden, wenn es nicht gelänge, Störern die Kosten für den Einsatz von Ordnungskräften aufzuerlegen.

**Dr. Hisham Hammad** (GRÜNE) faßte sich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit kurz und erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zur Überweisung an den Innenausschuß: „Wir begrüßen diesen Entwurf.“

## Bildungspolitik: Breite Diskussion

„Keine Bildungspolitik am Landtag vorbei — Dialog über die Denkschrift „Zukunft der Bildung — Schule und Zukunft im Landtag eröffnen“ hieß ein Antrag der CDU, der einstimmig an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen wurde. **Heinrich Meyers** (CDU) erklärte, während alle Welt noch glaube, da werde noch der große Dialog mit den am Schulleben Beteiligten und den gesellschaftlichen Gruppen geführt, die wiederum davon ausgingen, sich noch einbringen zu können, schaffe die Schulministerin Fakten und stelle die Weichen im Sinne der Denkschrift, brav unterstützt von den Fraktionen von SPD und GRÜNEN, die offensichtlich den Koalitionsausschuß mit dem Parlament verwechselten.

**Manfred Degen** (SPD) sagte, dieser Antrag dokumentiere die ganze Orientierungslosigkeit und Hilflosigkeit, in der sich die CDU auch im Bereich der Bildungspolitik in unse-

rem Lande befinde. Über ein Jahr nach Erscheinen der Denkschrift wolle sie den Dialog im Landtag eröffnen. Er fragte, ob die CDU gar nicht mitbekommen habe, daß der Dialog in aller Breite geführt werde. **Brigitte Schumann** (GRÜNE) bezeichnete den Antrag der CDU als ein Dokument „bodenloser Heuchelei“. Denn es werde ein parlamentarisches Interesse an der Auseinandersetzung mit der Denkschrift vorgeheuchelt. **Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) bekräftigte, die angekündigte breite Diskussion ohne vorschnelle Festlegungen habe stattgefunden. Daran hätten sich übrigens auch Parteien und Fraktionen beteiligen können. Manche hätten das auch getan. „Was ist an einem solchen Vorgang unverständlich? Wir haben etwas angekündigt und gehalten: Für mich hat das etwas mit Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit zu tun“, folgerte Frau Behler.

## Nachruf auf Gisela Böttcher-Gongoll

Die Landtagsverwaltung trauert um ihre ehemalige Mitarbeiterin Gisela Böttcher-Gongoll, die im Alter von 63 Jahren nach schwerer Krankheit in Düsseldorf verstorben ist. Frau Böttcher-Gongoll war über 40 Jahre im Stenographischen Dienst der Landtagsverwaltung tätig. Sie trat am 31. Januar 1993 als dienstälteste Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung in den Ruhestand. In einem gemeinsamen Nachruf des Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt, des Personalratsvorsitzenden Peter Geelen und des Landtagsdirektors Prof. Heinrich A. Große-Sender heißt es: „Mit ihr ist eine Mitarbeiterin von uns gegangen, die jederzeit pflichtbewußt und hilfsbereit ihren Dienst versehen hat.“

**Jürgen Thulke** (SPD) hielt das Bonner Vorhaben, den Energiemarkt sofort vollständig zu öffnen, für kommunalunfreundlich. Zahlreiche Stadtwerke hätten zum Umweltschutz und zum Abbau von Haushaltsdefiziten, etwa durch die Verkehrsbetriebe, beigetragen. Einnahmen aus den Konzessionsabgaben drohten halbiert zu werden, für NRW-Gemeinden ein unerträglicher Verlust von einer Milliarde Mark.

**Ewald Groth** (GRÜNE) hielt die neoliberale Rexrodt-Novelle für einen Frontalangriff auf die kommunale Selbstverwaltung. Außer ÖPNV-Ausbau wären auch mehr Kraft-Wärme-Kopplung und Fernwärme gebremst. Mit den geplanten Durchleitungsrechten könnten die Energieversorgungsunternehmen (EVU) Großabnehmern lukrative Billigtarife anbieten, den kommunalen EVU blieben nur kleine Abnehmer. Strom für Mittelstand und Privatpersonen würde teurer. Die CDU solle sich dem Widerstand anschließen.

**Laurenz Meyer** (CDU) sah in günstigeren Strompreisen Chancen für die Industrie, vor allem für den Mittelstand. Es gehe um Arbeitsplätze. Umweltschutz erhalte im Zielkatalog der Energie-Novelle des Bundes gleiche Priorität wie Sicherheit und Preiswürdigkeit. Die meisten Konzessionsverträge in NRW seien gerade für 20 Jahre abgeschlossen worden. Tatsächlich gehe es bei SPD und Grünen um den Verlust von politischem Einfluß.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) bedauerte, daß die Bundesregierung die EU-Richtlinie Gas nicht abgewartet habe, und sagte Änderungen an dem Bonner Entwurf voraus. Versorgung mit Strom und Gas sei keine wirtschaftliche Betätigung wie jede andere auch, sondern zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge und Gemeinwohlaufrag der Gemeinden. Günstige Energiepreise seien wichtig. Der Markt solle jedoch stufenweise geöffnet werden und ausschließliches kommunales Versorgungsrecht erhalten bleiben. Eine effiziente Kartellaufsicht sei unverzichtbar. Ein sachgerechtes Genehmigungsverfahren sichere auch die Unternehmen. Er begrüße den Koalitionsantrag.

## Kommunale Sorgen um Stromgeschäft

*Den Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE „Liberalisierung der Energiewirtschaft nicht auf Kosten der Kommunen und des Umweltschutzes - Widerstand gegen Reformpläne der Bundesregierung“ (Drs. 12/1480) nahm die Landtagsmehrheit nach der Aussprache am 15. November in direkter Abstimmung an. Sie fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat den Änderungsentwurf der Bundesregierung zum Energiewirtschaftsrecht abzulehnen. Statt dessen solle sie sich für Spielräume bei der Umsetzung der EU-„Binnenmarktrichtlinie Strom“ und für rechtlichen Schutz kommunaler Versorgungsgebiete einsetzen. In der abgelehnten CDU-Entscheidung (12/1521) spricht sich die Opposition für Wettbewerb im Energiemarkt unter Einbeziehung der kommunalen Anbieter aus.*

**Volkmar Klein** (CDU) erklärte, die CDU sei nicht bereit, das Wettbewerbsprinzip in Frage zu stellen, auch nicht an den Grenzen der Kommunen. Die Ertragskraft im Energiebereich diene zu Quersubventionen. Das wüßten die Bürger nicht. Mit staatlich gesicherten Monopolgewinnen weltweite Konzerne zusammenzukaufen, vertrage sich nicht mit sozialer Marktwirtschaft. Von niedrigeren Preisen würden alle profitieren.

**Helga Gießelmann** (SPD) sagte, Deregulierung, die auch vor nationalen Energieversorgungsinteressen nicht halt mache, gehe nicht. Die EU-Richtlinie lasse der Struktur

der deutschen Stromwirtschaft Spielräume im Wettbewerb. Die SPD fordere einen nationalen Ordnungsrahmen, der sich an Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz sowie Energieeffizienz orientiere.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) sah in dem Bonner Entwurf keinen echten Wettbewerb, sondern Chancen für die großen Verbund-EVU eröffnet. Diese würden die Kosten des Netzbetriebs unkontrolliert auf die Allgemeinheit überwälzen. Die EU schlage Trennung von Netz und Erzeugung vor, wie bei der Bahn. Geschlossene Versorgungsgebiete und die Investitionsaufsicht sollten erhalten bleiben.



*Milliardenverlust für die Gemeinden einerseits, Mittelstandschancen durch günstigere Strompreise andererseits, das waren die gegensätzlichen Standpunkte beim Thema Energiepolitik im Binnenmarkt, v.l. Jürgen Thulke (SPD), Ewald Groth (GRÜNE), Laurenz Meyer (CDU), Minister Wolfgang Clement (SPD). Fotos: Schälte*

## Beteiligungskapital

*Der Antrag von SPD und Grünen „Beteiligungskapitalfonds NRW - Mehr Kapital für zukunftsfähige Produkte und Arbeitsplätze“ (Drs. 12/1482) wurde in die Ausschußberatung überwiesen.*

**Wilfried Bergerhoff** (SPD) begründete ihn mit den Zielen, Existenzgründungen, Betriebsübernahmen und Arbeits- und Ausbildungsplätze zu unterstützen. In Deutschland gebe es bisher keinen Finanzmarkt für Risikokapital. NRW warte nicht auf den Bund. Es bestehe akuter Handlungsbedarf. Der Beteiligungskapitalfonds NRW solle Beteiligung und Management so wie Abschätzung des wirtschaftlichen Erfolgs ermöglichen. Der CDU-Vorschlag habe das Risikomanagement nicht vorgesehen.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) erläuterte, nur fünf Prozent Eigenkapital bei Kleinunternehmen reiche für Krisenzeiten nicht aus.

Fondsmanager sollten die optimale Umsetzung gewährleisten. Bankübliche Sicherheiten seien zweitrangig. Mit 100 Millionen Mark Grundkapital und möglicher Mobilisierung von einer Milliarde werde das wichtigste neue Instrument der Wirtschaftspolitik geschaffen, außerdem ein Öko-Investmentfonds.

**Bernhard Tenhumberg** (CDU) hielt junge innovationsfähige Unternehmen für Hoffnungsträger. NRW habe eine Selbstidentifikationslücke von mehreren tausend Unternehmen. Nach Idee, Umsetzung und Produktion mit Markteinführung erreichten nur wenige Gründer die Expansionsphase. Bei Auflockerung der Richtlinien könne in die bestehende Kapitalbeteiligungsgesellschaft in Neuss investiert und auch die Infrastruktur der Bürgerschaftsbank genutzt werden. Zentrale Manager-Steuerung sei zum Scheitern verurteilt. Die Erfolgsbeteiligung für die Fondsmanager sei ein völlig falscher Ansatz.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) sagte, die tollste Gründungsinitiative

könne die Arbeitsplatzverluste bei Steinkohle und Eingriffe im Gesundheitswesen nicht auffangen. Große Unternehmen seien für NRW von enormer Bedeutung. Für mehr Wagniskapital müßten das Steuer- und das Börsenrecht des Bundes geändert werden. Risikokapital sei eine Aufgabe der Kreditwirtschaft. Vor allem privates Kapital solle mobilisiert werden.

**Hubert Schulte** (CDU) warf Rotgrün vor, das Thema im Wirtschaftsausschuß bisher immer verzögert, ein Jahr verpennt und die gewaltsame Zerstörung von Gentechnik-Versuchsfeldern nicht verurteilt zu haben.

**Bodo Hombach** (SPD) führte aus, wer Hemmnisse abbauen und die Wirtschaft voranbringen wolle, müsse den richtigen Leuten Geld zur richtigen Zeit bringen. Es gehe nicht um einen neuen bürokratischen Apparat, sondern um vorhandene Kompetenzen bei Banken und Regionen. Die Dynamik erfrische die Wirtschaftsszene.

## Krankenhäuser: Finanz-Streit

Den CDU-Antrag „Land muß wieder den Erhaltung- und Sanierungsaufwand der Krankenhäuser finanzieren“ (Drs. 12/1473) lehnte die Landtagsmehrheit nach der Aussprache am 14. November in direkter Abstimmung ab und nahm die Entschließung von SPD und Grünen (Drs. 12/1516) an.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) begründete das Anliegen mit der finanzpolitischen Verantwortung des Landes im Krankenhausbereich, wo die Landesregierung seit Jahren versage. NRW stehe an vorletzter Stelle bei der investiven Krankenhausförderung. Die Mittel dafür hätten sich entsprechend der Inflation bis 1994 um 223 Prozent erhöhen müssen. Stattdessen seien die Träger vom Land schleichend enteignet worden. 200 NRW-Krankenhäuser meldeten einen aufgestauten Instandhaltungsbedarf von 800 Millionen Mark. Allein für den Brandschutz fehlten 250 Millionen. Wo die eingesparten Mittel verblieben seien, sei rätselhaft. Der Minister stecke sich das Geld in die Haushaltskasse und beschimpfe die Bundesregierung. SPD und Grüne wollten das nun den Versicherten aufs Auge drücken.

**Michael Scheffler** (SPD) hielt das „Notopfer Krankenhaus“ für einen Baustein im Gesundheitswesen-Chaos von Minister Seehofer. NRW habe eine hochmoderne leistungsfähige Krankenhauslandschaft. Jahr für Jahr habe das Land eine Milliarde Mark dafür aufgewandt. Die rund 460 Krankenhäuser seien mit 20 Milliarden Mark auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sie sorgten zudem für Beschäftigung. Durch Gerichtsurteil sei 1993 die Zuständigkeit der Krankenkassen für die Instandhaltung festgestellt. Die SPD fordere Finanzierung über die Pflegesätze.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) hielt marode Heizungen, defekte Aufzüge, undichte Fenster in Krankenhäusern und Schließungen nicht für hinnehmbar. Die Länder seien zu den Kosten nicht verpflichtet. Die Grünen hätten nach Urteilsverkündung für eine Übergangsregelung plädiert. Die Landesregierung habe anders entschieden. Jetzt verlange die CDU aberwitzig eine freiwillige Förderung für -zig Millionen.

**Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) sagte, es gehe um das vom Bundesminister verlangte Notopfer der Versicherten für die Krankenhäuser, nicht um die Verantwortung für die Instandhaltungskosten. Die Landesregierung habe die nach dem Urteil frei gewordenen Mittel nicht dem Krankenhausbereich entzogen, sondern für Modernisierung und Erweiterung eingesetzt. 1972 hätten Kapazitäten ausgebaut werden müssen, jetzt gebe es durch andere Politik und medizinische Fortschritte zuviele Betten. Das Land habe Baumaßnahmen auch nach 1993 ermöglicht.

**Rudolf Henke** (CDU) sah Widersprüchlichkeiten und Unpräzises im Beitrag des Ministers, der andernorts von Rationalisierungsréserven in Höhe von 30 Milliarden Mark spreche und das frühere SPD-Votum für monetarische Finanzierung vergessen habe. Dem Grünen-Redner hielt er gegenteilige frühere Positionen vor, als er für weitere Landesfinanzierung gesprochen habe.

## Sportvereine

Der CDU-Antrag „Faire Chance für Sportvereine in der Konkurrenz zu anderen Anbietern“ (Drs. 12/1465) wurde nach der Aussprache am 14. November vom Landtag zur weiteren Beratung an den Sportausschuß überwiesen.

**Bernhard Recker** (CDU) betonte die wachsende Bedeutung der Sportvereine, die der Landtag auch durch den Verfassungsrang für Sport deutlich gemacht habe. Nicht nur jungen, auch immer mehr älteren Menschen böten sie Hilfe und Heimat. Durch Angebote von subventionierten Kursen und durch Fitneßstudios habe der Breitensport im Verein einen schweren Stand. Die CDU wolle den Vereinen gegenüber dieser Konkurrenz helfen. Krankenkassen hätten bei ihren Angeboten häufig überzogen. Prävention und Rehabilitation könnten in Sportvereinen bezuschußt werden. Krankenkassen und Vereine sollten kooperieren.

**Dr. Hans Kraft** (SPD) hielt dem Vorredner Widersprüchlichkeit vor, da auf Bundesebene die Prävention aus der Gesundheitspolitik wegkommen solle. Was in Bonn liquidiert werde, solle nach dem CDU-Antrag auf Landesebene kompensiert werden. Ein vertieftes Sachgespräch im Ausschuß sei nötig.

**Gerd Mai** (GRÜNE) sah eine besorgniserregende Entwicklung bei den Vereinen durch Austritte von Jugendlichen. Angesichts des Rückgangs von präventiver Gesundheitspolitik komme der Antrag zu einem günstigen Zeitpunkt. Wettbewerb sei befruchtend. Zusammenarbeit aller Anbieter solle vom Landtag moderiert werden. Sportvereine sollten vom Staat gestützt werden. Die Koalition wolle den Sportstättenbau voranbringen.

**Ilse Brusis** (SPD), Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, widersprach der behaupteten Schwächung der Sportvereine durch Konkurrenz. Für die Kurse von Weiterbildungseinrichtungen und die Zuschüsse für Ausbilder gebe es einen engen rechtlichen Rahmen. Der Landessportbund ermittle Überschneidungen mit Kassenangeboten. Vereine seien gegenüber kommerziellen Fitneßstudios durch Gemeinnützigkeit im Vorteil. Der Antrag sei weitgehend gegenstandslos.

**Leonhard Kuckart** (CDU) regte an, Sport aus dem Weiterbildungsgesetz zu streichen und hauptamtliche Zuarbeit in den Vereinen zu ermöglichen. Die Benutzung von Sportanlagen dürfe den Sportvereinen nicht durch Gebühren erschwert werden. Das Jahr des Ehrenamts sei heiße Luft geblieben. Sportvereine würden durchleuchtet, aber es werde nichts für sie getan.

**Vera Dedanwala** (SPD) warf dem sozialpolitischen Sprecher der CDU vor, zu Millionen-Belastungen für Beitragsszahler zu schweigen, jetzt aber den NRW-Bürgern zusätzliche Lasten aufbürden zu wollen, um Seehofer in Bonn zu entlasten.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) räumte ein, 1994 beim dualen Finanzierungssystem die Nichtzuständigkeit der Länder nicht erkannt zu

## Sexueller Mißbrauch

Den CDU-Antrag „Konzeption für die Beratung, Hilfe und Unterbringung sexueller mißbrauchter Mädchen und Jungen erarbeiten“ (Drs. 12/1464) und die Entschließung von SPD und Grünen (Drs. 12/1517) überwies der Landtag in die Ausschußberatung.

**Jutta Appelt** (CDU) sagte, sexueller Mißbrauch an Kindern sei eines der abscheulichsten Verbrechen. Kinder seien wehrlos. Als sexuelle Objekte der Stärkeren könnten sie tief verletzt werden. Jährlich etwa 300 000 Kinder seien Opfer sexueller Gewalt. 80 Prozent davon Mädchen. Wegen zu hoher Tagessätze sei die Belegung der drei Mädchenhäuser rückläufig. Gemeinsam sollten die Fraktionen eine Konzeption für vernetztes Handeln erarbeiten.

**Carina Gödecke** (SPD) vermißte Kompetenz und Ernsthaftigkeit im CDU-Antrag, der der Landesregierung Versäumnisse vorwerfe. Sexuelle Gewalt sei durch Frauenbewegung und Mädchen-Initiativen aus der Grauzone des Verschweigens und Verdrängens herausgeholt worden. Die spezialisierten Einrichtungen würden dauerhaft gebraucht. Die Zufluchtstätten erhielten eine andere Förderung als Frauenberatung. Zwischen strukturellen und individuellen Defiziten sei zu unterscheiden.

**Ute Kocz** (GRÜNE) warf der CDU vor, das Problem männlicher Täterschaft und der familiären Beziehungen, der Bagatellisierung von Vergewaltigung als Kavaliérsdelikt zu übergehen. Auch Medien seien zu erwähnen, die sexuelle Gewalt verharmlosten, Kinderpornographie verbreiteten und Sextourismus akzeptierten. Das Jugendfördergesetz solle auf Kritik- und Entscheidungsfähigkeit ausgerichtet werden und Eltern besser befähigen, Kinder und Jugendliche zu schützen.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, wies auf ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung sexueller Gewalt hin, das im Bericht von 1995 vom Kabinett beschlossen und dem Landtag zugeleitet worden sei. Angebote für Jungen und Mädchen gegeneinander aufzurechnen, sei nicht dienlich. Die drei Mädchenhäuser befänden sich in finanziellen Engpässen. Hilfe ausschließlich für mißbrauchte Mädchen und Frauen sei dringend erforderlich. Es bestehe weiterer Handlungsbedarf.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) hielt die Darstellung triebhafter Verbrechen als Problem einer kleinen Minderheit für nicht angemessen und wies auf Täter aus dem Familien- und Bekanntenkreis hin. Verantwortliche müßten sensibilisiert werden, auf rein juristische und sexistische Berichterstattung zu verzichten. Mittel dafür müßten aus Umschichtungen bereitgestellt werden

haben. Den Grünen sei es damals um eine Übergangsregelung gegangen.

**Minister Dr. Axel Horstmann** (SPD) stimmte dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ zu, der auch zu Beschäftigungszuwachs führe. Lasten auf das Land zu ziehen, die durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren wären, sei nicht im Interesse von NRW.

## Rotgrüne Koalition stellt im Haushaltsausschuß vor:

### Nachhaltiges Wirtschaften für Arbeit und Umwelt

Der Haushalts- und Finanzausschuß ließ sich während der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1997 am 28. November von den Staatssekretären zweier Ressorts eingehend über das Programm „Arbeit und Umwelt“ der Landesregierung unterrichten.

Das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“ war 1995 in der Regierungserklärung angekündigt, von der Opposition bereits bei den Haushaltsberatungen 1996 hinterfragt und jetzt für den Haushalt des kommenden Jahres mit einem Volumen von 6,2, bis zum Jahr 2000 mit 13,1 Milliarden Mark veranschlagt worden (Vorlage 12/1064). Vom Ressort Wirtschaft und Verkehr sind die Fördermittel für neue Technologien in der Wirtschaft und im Bergbau, für Rationelle Energie, EU-Programme und den ÖPNV im Programm „Arbeit und Umwelt“ aufgelistet, zusammen 1,334 Milliarden Mark. Das Ressort Bauen und Wohnen veranschlagt 1997 3,485 Milliarden Mark, davon fast drei Milliarden Mark für den Bau energiesparender Sozialwohnungen, der Rest für Altbaurenovierung und Maßnahmen an Landesgebäuden. Im Ressort Stadtentwicklung, Kultur und Sport sind 22 Millionen Mark für Flächensanierung und den Grundstückfonds dem Programm Arbeit und Umwelt zugerechnet. Das Ressort Umwelt / Raumordnung / Landwirtschaft stellt 628 Millionen Mark unter das Motto Arbeit und Umwelt, davon 72 Millionen für Wasserbau, 245 Millionen für Abwassermaßnahmen, 116 für Landwirtschaft, 24 für Marktstruktur, 31 für Flurbereinigung und 30 Millionen Mark für „ÖPEL“.

Staatssekretärin Christiane Friedrich (Umweltministerium) erläuterte im Haushaltsausschuß, Arbeit und Umwelt würden mit dem Ziel des „nachhaltigen Wirtschaftens“ verknüpft. Schäden in der Volkswirtschaft würden ab jetzt in der betriebswirtschaftlichen Kalkulation berücksichtigt. Durch moderne Technik könnten im Sinne von Ressourcenschonung bereits 30 bis 50 Prozent Kosten gespart werden. Neu seien die Initiative nachhaltige Wasserwirtschaft und die Förderung von umweltorientierter Landwirtschaft. Volkmar Klein (CDU) vermutete, es handle sich nur um ein neues Etikett für langjährige Haushaltspositionen. Alexandra Landsberg (GRÜNE) wollte wissen, ob die Richtlinien

im Sinne von „nachhaltigem Wirtschaften“ bereits überarbeitet seien.

Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium) antwortete, beim Programm „Arbeit und Umwelt“ handle es sich nicht um „Etikettenschwindel“, vielmehr sei eine Philosophie oder ein Leitgedanke sehr modern. Herzstück der Energiepolitik sei die Landesinitiative Zukunftsennergien. Aus einem Kongreß seien bereits 230 Projektideen entstanden. Bickenbach wies unter anderem auf den Neubau der Fortbildungsakademie des Innenministers in Herne hin, die nur aus Sonnenenergie versorgt werde. Weitere kritische Fragen von den CDU-Abgeordneten Helmut Diegel, Volkmar Klein, Leo Dautzenberg und Peter Bensmann: Was denn ohne das Programm nicht bewirkt worden wäre; ob nicht auch ohne das Programm an Wärmerückgewinnung und energiesparen den Kläranlagen gearbeitet werde und mit welcher Begründung 827 Millionen Mark Bundesmittel oder 31,5 Prozent des Programms einem Landesprogramm zugerechnet würden; wie zum Beispiel Contracting haushaltsrechtlich einwandfrei dargestellt werden könne und ob nach Realisierung der Projekte nicht rückwärts gerechnet werden müsse, um Ergebnisse zu verkaufen.

Staatssekretärin Friedrich antwortete, vielfach sei es nicht so einfach, zwischen Investition und Konsum zu entscheiden. Neue Richtlinien, erklärte Staatssekretär Bickenbach, seien nicht nötig. SPD-Sprecher Reinhold Trinius hielt fest, es gebe kein frisches Geld. Das Programm Arbeit und Umwelt sei der intelligente Versuch, mit den vorhandenen Mitteln neue Effekte zu erreichen.

Mit den Abstimmungen zur 3. Lesung am 13. Dezember schloß der Haushalts- und Finanzausschuß seine mehrwöchigen Haushaltsberatungen ab; in die letzten der acht jeweils mehrstündigen Sitzungen gingen die Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und der Berichterstattergespräche ein. Zwei Ergänzungsvorlagen des Finanz-

## Petitionsausschuß

### Martinszug erlaubnisfrei

Den Petitionsausschuß erreichte die Beschwerde einer Pfarrgemeinde über den Bescheid des Oberkreisdirektors zum Martinszug. Dem Martinszug wurde darin die Erlaubnis erteilt. Aber es sollte eine Verwaltungsgebühr von 45 Mark bezahlt und eine Erklärung unterschrieben werden, wonach der Veranstalter für eventuelle Schäden in einem Rahmen von 500 000 Mark aufkommen sollte.

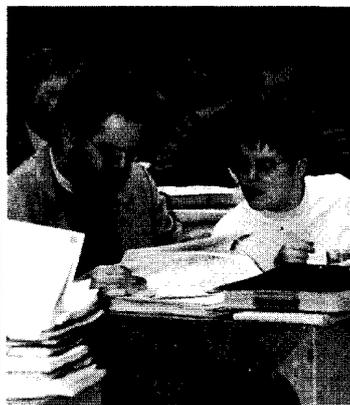
Das ging der Gemeinde zu weit, denn sie hätte alle Behörden von allen Ersatzansprüchen freistellen sollen. Der Petitionsausschuß teilte ihr nach Rückfrage beim Verkehrsministerium mit, daß der Martinszug als ortsübliche, kirchliche Brauchtumsveranstaltung erlaubnisfrei, wegen der Belange der Verkehrssicherheit höchstens anzeigepflichtig sei, damit die Straßenverkehrsbehörde bei Bedarf Ordnungsmaßnahmen treffen könne. Gleiches war auch schon vor einem Jahr vom Bundestags-Petitionsausschuß festgestellt worden. Der jährliche Martinszug fand inzwischen statt. Gegen die Verwaltungsgebühren wurde Widerspruch

★

## Luftverkehr

Der Verkehrsausschuß schloß seine Beratungen 1996 mit einem Besuch des Flughafens Köln/Bonn ab. Sowohl die Geschäftsführung als auch der zuständige Minister und der Kölner Oberstadtdirektor ließen keinen Zweifel an der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Bedeutung des Flughafenausbaus. Einige Äußerungen: Köln/Bonn sei ein anglophiler Flughafen, kein Parkplatz für Frankfurt, der beste Flughafen des Landes, er habe Zukunft nur mit Fracht/Nacht- und Drehkreuzverkehr.

ministers von Ende November mit einem Mehr von 86 Millionen Mark mußten einbezogen werden. Die Koalitionsfraktionen änderten viele Ansätze des Entwurfs. Die Opposition erreichte die Zustimmung zu einer Textänderung im Haushaltsgesetz.



Nachdrücklich und vergeblich versuchten die CDU-Abgeordneten im Haushaltsausschuß, dem Finanzminister die Summe der NRW-Einnahmen aus der regionalisierten Steuerschätzung vom November zu entlocken. Sie vermuteten ein Haushaltsloch von einer Milliarde Mark. Minister Heinz Schleußer wies auf die seit zehn Jahren gesteigerte Treffsicherheit der Vorhersagen seines Hauses hin und versicherte, in einem Nachtragshaushalt seien keinerlei Korrekturen notwendig; v. l. Winfried Schittges, Volkmar Klein, Helmut Diegel (alle CDU); Dr. Stefan Bajohr, Alexandra Landsberg (GRÜNE); Reinhold Trinius (SPD), Wolfgang Theberath (Stenograph), Jörg Hansen (Fraktionsreferent), Ernst-Martin Walsken, Willi Nowack, Dr. Klaus Heugel, Elke Talhorst, Lothar Niggeloh, Irmgard Mierbach, Hans Kern, Stefan Frechen (alle SPD).

Fotos: Schälte

## Wegen dramatischer Situation hält CDU Haushalt nicht für beratungsfähig

# Hauptausschuß beschließt fünf Einzelpläne mit Mehrheit

Der Hauptausschuß des Landtags hat fünf Einzelplänen des Haushalts 1997 mehrheitlich grünes Licht gegeben. Der stellvertretende Ausschußvorsitzende Lothar Hegemann (CDU), der die Sitzung leitete, erinnerte daran, daß sich der Hauptausschuß in seinen Sitzungen am 26. September, 24. Oktober und 8. November bereits mit dem Haushalt 1997 befaßt habe. In einer grundsätzlichen Stellungnahme bezeichnete die Sprecherin der CDU-Opposition, Ruth Hieronymi, in Anbetracht der dramatischen Haushaltssituation des Landes den Haushalt als nicht beschlußfähig. Sie forderte die Landesregierung auf, einen neuen Haushaltsentwurf vorzulegen. SPD-Sprecher Reinhard Grätz bedauerte, daß die CDU nicht konstruktiv mitarbeiten wolle.

Den Fraktionen von SPD und GRÜNEN hielt Frau Hieronymi vor, sie hätten in den letzten Wochen genügend Gelegenheit gehabt, sich mit diesem Haushalt zu befassen, wobei man offensichtlich Schwierigkeiten gehabt habe, überhaupt zu einer gemeinsamen Linie innerhalb der Koalition zu kommen. Für die CDU heiße es, daß in einer Situation, in der ein Landshaushalt Konsolidierung und Sicherung der Arbeitsplätze und damit auch der Zukunftsfähigkeit des Landes gewährleisten müsse, eine Investitionsquote, die von 20,7 Prozent in vergangenen Jahren auf 10,5 Prozent im Haushaltsjahr 1997 gesunken sei, dazu keinen Beitrag leiste. Ebenfalls gewährleiste die Steigerung der Nettokreditaufnahme um über eine Milliarde Mark auf mittlerweile über sieben Milliarden Mark diesen notwendigen Umsteuerungsprozeß nicht. Ferner sei man der Meinung, daß die Kürzung der Investitionspauschalen für die Kommunen um 455 Millionen Mark auf 398 Millionen Mark, und damit um über 50 Prozent, ebenfalls keinen Beitrag zu diesem Konsolidierungsprozeß leiste. Die Sprecherin forderte die Landesregierung auf, unverzüglich gemäß Artikel 81 Landshaushaltsgesetz einen neuen Haushaltsentwurf vorzulegen und bis dahin die weiteren parlamentarischen Beratungen des Haushalts 1997 auszusetzen.

GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel entgegnete daraufhin, ihn wunderten diese Bemerkungen. „Der Waigel“ stolpere von Haushaltsloch zu Haushaltsloch und hier in NRW wisse man aufgrund des Jahressteuergesetzes 1997 überhaupt noch nicht, geschweige denn, daß man abschätzen könne, welche Folgen der katastrophalen Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung das Land NRW treffen würden. Appel hielt der CDU-Sprecherin vor, sie versuche abzulenken. Die Koalition werde einen soliden Haushalt verabschieden.

Es sei natürlich Sache jeder Fraktion, ob sie hier konstruktiv mitwirken wolle oder nicht, sagte SPD-Sprecher Reinhard Grätz. Aber man sei schon der Meinung, auch wenn sich in Bonn fast täglich die Daten änderten, daß man hier konstruktiv weiterberaten und verabschieden müsse, aufgrund des vorliegenden Kenntnisstandes, „der für uns auch ausreicht, um zur Haushaltsverabschiedung zu kommen“. Grätz schloß: „Ich bedauere eigentlich, daß die CDU ihre Sachvorstellungen hier nicht einbringen will.“



Leitete die Sitzung am 28. November: Stellvertretender Ausschußvorsitzender Lothar Hegemann (CDU).

Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hieronymi erinnerte nun daran, daß man sich in den vergangenen Jahren, selbst noch in der Fachdiskussion, die der heutigen Beschlußsitzung vorangegangen sei, mit einer Fülle konstruktiver Anträge jeweils an den Haushaltsberatungen beteiligt habe. Wenn man aber zur Kenntnis nehmen müsse, daß zentrale Daten des Haushalts nicht heute, sondern durch das Beratungsverfahren Bundesrat erst in vier Wochen bekannt sein würden, dann sei die Forderung, zu verschieben, sehr konstruktiv und der Sache angemessen.

Das Feld der Qualifizierung der Medienkompetenzvermittlung gehöre zu den Kernaufgaben des Staates, stellte der Leitende Ministerialrat Dr. Hans Gerd Prodoehl aus dem Wirtschaftsministerium, Abteilung Medien, fest. In einem Bericht zum neuen Medienkompetenzzentrum Marl, vertrat er die Ansicht, alle Lebensbereiche des Menschen würden in Zukunft von der Multimedialevolution ergriffen.

Deshalb müsse eine Medienkompetenzvermittlung breitflächig erfolgen. Neue Berufsfelder und neue Arbeitsplatzanforderungen würden entstehen. Prodoehl wies allerdings darauf hin, es gebe bundesweit noch keine Qualifizierungseinrichtungen, die konkret ausgerichtet seien auf die Multimedialevolution. Hier in NRW habe man nicht nur die Chance, erhebliche Standortentwicklungen für sich verbuchen zu können, sondern man habe auch die Chance auf dem Feld der Qualifizierung etwas zu tun. „Wir müssen dabei sagen, daß wir auf vielen Feldern Neuland betreten“, folgerte der Sprecher. Man arbeite indessen an einem knappen

Dutzend Projekten, die alle mit dem Europäischen Zentrum für Medienkompetenz verzahnt werden sollen. In Marl habe man die Chance, EU-Mittel zu mobilisieren, weil es sich um ein Fördergebiet handele.

Für die SPD begrüßte Reinhard Grätz die Gründung dieses Zentrums. Man sei allerdings der Meinung, daß der Hauptausschuß den Aufbau des Zentrums begleiten sollte, weil viele Sachbereiche angesprochen seien: Schule, Hochschule, Kultur, Wirtschaft. Der Hauptausschuß sollte sich durchaus als Bündelungsausschuß verstehen.

Nach diesen Erläuterungen schloß der Hauptausschuß seine Haushaltsberatungen ab. Die Abstimmungsergebnisse im einzelnen: Alle fünf Einzelpläne wurden mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen. Beim Einzelplan 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei stimmte die CDU dagegen, beim Einzelplan 05 Landeszentrale für politische Bildung stimmte sie zu, beim Einzelplan 08 Wirtschaftsministerium-Medien enthielt sie sich, beim Einzelplan 09 Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten stimmte sie dagegen und beim Einzelplan 01 des Landtages enthielt sich die Union der Stimme.

Bei einem weiteren Tagesordnungspunkt nahm der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), zur Situation im Bundesrat Stellung. Als einen Beschluß ganz eigener Art mit besonderer Relevanz für Nordrhein-Westfalen bezeichnete der Minister die Entscheidung des Bundesrates vom 27. September, in der er gegen die Stimmen von NRW, Rheinland-Pfalz und Saarland seinen zukünftigen Sitz auf Berlin festgelegt habe. Damit sei auch für den Bundesrat der „von uns stets befürchtete Rutschbahn-Effekt“ des Bundestagsbeschlusses vom 20. Juni 1991 eingetreten. „Ich halte diese Entscheidung des Bundesrates für falsch“, betonte Dammeyer. In dieser Auffassung wurde er in der nachfolgenden Diskussion sowohl von der CDU-Politikerin Hieronymi als auch von dem SPD-Politiker Grätz unterstützt. Der Minister erläuterte weiter, immerhin habe der Bundesrat am 5. Juli 1991 für sich ein klares Verfahren beschlossen: Die eigentliche Entscheidung über seinen Sitz sollte erst getroffen werden, wenn die Erfahrungen mit dem Umzug von Bundestag und Teilen der Bundesregierung vorlägen. Doch der Minister gestand zu, die Argumente seien ausgetauscht, der Beschluß sei gefaßt. Immerhin sei es durch das Engagement der Landesregierung im Vorfeld gelungen, eine komplette Verlegung des Bundesrates nach Berlin zu verhindern. In seinem Beschluß vom 27. September habe sich der Bundesrat auf eine Außenstelle in der Bundesstadt Bonn festgelegt. Zudem werde dem Bundesrat die Aufgabe zugewiesen, im Zusammenwirken mit Bundestag, Bundesregierung und Europäischer Union seinen Beitrag zu einem neuen politischen und institutionellen Profil von Bonn als Brücke zwischen Berlin und Brüssel, zwischen Nord und Süd und als Standort für Kultur, Wissenschaft und Forschung zu leisten. Bonn werde als idealer Ort angesehen, um europäische Institutionen zu verankern.

## Beim Ständehaus wurde ein neues Ergebnis erreicht

*Der Hauptausschuß des Landtags ist nicht dazu berechtigt, das Nutzungskonzept der Landesregierung zum Ständehaus abzusegnen oder in Frage zu stellen. Das bekräftigte dessen Vorsitzender Klaus Matthiesen (SPD) in einer Sitzung am 6. Dezember. Aber zusammen mit der Landesregierung sei man zu einem guten Ergebnis gekommen.*

Wörtlich stellte Matthiesen fest: „Wir sind nicht dazu da und haben es nicht getan, das Nutzungskonzept der Landesregierung hier abzuschließen. Zum Beschluß sind wir gar nicht legitimiert. Sondern das einzige Recht, das wir als Parlament haben, nachdem die Finanzierungsregelung sichergestellt ist, ist die Bitte an die Landesregierung, ob wir über die eine oder andere Nutzungsvariante noch einmal miteinander reden können.“ Der Vorsitzende erläuterte, wenn die Landesregierung wolle, müßte sie den Hauptausschuß mit dem Nutzungskonzept im einzelnen nicht befassen. Er riet indes, mit der Landesregierung zu sprechen, weil es klug wäre, und stellte fest: „Aber das ist eine Frage, wie man miteinander umgeht.“

Abschließend erklärte Klaus Matthiesen: „Der Hauptausschuß ist froh darüber, daß das, was wir mit der Landesregierung da zusammengebracht haben, jetzt zu einem guten Ergebnis gekommen ist.“ Das sei wichtig aus historischen Gründen und auch für die Landeshauptstadt Düsseldorf. Auch die beteiligten Ressorts hätten insoweit durch den Hauptausschuß ein Stück Rückendeckung bekommen, „von Herrn Professor Zweite ganz zu schweigen, der sich hoffentlich auch darüber freut“. Profes-



*Leitete die Sitzung am 6. Dezember: Ausschußvorsitzender Klaus Matthiesen (SPD). Foto: Schälte*

sor Dr. Armin Zweite, der Direktor der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, für die das Ständehaus zum zweiten Standbein werden soll, antwortete in der Sitzung mit „Ja“.

Der Vorsitzende schloß: „Sehen Sie, das ist doch ein gutes Ergebnis.“ Er warnte davor, jetzt aus dieser Sitzung herauszugehen und neue Debatten zu eröffnen. Sondern es gehe jetzt einzig und allein um die Frage, ob es bei der Wichtigkeit dieses Gebäudes für das jetzige Parlament, ein Akt von Klugheit wäre, wenn die drei beteiligten Ministerinnen und Minister noch mal mit Vertretern der Fraktionen ein Gespräch über weitere Fragen des Nutzungskonzeptes führen

könnten, ohne daß daraus irgend etwas abgeleitet oder in Frage gestellt werde. „Konsens?“ fragte Matthiesen. Der Hauptausschuß war einverstanden.

Auch „ohne Abstimmung mit den anderen betroffenen Ressorts“ betonte der Abteilungsleiter aus dem Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Hanns-Ludwig Brauser, selbstverständlich sei man gerne bereit, die Aspekte, die bisher vorlägen, als Nutzungskonzept im Detail zu diskutieren. Er verwies darauf, daß ein Kompromiß nötig gewesen sei, um endlich dieses Gebäude einer vernünftigen und akzeptablen Nutzung unter dem Aspekt, was das jährlich koste, zuzuführen. Auf kritische Anmerkungen der CDU eingehend, unterstrich der Sprecher, in allen Phasen dieser Diskussion sei der Denkmalschutz jederzeit beteiligt gewesen.

Der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, erinnerte daran, daß die Landesregierung beabsichtige, über die schwierige Frage der Refinanzierung der Umbaukosten des Ständehauses bis zur 3. Lesung des Landeshaushaushalts 1997 eine abschließende Entscheidung herbeizuführen. Nachdem schon Vorplanungskosten im Haushalt der Landesregierung für 1997 gewesen seien, sei mit der 3. Ergänzungsvorlage der Landesregierung auch eine Verpflichtungsermächtigung in erforderlicher Höhe in den Einzelplan 15 MSKS eingestellt worden.

Für die CDU-Fraktion stellte deren Parlamentarischer Geschäftsführer Heinz Hardt fest: „Ich halte das für gut, daß wir für dieses Haus jetzt diese Grundsatzentscheidung haben.“ Persönlich sei er der Auffassung, daß man den jetzigen Standort der Kunstsammlung in seinen Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft nicht behindern dürfe. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Grätz, vertrat die Meinung, neben der Entscheidung Kunstsammlung werde es sich wahrscheinlich erst im Laufe des Sanierens erweisen, welche ergänzenden Möglichkeiten dieses Haus noch biete für Landes-zwecke und Landeshauptstadt.

## NRW-Abgeordnete Koczy beobachtete Wahl in Armenien

*Im Auftrag des Europarates (Straßburg) reiste die Landtagsabgeordnete Ute Koczy (GRÜNE) zur Beobachtung der Kommunalwahlen am 10. November 1996 in die Republik Armenien.*

Frau Koczy ist seit Juni dieses Jahres Mitglied im Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) und wurde als dessen Mitglied angefragt, zusammen mit Delegierten aus Irland, England, Norwegen, Schweden, Finnland, Frankreich, der Schweiz und Italien den Wahlvorgang der Gemeinderäte und ihrer Bürgermeister zu begleiten. 110 Wahlstationen mit insgesamt 214 727 Wählerinnen und Wähler wurden überprüft. Im Ergebnis wurden die Wahlen als positiv und demokratisch bezeichnet.

Es waren dies die ersten demokratisch durchgeführten Kommunalwahlen und von daher von besonderer Bedeutung. Allerdings standen sie unter dem schlechten Vorzeichen der Präsidentschaftswahlen vom 22. September. Der Wahlvorgang selbst verlief ohne größere Probleme. Nur danach kam es auf Anordnung des wiedergewählten Präsidenten Levon Ter-Petrosyan

(Armenische Nationalpartei) zu Übergriffen auf die größeren Oppositionsparteien und zu Beschlagnahmung von Computern der oppositionellen Presse. Skepsis und Kritik über die Bedeutung dieser Wahlen wurde bei einem Besuch der Delegation geäußert und eine schwache Wahlbeteiligung vorhergesagt. Viele der Oppositionsparteien hatten zum Boykott aufgerufen, ihren Mitgliedern aber nicht verboten zu kandidieren.

Ungewöhnlich für die Delegation war die nicht vorhandene Plakatierung. In der Hauptstadt Yerevan wurden nur vereinzelt Bilder und Plakate gesehen. Einer der Gründe ist sicherlich der hohe Preis von Papier, ein anderer die starke Bedeutung des Fernsehens, das konsequent und gegen Bezahlung durch die Kandidaten den Wahlkampf begleitete. Im Vergleich dazu hatten die Printmedien nur eine marginale Bedeutung.

Ute Koczy berichtet:

„Daher war es überraschend, daß mein Kollege Jakob Eng (Norwegen) und ich nur gute Erfahrungen in der Provinz Armavir am Fuße des Berges Ararat machten. Die Wählerinnen und Wähler mußten in allen 19 von

uns besuchten Wahlstationen ihren Paß vorzeigen und durch ihre Unterschrift ihre Identität bestätigen. Die jeweiligen Wahlzettel für den Bürgermeister und die Räte wurden gestempelt und in die versiegelte Wahlurne geworfen. Der ganze Prozeß fand unter den Augen einer parteiübergreifenden Kommission und der Vertreter der Kandidaten statt, die genau aufpaßten, daß es zu keinen Unregelmäßigkeiten kam. Anfängliche Aufregungen über den angeblich schon benutzten Stempel, dessen Siegel um 8 Uhr morgens mit Wahlbeginn gebrochen wurde, konnten aufgeklärt werden. Die Herstellerfirma hatte jeden Stempel auf seine Funktion geprüft und einmal benutzt. In einigen Orten wurde daher der Stempel besonders markiert, bevor gewählt werden durfte. Sehr umständlich gestaltete sich das Auszählen sowie Verpacken der Stimmzettel. Damit es keine Beanstandungen gab, zählte der Wahlvorstand sehr gewissenhaft und verkündete noch in der Nacht den draußen Wartenden das Ergebnis. Um 4.30 Uhr in der Frühe verließen Jakob Eng und ich den kleinen Ort Haytagh mit seinen 1135 Wahlberechtigten.“

## Kommunalpolitiker informierten sich in Bayern

### „Klassische Verwaltung besser als Industrie“

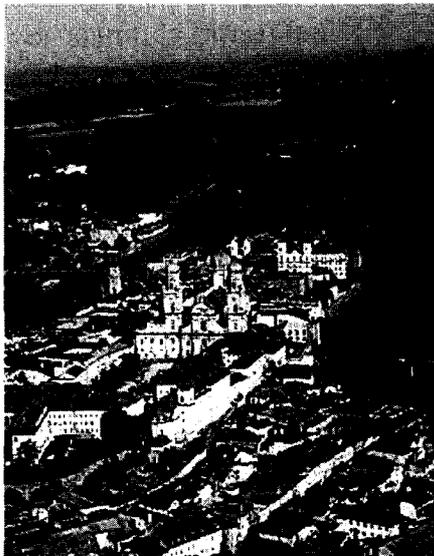
Eine sitzungsfreie Woche im November nutzte der Ausschuß für Kommunalpolitik zu einer Informationsfahrt nach Rheinland-Pfalz und Bayern. In Mainz, Passau, Amberg und Nürnberg führten die NRW-Politiker unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Friedrich Hofmann (SPD) Gespräche mit Oberbürgermeistern, einem Landrat und kommunalen Führungskräften über das dortige Wahlrecht und über „kommunale Spielräume und Handlungsmöglichkeiten angesichts wachsender Finanzschwäche“, wie Hofmann formulierte.

Bei ihren Gesprächspartnern erkundigten sich die Düsseldorfer Abgeordneten jeweils auch nach dem Finanzausgleich. In Mainz erfuhren sie, daß Rheinland-Pfalz bei den Zuweisungen von Landesmitteln keine Unterschiede zwischen Einwohnern in Großstädten und in ländlichen Räumen macht. Nach der Änderung des Kommunalwahlrechts mit Möglichkeiten zu kumulieren und zu panaschieren, stieg, so erfuhren die Abgeordneten, die Wahlbeteiligung. Etwas erschrocken reagierten die NRW-Parlamentarier allerdings, als ihnen in Mainz berichtet wurde, wie mit unvollständig ausgefüllten Wahlzetteln umgegangen wird: Streichen und Ergänzungen sind möglich.

In Passau trat ihnen in der Person von OB Willi Schmöller der erste Sozialdemokrat an der Spitze der niederbayerischen „Hauptstadt“ (im Amt seit 1990) gegenüber. Bei der letzten bayerischen Kommunalwahl im März 1996 hatte zwar die CSU noch die meisten Stadtratssitze gewonnen. Die Sozialdemokraten gingen jedoch mit den Grünen und Vertretern von Freien Wählervereinigungen eine Koalition ein. Passau in Zahlen: 50 000 Einwohner, 40 000 Arbeitsplätze, davon 30 000 sozialversicherungspflichtig. Von der Osterweiterung der Europäischen Union verspricht es sich Chancen für die gesamte Region: einen größeren Absatzmarkt und mehr Verkehr, nicht zuletzt durch den Rhein-Main-Donau-Kanal.

Hauptthema war jedoch das „Unternehmen Stadt Passau“. Die Stadt reagierte auf (in dieser Reihenfolge): Bürgerverdruß, Standortwettbewerb und Finanzknappheit mit dem Versuch von „Stadtmarketing“. 1992 wurde das „Unternehmen Stadt Passau“ gegründet. In 31 ganztägigen Workshops wurde an einem „Leitbild“ gearbeitet. Christa Tausch von der „Steuerungsunterstützung“ beim OB gebrauchte im Laufe ihres Vortrags eine einprägsame Formulierung

für das, wofür es in den nächsten drei Jahren in Passau ging: Bürger, Politiker und Verwaltung mußten „sich zusammensprechen“. Durch Nachfragen erfuhren die Abgeordneten, daß bei einer Pro-Kopf-Verschuldung



Passau, Hauptstadt von Niederbayern

von 4 000 Mark (1995), fast genau der bayerische Durchschnitt (NRW-Vergleich: 9 607 Mark), insgesamt 1,3 Millionen Mark in der Schulhausbau sowie 155 000 Mark pro Einwohner in Straßenbau und 178 000 Mark in Abwasseranlagen investiert wurden. Einige Erfahrungen der Passauer Stadt-„Unternehmer“: Zuerst sei die Kosten-Leistungs-Rechnung eingeführt, dann ein Produktbuch erstellt worden, nicht umgekehrt. „Die klassische Verwaltung arbeitet noch besser als private Unternehmen, wenn sie sich deren Methoden bedient“, meinte der „Innenrevisor“, „oder jedenfalls genauso“, schränkte er ein.

Am nächsten Tag ging es weiter Richtung Nordwesten, in die Heimat des Ausschußvorsitzenden. Im Landratsamt Amberg erwartete den Ausschuß Landrat Dr. Hans Wagner (CSU), seit 18 Jahren im Amt, mit dem Verwaltungsdirektor und zwei Referenten. Später kamen noch die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der CSU des Kreisrats hinzu. Der Landkreis wurde vorgestellt: 105 000 Einwohner, 27 Gemeinden, Gesamt-Haushaltsvolumen 130 Millionen Mark, Kreisumlage 38 Prozent („Bayern ist hier Schlußlicht“), Arbeitslosenquote zehn Prozent, Sozialhilfeleistungen zehn Prozent des Haushalts, keine Probleme mit Asylbewerbern und Ausländern. Als halbwegs gelöstes Problem des Landkreises berichtete Dr. Wagner von der „Rettung“ der Maxhütte durch den Freistaat und der Ansiedlung von Industrie als Ersatz für 4 500 weg-rationalisierte Stahlarbeitsplätze.

Durch das Kumulieren und Panaschieren seien die Frauen (mit 10 von 60 Sitzen) und die freien Wähler stärker vertreten, erläuterte er. Die Kreisverwaltung habe drei Frauen in verantwortlichen Positionen, Amberg sei der erste Landkreis mit einer Gleichstellungsbeauftragten gewesen, fügte er hinzu und überließ seiner Baureferentin, wenn auch erst ganz zum Schluß, das Wort. Die Wahlbeteiligung bei jungen Wählern sei sehr gering. Bürgerbegehren seien von der SPD in Bayern durchgesetzt worden, fuhr er fort: „Jetzt schauen alle Kommunalpolitiker dumm drein“. Mit seiner Weigerung, eine Mülldeponie zu errichten wie der Nachbar-Landkreis, der jetzt zurückbauen müsse, habe der Landkreis richtig gehandelt und Millionen gespart, denn es gebe keinen Bedarf.

Nach dem gut organisierten, interessanten Erfahrungsaustausch erwartete den Ausschuß ein Highlight am Abend. Am Neutrastfelsen, im Süden der Fränkischen Schweiz, fand ein Wettbewerb der Stub'n-Musi statt, an dem die rheinischen und westfälischen Politiker im Nebenraum teilhaben durften. Der Wirt persönlich stellte ihnen die Zither-, Hackbrett- und sonstigen Musikanten, Sängerinnen und Sänger vor, Brauchtumspflege war angesagt. Keine zwei Stunden dauerte es, da hatten die ländlichen Musikanten und die geistigen Getränke die NRW-Gäste ergriffen, und, angeführt von Landtagstenor Günter Langen (CDU), sang der Ausschuß interfraktionell aus vollem Herzen deutsche Volkslieder.

Nürnberg, mit 500 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Freistaats, war letzte Station der Reise. Dort war im März 1996 die SPD-Mehrheit gekippt, CSU-OB Ludwig Scholz begrüßte die Gäste im historischen Rathaussaal. Der SPD-Kollege sprach von katastrophaler Wahlniederlage und Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse: „Wir üben uns in Opposition, nach 50 Jahren Mehrheit.“ Der Arbeitsdirektor der Stadtwerke, einer Holding im städtischen Besitz für Energie, Wasser und Verkehr mit 4 400 Mitarbeitern und 1,5 Milliarden Mark Umsatz, trat für faire Bedingungen im EU-Energie-Binnenmarkt ein: entweder durch Alleinversorgungsrechte oder durch Zulassung kommunaler Versorger bei den europäischen Nachbarn. Zwei städtische Referenten erwiesen sich als äußerst sachkundige Experten des Rechts und der Finanzen. Der Rechtsreferent sah das erfolgreiche deutsche System kommunaler Selbstverwaltung am Ende. Betriebswirtschaftliches Denken werde zur Änderung aller Gemeindeordnungen führen. Einen Silberstreif am Horizont sehe er aber noch nicht. Beide berichteten von einvernehmlichen Lösungen zwischen öffentlichen und privaten Anbietern von Dienstleistungen. Leasing sei zur Haushaltssanierung nicht geeignet, antworteten sie auf Ausschußfragen. Beim Finanzausgleich werde in Bayern über eine Verstärkung des Sozialhilfe-Indikators diskutiert.

„Risiken und Nebenwirkungen sind fast größer als der Erfolg“, meinte der Nürnberger Kämmerer zum Thema Budgetierung und Verwaltungsreform. Marktpreise könnten auch Zutrittschranken darstellen. Zentrifugale Kräfte wirkten, es strebe alles auseinander. Ein Leitbild habe Nürnberg nicht. Man habe einfach angefangen, als „Operation am lebenden Patienten ohne Betäubung“.



Kommunalausschuß-Vorsitzender und Stellvertreter (v.l.) Friedrich Hofmann (SPD), Winfried Schittges (CDU). Fotos: Schälte

Nach den Ausführungen der Professoren Wolfram Höfling und Klaus Lüder, von Diplomvolkswirt Adrian Otnad, der Professoren Lorenz Jarass, Karl Georg Zinn und Klaus Gretschmann, denen sich die erste Fragerunde anschloß, erhielt am Nachmittag Professor Hans-Peter Schneider (Universität Hannover) das Wort. Er wies auf Probleme durch die Bindung der Politiker an Wählerstimmen und durch das Prinzip der Gesamtdeckung hin, das es sehr leicht mache, Haushaltslöcher durch Kredite zu schließen. Von verfassungsrechtlicher Schuldenbegrenzung halte er wegen zyklischer Wirkungen nicht viel. Eine gesetzlich festgeschriebene betriebswirtschaftliche Rechenschaftspflicht für alle kreditfinanzierten Investitionen oder ein funktions- und aufgabenbezogener Investitionshaushalt überhaupt könne sinnvoller und auch dem Wähler besser vermittelbar sein.

Dr. H.D.von Loeffelholz (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) hielt die Drei-Promille-Begrenzung für zu weitgehend. Beim gegenwärtigen massiven Wachstumsproblem stelle sich für Ökonomen die Frage, ob Staatsverschuldung das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt. Bei einer Aufteilung der gesamtstaatlich nach Bruttoinlandsprodukt oder nach Einwohnerzahl zulässigen Verschuldung entfielen auf NRW ein Anspruch auf 22 Prozent. Angesichts der EU-Währungsunion halte er einen Alleingang des Landes nicht für zweckmäßig.

Eckhard Stratmann-Mertens (Ökoregio Bochum) hielt eine Haushaltsbelastung durch Schuldendienst in Höhe von zehn Prozent für unerträglich. Bei der Schuldenbegrenzung nach der Investitionsquote unterbleibe meist der Aspekt der ökologischen Folgewirkungen von Investitionen, die zukünftige Generationen belasteten, statt ihnen Nutzen zu bringen. Der Investitionsbegriff sei gänzlich ungeeignet für eine Regelverschuldungsgrenze. Seit 1986 reiche in NRW die Neuverschuldung nicht einmal mehr für den Schuldendienst aus. Ein großer Teil davon werde der Volkswirtschaft somit entzogen, die konjunkturelle Begründung werde ins Gegenteil verkehrt. Beim Ziel der Schuldentrückführung sei die Hoffnung auf den Gesetzgeber illusorisch. Durch Verfassungsänderung müsse die Rückkehr zum Prinzip der ausgeglichenen Haushaltsführung ohne Schuldenaufnahme vorgegeben werden. Eine unabhängige Behörde solle über Verschuldensanträge entscheiden.

In der zweiten Fragerunde kamen unter anderem die Kosten der deutschen Einheit, die Höhe der Investitionen und die Interessen der nachfolgenden Generationen zur Sprache. Professor Loeffelholz hielt eine Schuldenfinanzierung von Folgekosten der deutschen Einheit für angemessen; der Nutzen für alle werde erheblich sein. Professor Jarass gab die schon jetzt hohen Abgabelasten zu bedenken; wenn nicht bald eine Lösung gefunden werde, werde „uns das System einfach um die Ohren fliegen“. Das müsse durch Vermögensausgleich geändert werden. Diejenigen, die die Schulden gemacht hätten, müßten für einen Teil davon aufkommen. Adrian Otnad wies auf die Alterssicherungssysteme hin; die deutsche Einheit rechtfertige die hohe Kreditaufnahme seit 1990 allein nicht. Stratmann-Mertens meinte, mindestens zwei Drittel der Einheitskosten seien für Konsum, nicht für Investitionen aufgewendet worden,

## Experten-Anhörung zur Schulden-Begrenzung III

### Mehrere Pfade, aber kein Königsweg

*In der vom Haushaltsausschuß durchgeführten öffentlichen Anhörung zum CDU-Gesetzesentwurf, die Landesverfassung zur Begrenzung der Neuverschuldung zu ändern, nahmen am 31. Oktober zehn Wissenschaftler zu diesem und weiteren Vorschlägen Stellung. In zwei Fragerunden entwickelte sich eine spannende Diskussion über fundamentale Fragen der politischen Gestaltung. Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) bedankte sich im Namen des Landtags für die Anregungen und teilte mit, der Ausschuß werde sich für die Auswertung Zeit nehmen. Zunächst müßten die laufenden Haushaltsberatungen abgeschlossen werden. Nachstehend Fortsetzung der Berichterstattung mit stark verkürzten Auszügen aus den Vorträgen der Experten und aus der Diskussion.*

### Vierteljahresbericht des Finanzministers

#### Schuldverpflichtungen des Landes NRW am 30. 9. 1996

Londoner Abkommen	101 444,77 DM
öffentliche Haushalte	7 960 038 531,71 DM
Kreditmarkt	123 942 638 518,82 DM
sonst. Buchschulden	32 456 586,66 DM
<b>Summe</b>	<b>131 935 235 081,96 DM</b>

auch die Arbeitsmarkt-Maßnahmen gehören zum Konsum. Mit intergenerativer Gerechtigkeit sei das nicht verträglich. Im Wege von Lastenausgleich hätte Geld- und Sachvermögen herangezogen werden sollen. Professor Höfling wandte ein, eine solche intergenerative Lastenverteilungsregel fördere die Schuldenpolitik.

Professor Loeffelholz hielt ein höheres Wirtschaftswachstum für entscheidend für den Abbau der Verschuldung, der Staatsquote und der Abgaben. Hierzu sei der staatliche Einfluß auf die Verteilung der volkswirtschaftlichen Ressourcen zu begrenzen. Eine Staatsquote von 45 Prozent solle angestrebt werden.

Helmut Diegel (CDU) erkundigte sich nach Möglichkeiten zu mehr Finanzautonomie für die Länder. Auf seine weitere Frage nach dem Wachstumsziel wies Professor Loeffelholz auf Potentiale in den neuen Ländern und im Umweltschutz hin. Der Arbeitsmarkt bewege sich erst oberhalb von zwei Prozent Wirtschaftswachstum. Auf qualitatives Wachstum solle zugesteuert werden. Wachstum bei uns bedeute nicht Rückschritt oder Einbußen bei anderen.

Adrian Otnad hielt Wachstum ebenfalls für wünschenswert, warnte aber vor Illusionen. Zu Diegels Frage nach der Steuerautonomie empfahl er eine Neuregelung der Aufgaben und des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern sowie ein begrenztes Heberecht für die Länder bei Gemeinschaftssteuern. Auch Professor Schneider sah „Entflechtung“, weg vom kooperativen Föderalismus, als einen richtigen Weg an. Vorstellbar seien „Finanzregionen“ aus mehreren Ländern.

Hermann Rappen (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) hielt Volksabstimmungen über Zukunftsinvestitionen wegen konträrer Interessen nicht für gut. Stratmann-Mertens verteidigte seinen Vorschlag einer unabhängigen Behörde mit dem Argument, der langfristige Nutzen sei größer als der Verlust parlamentarischer Entscheidung. Ein „qualitatives Wachstum“ solle auf Innovation, Forschung und Effizienz setzen. Wirtschaftsentwicklung müsse ohne Verschuldung

und ohne Wachstum erreicht werden. Die Frage von Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) nach einer objektiven Schuldengrenze beantworteten Otnad und Loeffelholz mit dem Hinweis auf den internationalen Kapitalmarkt, der ein überschuldetes Land nicht mehr refinanzieren, wie Italien und Belgien. Reinhold Trinius (SPD) sprach sich gegen die „Entdemokratisierung“ durch eine Schuldenbegrenzungsbehörde aus. Vorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) schnitt die Frage nach der Legitimation an, für zukünftige Generationen zu entscheiden. Helmut Diegel (CDU) wies auf wachsende Einzelinteressen bei den Fraktionen hin und sah auch in der fehlenden Regreßpflichtigkeit von Beamten und Politikern eine Ursache für die Schuldenzunahme, der nur durch eine Verfassungsbegrenzung Einhalt geboten werden könne. Professor Schneider plädierte nochmals für den betriebswirtschaftlich gefahrenen Investitionshaushalt. Professor von Loeffelholz wies auf das Maastricht-Kriterium von drei Prozent als Grenze hin, während Hermann Rappen das Wachstum der Steuereinnahmen als Grenze auch für den Schuldzinsenanstieg empfahl.

Professor Karl Georg Zinn (RWTH Aachen) sah in der Massenarbeitslosigkeit eine Ursache der starken Zunahme öffentlicher Verschuldung aller Industrieländer. Bei Vollbeschäftigung wäre das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 200 Milliarden Mark höher. Zur Erfüllung staatlicher Aufgaben halte er grundsätzlich die Steuerfinanzierung für den richtigen Weg. Bei unumgänglicher öffentlicher Verschuldung sei es richtig, sich an den Investitionen zu orientieren. Professor Klaus Gretschmann (RWTH Aachen) fragte zurück, ob es im Antrag um die generelle Begrenzung staatlicher Ausgaben gehe: warum dann der Umweg über die Verschuldung. Eine Verfassungsbegrenzung sei konjunkturblind. Konjunkturelle Verschuldung diene dazu, Steuerausfälle zu kompensieren. Überlegenswert seien die freiwillige Selbstverpflichtung der Politik und Volksbefragungen über Steuer- oder Verschuldenfinanzierung staatlicher Aufgaben.

## Fachliche Überlegungen des MAGS zu Jugendförderungsgesetz in der Debatte

### Bei grundsätzlicher Zustimmung melden die Experten weitere Erwartungen an

*Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat im November Expertinnen und Experten zu den fachlichen Überlegungen angehört, die das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) zum für diese Wahlperiode geplanten Jugendförderungsgesetz im Auftrag des Landesparlaments angestellt hat. Wie die Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf (SPD) zu Beginn des Hearings feststellte, ist es Voraussetzung für ein solches Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, daß es eine Verständigung über zentrale fachliche Überlegungen und den Förderungsrahmen gibt, der mit diesem Gesetz geschaffen werden soll.*

Günther Barenhoff erklärte für die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, daß sein Verband immer der Unbeweglichkeit, des Konservatismus und des Sicherns eigener Interessen geziehen werde, in Wirklichkeit „sind wir bereit, Flexibilisierung, innovative Maßnahmen zu ergreifen und uns daran auch zu beteiligen“. Die Sache werde dann interessant, wenn die Definition der Gewährleistungsverpflichtungen anstehe, die für den Verbindlichkeitsgrad des Jugendförderungsgesetzes ausschlaggebend seien, meinte er und regte an, die Jugendhilfeplanung als verbindliches Instrument zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung durch Betroffenenbeteiligung, Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege, Verbindlichkeit der Planungen und strukturelle Voraussetzungen für die sachgerechte Erfüllung der Planungsaufgaben auszugestalten. Bei den Überlegungen zur Sicherung und Bestimmung der Leistungsqualität sei der Erhalt bewährter Angebote und Strukturen ebenso sicherzustellen wie erforderliche Veränderungen und bedarfsgerechte Flexibilität.

Herbert Wilts von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände mahnte, keine falschen Signale zu setzen. Der Gesetzgeber sollte wissen, „daß die Jugendhilfe und die zu ihr gehörende Jugendarbeit in den Bereich der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben gehören“. Gesetzliche Regelungen hätten sich darum auf Zielvorgaben zu beschränken, die Aufgabenausführung durch den einzelnen sei der Praxis der öffentlichen und der freien Träger der Jugendarbeit zu überlassen. So habe sich der Städtetag vor kurzem grundsätzlich gegen eine landesgesetzgeberische Regelung der kommunalen Jugendarbeit ausgesprochen und angesichts der Praxis vor Ort und der Sparzwänge keinen Anlaß zu dieser Gesetzgebungsinitiative gesehen.

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses beim Landschaftsverband (LSV) Rheinland, Dr. Jürgen Rolle, teilte mit, der Ausschuß begrüße, daß mit der Vorlage der Überlegungen die Diskussion über ein Jugendförderungsgesetz in Gang gekommen sei. Der Ausschuß teile die Grundgedanken der Überlegungen und fordere die Landesregierung auf, „umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem alle im KJHG genannten örtlichen und überörtlichen Träger der Jugendhilfe berücksichtigt werden“. LSV-Landesrat Marcus Schnapka vom Landesjugendamts ergänzte, bei der Jugendhilfeplanung sollte es Prinzip sein, „daß jegliche Förderung, die über Landesmittel materiell aus-

gestattet wird, in die kommunale Jugendhilfeplanung eingebunden wird“.

Die westfälische Jugendamtskollegin Mechthild Greive vom LSV Westfalen-Lippe wandte sich den in den fachlichen Überlegungen angedachten Möglichkeiten zur rechtlichen Absicherung der Jugendförderung im kommunalen Haushalt durch Quote oder Jugendhilfeplanung zu: Hier sei die kommunale Selbstverwaltung zu achten. Eine Quote für den angemessenen Teil der Jugendarbeit an den Gesamtaufwendungen der Jugendhilfe festzuschrei-

chen Mittel bereitstellen. Schematische Regelungen könnten gerade in Zeiten der kommunalen Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Familienhilfe gehen, war seine Befürchtung; Eine Quote nämlich zur Festlegung eines prozentualen Anteils der für die Jugendhilfe insgesamt bereitgestellten Mittel zur Verwendung für die Leistungen nach dem Jugendförderungsgesetz „würde für die Familienberatung, -erholung und -bildung als Leistungsfelder des Kinder- und Jugendhilfegesetzes einen schweren Stand in den kommunalen Haushaltsberatungen bedeuten und natürlich ihre bedarfsgerechte Entwicklung sowie ihren Ausbau verhindern“, prognostizierte er.

Das Deutsche Paritätische Jugendwerk machte durch Ulrike Werthmanns-Reppel deutlich, daß es neben den Jugendverbänden auch selbstorganisierte Zusammenschlüsse von jungen Frauen und Männern gebe, die sich keinem traditionellen Jugendverband anschließen. Man brauche die Anerkennung und Förderung der Initiativen und ihrer Organisationskultur, und auf Landes- und kommunaler Ebene benötige man eine Verwaltung, „die



*Die Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf (r.) leitete die Anhörung zu Überlegungen zu einem Jugendförderungsgesetz. Links von ihr einer der Experten, der Sprecher der kommunalen Spitzenverbände, Herbert Wilts. Foto: Schätle*

ben — darauf habe schon der Bund wegen kommunalverfassungsrechtlicher Bedenken verzichtet. Aber auch fachlich sei eine Quote „durchaus kritisch zu betrachten und nicht unumstritten“.

In der zweiten Anhörungsrunde wies Michael Groß von der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände auf die familienpolitische Bedeutung der wichtigen präventiven, unterstützenden Aufgaben in der Jugendhilfe hin; die öffentlichen Träger sollten für diese so bedeutende Investition in die Zukunft der Kinder die erforderli-

freie Träger als Partner und nicht nur als Zuwendungsempfänger im obrigkeitstaatlichen Sinne sieht“. Eine Quote halte sie für überdenkenswert, „weil praktische Erfahrung zeigt, daß Jugendarbeit hintenüberkippt, weil sie von den Kosten für Heimerziehung, erzieherische Hilfen und die Kindergartenplätze aufgerieben wird“.

Jan Lieven von der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendschutz regte eine klare Formulierung dessen an, was im Gesetz unter Kinder- und Jugendschutz zu verstehen ist; „zumindest die drei großen Bereiche, mit denen der Kinder- und Jugendschutz zu tun hat, nämlich Mißbrauch, Gefährdung und Notsituationen, sollten sich begrifflich-sprachlich in einem solche Ausführungsgesetz wiederfinden“.

Renate Janßen von der Landesarbeitsgemeinschaft Autonome Mädchenhäuser begrüßte die erkennbare Absicht, die besondere Förderung von Mädchen als Querschnittsaufgabe zu verankern und Leitlinien einer emanzipatorischen, geschlechtsspezifischen Pädagogik zu regeln. Eine bloße Quotierung reiche nicht aus, sie sei allenfalls als Ausdruck politischen Willens zu werten und könne Strukturelement sein „für eine zielgruppenorientierte Aufteilung der vorhandenen materiellen, personellen und räumlichen Ressourcen in der Jugendhilfe“.

Die beiden Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit begrüßten, daß geschlechtsspezifische Arbeit als übergreifendes Prinzip angeführt werde; noch mehr freuen würde man sich, „wenn in allen Überlegungen und Formulierungen Mädchenarbeit durchgängig explizit genannt würde“. Sie forderte ausdrücklich die Mittelquotierung, daneben sei es wichtig, einen Mädchenförderplan zu entwickeln „und hierfür Ressourcen bereitzustellen, bis die geschlechtsspezifische Gleichberechtigung von Mädchen und jungen Frauen erreicht ist“.

Der Landesjugendring erklärte durch seinen Sprecher Jörg Richard, die vorgesehenen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen würden ausdrücklich begrüßt, wenn es sich um echte Partizipation und nicht um Alibiveranstaltungen handele. Des weiteren erkläre der Landesjugendring das Prinzip „Prävention vor Intervention“ ausdrücklich für richtig. Was die Förderstrukturen und finanziellen Fragen angehe, so nutzten noch immer „die Kämmerer bei budgetierten Haushalten die Jugendarbeit als Steinbruch zur Haushaltskonsolidierung“. Richard: „Deshalb braucht die Jugendarbeit einen Rechtsanspruch, der im Resultat die Unsicherheit des jährlichen Haushaltsvorbehalts aufhebt, der über diesen Weg Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit, insbesondere für die freien Träger, ermöglicht“. Im übrigen müsse die Devise lauten: Strukturförderung vor Zielgruppenförderung.

Willi Weber (Arbeitsgemeinschaft „haus der offenen tür“) machte auf die Erfahrung aufmerksam, „eine qualifizierte, am Bedarf orientierte und wirksame Kinder- und Jugendarbeit ist nur mit einer entsprechenden Mindestausstattung an Personal, Einrichtungen und finanziellen Mitteln leistbar“. Förderung müsse verlässlich sein, damit auch in Rezessionszeiten jungen Menschen Hilfen für ein eigenverantwortliches Leben gegeben werden könnten.

Helga Hülkenberg von der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit lenkte die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der besonderen Förderung benachteiligter Jugendlicher und von Integrationshilfen für junge Ausländer und Aussiedler: Das sollte im Gesetz verankert werden. Durch ihre spezifischen Ansätze könne Jugendsozialarbeit auch wichtige Beiträge zur Überwindung gesellschaftlicher Benachteiligungen für Mädchen und junge Frauen und zum Ausgleich wirtschaftlicher sowie arbeits- und sozialpolitisch bedingter Ungleichgewichte zwischen einzelnen Regionen des Landes leisten. Dem stehe aber die zunehmende Kommunalisierung entgegen, bei der der Blickwinkel für die, „die auch über den eigenen Bereich hinaus Hilfe brauchen, oft etwas verloren geht.

## Kontrollen weiterhin nur bei Verdacht

*Der Ausschuß für Innere Verwaltung schloß seine Haushaltsberatungen zum Einzelplan 03 (Innenministerium) unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) ab. Dabei legten die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einige Änderungsanträge vor, um insbesondere die Flüchtlingsarbeit mit ausreichenden Finanzmitteln (zusätzlich insgesamt 650 000 Mark zu fördern. Aus dem Titel zur Prävention antischwuler Gewalt wird ein Betrag von 300 000 Mark für die aktive Antidiskriminierungspolitik bereitgestellt. Einen kleineren zusätzlichen Betrag erhält die Landesbeauftragte für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen zur Deckung erforderlicher Mehrausgaben bei den Kosten für Veröffentlichungen.*

Diese Anträge wurden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen, deren Sprecher Heinz Paus erklärte, seine Fraktion lehne den „nicht verhandlungsfähigen“ Etatentwurf insgesamt und damit auch den Einzelplan des Innenministeriums ab. Gründe seien die kontinuierlich sinkende Investitionsquote und die ständig steigende Verschuldung, womit die Mastrichter Kriterien zur Einführung der europäischen Währung nicht erfüllt werden könnten.

Stefan Frechen (SPD) hielt der CDU resignatives Verhalten vor, als ihr Sprecher erklärte, angesichts des Schicksals in früheren Beratungen eingebrachter Anträge zum Haushalt auf solche verzichten zu wollen. Dies sei um so weniger verständlich, da die CDU im Deutschen Bundestag die Opposition ständig zu konstruktiver Mitarbeit ermuntere. Zu den gegen die nordrhein-westfälische Haushaltspolitik erhobenen Vorwürfen verdeutlichte er, der Haushalt für 1997 verfolge vor allem das Ziel des Erhalts des Wirtschaftsstandortes sowie der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Abschließend wurde in öffentlicher Sitzung ein Antrag der CDU-Fraktion beraten, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, der „importierten Kriminalität“ durch weitere Maßnahmen entgegenzuwirken. Die Antragstellerin führt an, das Erscheinungsbild der Kriminalität habe sich in Deutschland seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der damit verbundenen Öffnung der Grenzen merklich verändert. Insbesondere sei bei Kfz-Delikten, Taschendiebstahl und Wohnungseinbrüchen ein starker Anteil „reisender Straftäter“ an der Gesamtkriminalität zu verzeichnen. Um sie wirksamer bekämpfen zu können, müsse das Einsatzgebiet der Autobahnpolizei erweitert, die Möglichkeit verdachtsunabhängiger Personenkontrollen im Straßenverkehr nach bayerischem Muster eröffnet und — zum Schutz der Polizeibeamten — gegen reisende Täter grundsätzlich mit Spezialeinheiten vorgegangen werden. Außerdem sollten zentrale, täterbezogen arbeitende Ermittlungsgruppen gebildet werden.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) verwies auf die Erfolgsquote der nordrhein-westfälischen Verfolgungsmethode, die über derjenigen Bayerns läge und mit weniger Aufwand verbunden sei. Er lehne die anlaßunabhängige Kontrolle ab. Im Zuge der Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens im Polizeibereich werde auch die Autobahnpolizei einbezogen und die Erweiterung von Befugnissen und Einsatzgebieten erwogen. Im übrigen sei aus der Argumentation der Antragstellerin deutlich geworden, daß es ihr nicht um die Absicherung eines bisher praktizierten Verfahrens, sondern um die Einführung eines neuen

Instrumentes gehe, das er nicht für notwendig halte. Heinz Paus und sein Fraktionskollege Wilhelm Droste verdeutlichten, es gehe darum, das bisherige Verfahren rechtlich abzusichern, einer verdachtschöpfenden Kontrolle (Sichtung der Kfz-Papiere, des Warndreiecks im Kofferraum) die dadurch eventuell notwendig werden verdachtsabhängige Kontrolle folgen zu lassen. Der Vorwurf des Sprechers der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Roland Appel, Ziel der CDU sei der totale Überwachungsstaat, sei zurückzuweisen. Es solle rechtliche Klarheit geschaffen werden, um mit der verdachtsunabhängigen Kontrolle dasselbe Ziel zu erreichen, daß bisher in der Praxis auf dem Umwege über eine Verkehrskontrolle erreicht werde. Der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium korrigierte diese „irrigte Meinung“ mit dem Hinweis darauf, daß jeder Einsatzbefehl — auch an die Autobahnpolizei — genaue Angaben über den Zweck einer Verkehrskontrolle und die Rechtsgrundlage enthalte.

Roland Appel wandte sich auch entschieden gegen den im Antrag der Opposition verwendeten Begriff der „importierten Kriminalität“; ihn würde interessieren, wen die CDU als Importeur bezeichnen würde. Sein Fraktionskollege Dr. Hisham Hammad hielt die in diesem Zusammenhang gebrauchte Bezeichnung „Warschauer Allee“ (gemeint war die BAB 2) für unangebracht. Das Instrumentarium der Polizei zur Kriminalitätsbekämpfung und damit der — teils auch von Ausländern verübten — Bandenkriminalität hielten sie wie auch die SDP-Fraktion für überflüssig und lehnten den Antrag gemeinsam ab.

Nachdem im Kölner Norden mehrere Kinder Opfer von Sexualstraftätern geworden waren, hatte sich die Mutter eines betroffenen Mädchens an den Vorsitzenden des Ausschusses für Innere Verwaltung, Klaus Stallmann, und an den Innenminister des Landes NRW gewandt und den Vorwurf erhoben, die Kriminalpolizei Köln hätte mit der Bearbeitung der Fälle lediglich eine Kommissarin beauftragt. Nach einer ausführlichen Berichterstattung des Innenministeriums konnte der Ausschuß diesen Vorwurf als nicht haltbar betrachten. Im zuständigen Kriminalkommissariat sind insgesamt zehn Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter mit der Aufklärung solcher Delikte beauftragt. Sie erhalten bei Bedarf weitere personelle Unterstützung. Zu den Präventivmaßnahmen der Kölner Polizei gehören Arztbriefe an Kinderärzte und -klinikern, Vorträge in Schulen und Kindergärten, besondere Schulungsmaßnahmen bei Ausweitung des Rechercheverfahrens durch Nutzung eines T-On-Line Anschlusses. Ferner erprobt das zuständige Kriminalkommissariat in Köln ein neues opfer-schonendes Anhörungsverfahren für Kinder.

# In Deutschland wird „Herodes-Prämie“ nicht angewandt

*Lebendviehtransporte und „Herodes-Prämie“ waren auf Antrag der SPD-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde Thema der letzten Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz am 28. November. Unter dem Vorsitz von Heinrich Kruse MdL (CDU) berichtete die Landesregierung, daß der Agrarministerrat der Europäischen Union am 30. Oktober ein Maßnahmenbündel zur Stabilisierung des Rindfleischmarktes sowie zusätzliche Einkommenshilfen von rund 960 Millionen Mark für die von der BSE-Krise besonders stark betroffenen Rinderhalter beschlossen habe. Zu diesem Maßnahmenpaket gehöre auch eine sogenannte „Verarbeitungsprämie“ für neugeborene Kälber. Danach werde für bis zu 20 Tage alte Kälber eine Tötungsprämie von 230 für Milchrasen und von 289 Mark für Fleischrasen gewährt. Diese Tötungsprämie, allgemein als „Herodes-Prämie“ bezeichnet, werde in Deutschland nicht angewandt. Nach den der Landesregierung vorliegenden Informationen werde die „Herodes-Prämie“ bisher nur in den Ländern Frankreich, Großbritannien und Portugal angeboten. Ziel der Europäischen Union ist dabei, in den kommenden zwei Jahren wenigstens eine Million Kälber zu beseitigen, um auf diese Weise den Rindfleischmarkt nachhaltig zu entlasten.*

Staatssekretär Dr. Thomas Griese erklärte, daß die Agrarminister der Länder auf der letzten Agrarministerkonferenz am 19./20. September 1996 in Magdeburg die Anwendung einer Tötungsprämie für neugeborene Kälber kategorisch abgelehnt hätten. Nach Bekanntwerden von umfangreichen Kälberlieferungen aus Deutschland nach Frankreich, um die neugeborenen Kälber dort töten zu lassen und die dort angebotene Prämie in Anspruch zu nehmen, hätten mehrere Bundes-

länder die Behörden angewiesen, keine Transportbescheinigungen für Kälberausfuhren mehr auszustellen, wenn der begründete Verdacht bestehe, daß diese Tiere ausschließlich zum Zwecke der sofortigen Tötung nach Frankreich gebracht würden. Die Landesregierung lehne die „Herodes-Prämie“ aus Tierschutzgründen ab. Die nachgeordneten Behörden seien um einen Bericht über Lieferungen von neugeborenen Kälbern nach Frankreich gebeten worden. Nachdem

Mitteilungen über vorliegende Anträge eingegangen, wurde das Ausstellen von Transportbescheinigungen für alle Transporte nach Frankreich untersagt, um die Prämie zu erlangen.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) habe Bundeslandwirtschaftsminister Borchert (CDU) gebeten, die von der Bundesregierung vorgeschlagene und vom EU-Ministerrat beschlossene Frühvermarktungsprämie so zu gestalten, daß sie eine echte Alternative zur „Herodes-Prämie“ darstelle. Die Landesregierung sei der Auffassung, daß die Tötungsprämie für neugeborene Kälber viel zu hoch festgelegt wurde und die Bedingungen für die Frühvermarktungsprämie hinsichtlich Gewichtsgrenzen und Prämienhöhe unattraktiv sei. Die Bundesregierung sei aufgefordert, entweder die Rechtslage in der Europäischen Union durch Abschaffung der „Herodes-Prämie“ zu ändern oder in Deutschland die Frühvermarktungsprämie in einer Form anzubieten, daß sich tierschutzwidrige Lieferungen junger Kälber aus Deutschland nach Frankreich von selbst erledigten. *Thomas Wilhelm*

## Frauen im Sport unterrepräsentiert

*Nach dem Artikel „Frauen und Mädchen finden nur schwer Zugang zu Sportvereinen“ in der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ auf Seite 11 setzen wir die Berichterstattung über die Sitzung des Sportausschusses unter dem Vorsitz von Uwe Herder (SPD) fort.*

Zum Punkt „Mehr Chancen für Mädchen und Frauen im Sport“ — Landesprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Vorlage 12/858) berichtete Staatssekretär Dr. Baedeker vom Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MSKS), Ziel des Landesprogramms sei es, mehr Mädchen und Frauen für das Sporttreiben zu gewinnen und ihnen auch mehr Möglichkeiten der Beteiligung an Führungsaufgaben im Sport zu eröffnen. Landesweit seien an die 1,8 Millionen Mädchen und Frauen in Sportvereinen organisiert und stellen damit 39 Prozent der Mitglieder; dieser Anteil spiegele sich in den Führungsgremien der Sportorganisation nicht wider.

Heidi Berger (SPD) sprach von einem sehr detaillierten Programm, das Maßnahmen, Modelle und Projekte übersichtlich darstelle. Sie begrüßte, daß auch die Problematik der sexuellen Gewalt im Sport besonders herausgearbeitet werde, weil Handlungsbedarf bestehe. Auch müßte der Bereich Schulung und Qualifizierung von Mädchen und Frauen für Aufgaben und Tätigkeiten im Sport deutlich vorangebracht werden, weil er für den organisierten Sport und auch für den Schulsport wichtig sei.

Dr. Annemarie Schrapf (CDU) erinnerte, „Frauen in mehr Führungspositionen“ sei die Intention des CDU-Antrags vor dem gemeinsamen Antrag in der vergangenen Legislaturperiode gewesen, der zur heutigen Beschlußlage geführt habe. Man müsse den Vereinen Wege aufzeigen, wie Frauen

Führungspositionen in Vereinen erreichen können. Was den Bereich Schulsport für Mädchen im Landeskonzept anbelange, so wäre es wünschenswert, wenn die Sportlehrer/innen auf die dort definierten Aufgabstellungen intensiv vorbereitet würden. Auf Wunsch des Ausschusses wird das Sportministerium bereits im nächsten Jahr zur Umsetzung des Programms berichten, bevor der für 1998 geplante Zwischenbericht dem Parlament vorgelegt wird.

Einen dritten Sitzungsschwerpunkt bildete der Bericht des Staatssekretärs über die Initiativen der Landesregierung im Bereich „Sport mit ausländischen Bürgerinnen und Bürgern“. Es sei ein besonderes Anliegen der Landesregierung, sich um die Integration der ausländischen Bürger/innen in den organisierten Sport zu bemühen. Trotz zahlreicher Bemühungen müsse aber festgestellt werden, daß die Gruppe der ausländischen Mädchen und Frauen nur sehr zögerlich für den Sport im Verein gewonnen werden konnte. Die Ursachen sind vielschichtig. Nur relativ wenige Vereine seien auf die besonderen Sportwünsche ausgerichtet, und bei ausländischen Mädchen fehle meist das sportliche weibliche Vorbild im Familien- oder Bekanntenkreis. Gesellschaftliche Normen und Reglementierungen aus dem Elternhaus und durch die Religion hätten zur Folge, daß Sporttreiben häufig einem traditionell ausgerichtetem Frauenbild widerspricht. Ausländische Mädchen/Frauen seien zwar relativ häufig Mitglieder in ihren „eigenen“ Kulturvereinen, sie meiden jedoch Sportvereine. Die Chancen für ausländische Mädchen/Frauen, ihre Interessen im Sport oder im Verein umsetzen zu können, werden jedoch auch dadurch geringer, daß sich die ausländischen Sportvereine ausschließlich auf ihre männliche Klientel konzentrieren. In einem zweijährigen Modellversuch konnte man feststellen, daß es möglicherweise der besonderen Organisationsform bedarf, den ausländischen Mädchen und Frauen den Schritt zum Sport zu erleichtern (etwa Jugendbildungszentrum, Mädchenprojektgruppen). Vor diesem Hintergrund sei das Projekt „Sport mit

Migrantinnen“ auf den Weg gebracht worden. Dr. Hans Kraft (SPD) erklärte, die vorgetragenen Abschottungstendenzen seien bedenklich. Wenn man davon ausgehe, daß der Grundsatz der freien Entfaltung des Individuums unter gleichen Bedingungen im Bereich des Sports bei türkischen Mädchen und Frauen langfristig gefährdet erscheint, müsse man darüber reden, wie dies zu ändern sei. Bernhard Recker (CDU) berichtete, in den Ballungszentren werde versucht, ausländische Mädchen/Frauen durch das Angebot von Schnupperkursen für den Sportverein zu gewinnen. Nach einer gewissen Zeit, wenn die Vereine erhebliche Vorarbeit geleistet hätten, würde allerdings der Druck aus dem Elternhaus ab einem bestimmten Alter dermaßen stark, daß etwa keine türkischen Mädchen mehr in die Vereine kämen. Nach Charlotte Kann (SPD) gründeten Türken in Duisburg eigene Vereine und forderten von der Stadt die Bereitstellung von Sporthallen und Freiflächen, um unter sich bleiben zu können. Auch von daher sei es sehr schwer, türkische Mädchen/Frauen für den Eintritt in einen deutschen Sportverein zu interessieren. Dr. Annemarie Schrapf (CDU) meinte, im Bereich des Schulsports sei die Möglichkeit wohl am ehesten gegeben, auf die Eltern Einfluß zu nehmen, damit ausländische Mädchen den Weg zum Sport fänden und sich auch an Vereine binden könnten.

Heinrich Borcherdig (SPD) entgegnete, bei allen gutgemeinten Versuchen, Programmen und Modellen dürfe man die Grenzen nicht aus den Augen verlieren. Bei der Einflußnahme auf Eltern bestehe nämlich die Gefahr, ungewollt Konflikte in die Familien hineinzutragen.

Gerd Mai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstrich, ausländische Mädchen müßten erst einmal erfahren, was Sport sei und was er bedeute. Dafür müsse man Strukturen einziehen, um Wege und die Freude zum und am Sport zu verschaffen. Zum Beispiel die Einrichtung besonderer Nutzungszeiten in Schwimmhallen ausschließlich für türkische Mädchen und Frauen könne eine Möglichkeit sein.

## Arbeitsgruppe erörtert Folgen der Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich

### Kurorte in der Krise – Landeshilfe kann eigene Konzepte nicht ersetzen

*Auf die Kurorte und Heilbäder – nicht nur auf die 43 in Nordrhein-Westfalen gelegenen – kommen schwierige Zeiten zu. Schon jetzt, noch vor dem Greifen wichtiger bundesgesetzlicher Regelungen zu Einsparungen im Gesundheitswesen, berichten die Kurdirektoren von einer deutlich zurückgehenden Nachfrage nach Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen. Mit weiteren Einbrüchen wird im kommenden Jahr gerechnet. Für die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Staatsbad Oeynhausen“ (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) des Gesundheitsausschusses des Landtags war diese Entwicklung Grund genug, sich vor Ort in Bad Oeynhausen aus erster Hand informieren zu lassen. Folgerichtig stand auf der Tagesordnung der auswärtigen Sitzung Ende November als Punkt 1 das Thema „Auswirkungen des Gesundheitsreformgesetzes auf die Bäder Ostwestfalens am Beispiel des Staatsbads Oeynhausen“ ganz oben.*

In seinem Bericht blätterte Ministerialdirigent Wolfram G. Schorn vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) im Katalog der Gesetzesänderungen, die sich auf die Kurorte auswirken: Vom Beitragsentlastungsgesetz, vom Wachstums- und Beschäftigungsgesetz und vom 1. und 2. Gesetz zur Änderung der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) seien alle nordrhein-westfälischen Kurorte und Heilbäder betroffen, und zwar „empfindlich“, wie er hinzufügte. Sie bekämen zu spüren, daß die Dauer von Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen von vier auf drei Wochen abgesenkt werde, daß eine Wiederholungsmaßnahme nur noch alle vier Jahre möglich sei, daß die Patientenzahlung sich von zwölf auf 25 Mark pro Tag mehr als verdoppele, daß pro Woche Kuraufenthalt zwei Urlaubstage gestrichen würden und daß des weiteren überlegt werde, Kur- und Reha-Maßnahmen aus dem Pflichtkatalog der GKV-Leistungen zu streichen. Die Bundesanstalt für Angestellte (BfA) habe bereits 12 000 Reha-Betten gekündigt, die Landesversicherungsanstalten strichen genauso viel. Unter dem Strich sollen 35 Prozent der Klinikbetten wegfallen. Landesweit seien, so der MAGS-Sprecher, bereits 800 Mitarbeiter bis zur 47. Woche dieses Jahres auf Kurzarbeit gesetzt worden; 22 Kliniken im Lande hätten Massenentlassungen angekündigt.

Auch nicht gerade positiv stimmten die Daten, die der Oeynhausener Kurdirektor Wolfgang Schmidt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe zu den Folgen für den einzigen Wirtschaftsbetrieb des Landes, das Staatsbad Oeynhausen, nannte. Mit 3 850 Klinikbetten, 17 Reha-Kliniken, drei Schwerpunktkliniken und 1 000 Hotelbetten sei Bad Oeynhausen der größte Standort in NRW, der bisher bis zu 1,3 Millionen Übernachtungen in den vergangenen Jahren registrieren konnte. Die Bonner Maßnahmen zur Kostensenkung im Gesundheitswesen hätten unmittelbar Auswirkungen auf den Wirtschaftsbetrieb Staatsbad, die Kliniken am Ort und die gesamte Stadt Bad Oeynhausen, die immerhin aus dem gesundheitlichen Bereich 60 Prozent ihrer Wirtschaftskraft schöpfe. Bis September dieses Jahres habe man an die 4 300 Reha-Maßnahmen weniger gehabt, diese Zahl werde bis Ende des Jahres auf 6 000 anwachsen, prognostizierte Schmidt. Bei einer dreiwöchigen Rehabilitation fielen 200 000 Pflegetage weg, oder, wie der Kurdirektor das formulierte, „das entspricht einer 500-Betten-Klinik, die das ganze Jahr unbelegt bleibt“. Insgesamt seien in diesem Jahr 1 000 Betten, 300 allein davon seitens der BfA, in Oeynhausen gekündigt worden; bei einer 200-Betten-Klinik hätten die Versicherer die Belegung

aller Betten storniert – „sie kämpft jetzt um ihre Existenz“, betonte Schmidt. Der Kurdirektor bezifferte den Verlust in der Wirtschaftsrechnung des Staatsbads in diesem Jahr auf 2,9 Millionen Mark.

Natürlich habe das Staatsbad, so der Kurdirektor zum wirtschaftlichen Ergebnis weiter, in der Vergangenheit alle Anstrengungen unternommen, um sich neuen Entwicklungen im Gesundheitswesen anzupassen. Man habe attraktive Institute gegründet und auf die ambulante Rehabilitation gesetzt, so mit dem Zentrum für komplexe ambulante Rehabilitation, das mit der Klinik am Rosengarten zusammenarbeitet und, im Oktober erst



*Die neueste Errungenschaft des Staatsbades: Die Parlamentarier der Arbeitsgruppe werfen einen Blick in das vor wenigen Wochen eröffnete Zentrum für komplexe ambulante Rehabilitation in Zusammenarbeit mit der Klinik am Rosengarten. Von links zeigt das Bild neben der erklärenden Mitarbeiterin Ministerialdirigent Schorn, den Arbeitsgruppenvorsitzenden Bodo Champignon, die AG-Mitglieder Ina Meise-Laukamp, Otti Hüls und Wilhelm Krömer; rechts neben ihm Kurdirektor Schmidt und MdL Hermann Jansen.*

eröffnet, schon kurz vor der vollen Kostendeckung steht. Der ambulante Bereich sei steigerungsfähig, aber bei einem Anteil von etwa zehn Prozent an der stationären Unterbringung nicht in der Lage, die Ausfälle dort wettzumachen. Das Staatsbad, das sich in den letzten Jahren mit erheblichen Investitionen eine moderne Gebäudestruktur geschaffen habe, müsse den hohen Anteil der Personalkosten zurückführen. Wenn im kommenden Jahr die Bauarbeiten am neuen Hotel und der Tiefgarage (Schmidt: „Ein weiterer positiver Schub für das Staatsbad“) beendet seien, dann spätestens werde auch der Betrieb der neuen Bali-Therme die volle Kostendeckung erreichen.

Der Kurdirektor teilte mit, daß Stadt, Staatsbad und Region Ostwestfalen-Lippe (OWL) entschlossen seien, die Chancen zu nutzen, die mit der geplanten Weltausstellung Expo 2000 im 75 Kilometer entfernten Hannover

verbunden seien. Man nehme an den Gesprächen der Arbeitsgruppen teil, die unter anderem zu den Bereichen Gesundheit und Kultur gegründet worden seien. Ziel sei es, eine „Initialzündung für die Region“ zu bewirken, indem man den Gästen aus aller Welt die Vorteile des Standorts OWL näherbringe, den Tourismus ankurbele und eine neue Profilierung der Heilbäder dieses Raums anstrebe.

„Die Landesregierung will den Kurorten und Heilbädern helfen, aber sie kann nicht Ausfallbürge für vom Bund verursachte Strukturprobleme sein“, betonte Ministerialdirigent Schorn bei der Darstellung der Maßnahmen zur Unterstützung der gebeutelten Gesundheitsstandorte. Eine Arbeitsgruppe der Regierung untersuche die Hilfsmöglichkeiten, die sich keineswegs auf das MAGS beschränkten, sondern auch auf Innenministerium, Wirtschaftsminister und den Bereich Stadtentwicklung erstreckten. Schorn ließ aber keinen Zweifel daran, daß der Großteil der Handlungsverantwortung bei den Kurorten selbst liege. Es sei nicht mit einem Programm der Landesregierung zu rechnen, das „wie ein warmer Regen“ über die Kurorte hereinbreche, „die müssen sich selber viel einfallen lassen“.

In der Diskussion monierte Wilhelm Krömer (CDU), daß in den zurückliegenden Jahren viel Zeit vertan worden sei, indem man erkannte Chancen, etwa im Bereich der ambu-

lanten Rehabilitation, nicht rechtzeitig umgesetzt habe. Die Außendarstellung der Kurorte und Heilbäder sei verbesserungsbedürftig, Aktivitäten vor Ort und eigene Konzepte seien zu entwickeln: „Nur Top-Häuser mit Top-Image können bestehen.“ Sein Fraktionskollege Antonius Rösenberg sah die derzeitigen Sparmaßnahmen als Schnitte in Kapazitäten, die das Gesundheitssystem in den letzten Jahren aufgebaut habe; am Ende werde wohl der Stand des Jahres 1991 wieder erreicht sein. Hermann Jansen (SPD) wies den Vorwurf zurück, die Landesregierung habe durch Zögern zur derzeitigen Lage der Kurbäder beigetragen. Es sei vielmehr die Bundesregierung, die den Grundsatz von der „Gesundheit als höchstem Gut“ verlassen habe und Klientelpolitik zu Lasten der Versicherten und Kranken betriebe. Diese Politik (Jansen sah hier Analogien zur Bonner Kohlepolitik) schädige auch die Kurorte.

## Zusammenschluß der Ausländerbeiräte stellt sich im Migrationsausschuß vor

*Einen Monat nach der Gründungsveranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte in NRW (LAGA) ist der Vorsitzende, Tayfun Kelttek, der Einladung zu einer Sitzung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten gefolgt und hat am 28. November sich und seine Arbeit dem Ausschuß unter dem Vorsitz von Christiane Bainski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vorgestellt. Tayfun Kelttek (49) ist verheiratet und hat zwei Kinder; er lebt seit 1970 in Deutschland. Seit 1984 ist er Mitglied im Ausländerbeirat der Stadt Köln, seit Ende Oktober 1996 ist er Vorsitzender der neu gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW.*

In dieser Landesarbeitsgemeinschaft haben sich 90 der etwa 140 Ausländerbeiräte in NRW zusammengeschlossen. Die LAGA bezeichnet sich in ihrer Satzungspräambel als den einzigen demokratisch legitimierten Gesprächspartner des Landtages und der Landesregierung, gleichzeitig als zentrales Gremium bei der Wahrnehmung der Aufgaben eines Beauftragten für die Angelegenheiten der Migrantinnen und Migranten im Land. Sie will dabei keiner Partei, sondern nur dem Gemeinwohl verpflichtet sein und einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Zugewanderten und der angestammten Menschen leisten.

Die Gründung der LAGA, die von rund 150 Delegierten aus 90 Ausländerbeiräten vollzogen wurde, sei – so Kelttek – der Endpunkt einer zehnjährigen Entwicklung. Die LAGA sei die größte aus Urwahlen der Migrantinnen und Migranten legitimierte Organisation im gesamten Bundesgebiet. Der Gründungstag 26. Oktober 1996 stelle für die Migrationspolitik in NRW ein historisches Datum dar.

Eine Satzungskommission habe der Empfehlung des Sozialministeriums Rechnung getragen, den Vorstand mit Mitgliedern aus mindestens vier verschiedenen Abstammungsländern zu besetzen. So seien die Delegierten dieser Anregung bereits bei der Wahl des geschäftsführenden Vorstands gefolgt; in der gewählten Kontrollkommission

sei ein Mitglied mit einer weiteren Staatsangehörigkeit vertreten.

Kelttek, der seit zwei Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit hat, hält jedoch Engagement und möglichst auch Erfahrung in der politischen Arbeit für wichtiger und entscheidender als die Frage der Staatsangehörigkeit. Jedes Mitglied fühle sich den Interessen aller Migrantinnen und Migranten verpflichtet.



*Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, Tayfun Kelttek (unser Bild), stellte im Migrationsausschuß seine Arbeit vor.*

Es werde der Anspruch gestellt, bei allen migrationspolitischen Vorhaben der Landesregierung und des Landtages an erster Stelle beteiligt zu werden. Man wolle mit den Fraktionen im Landtag und der Landesregierung im Interesse aller Migrantinnen und Migranten konstruktiv zusammenarbeiten, schließlich hätten Landtag und Landesregierung durch ihre Unterstützung den Grundstein zur Gründung dieses Zusammenschlusses gelegt. — Alle Fraktionen im Ausschuß dankten Tayfun Kelttek für seinen Beitrag.

Staatssekretär Dr. Bodenbender vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) dankte der Satzungskommission für die Entwicklung eines Modelles, das die Lösung rechtlicher und haushaltstechnischer Anforderungen und eine Direktvertretung der Ausländerbeiräte in diesem Zusammenschluß habe verbinden können: Die Landesarbeitsgemeinschaft selbst sei ein nicht eingetragener Verein, der Vorstand als Trägerverein in das Vereinsregister eingetragen.

Vera Dedanwala (SPD) unterstrich die wichtige Rolle eines Ansprechpartners für das Land, die Zusammenarbeit werde sich erst in der Praxis zeigen. Oliver Wittke (CDU) wünschte der LAGA und ihrem Vorsitzenden eine erfolgreiche Arbeit und stellte fest, daß die CDU diese Arbeit, wie bisher, konstruktiv begleiten werde. Dr. Hisham Hammad (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte die mögliche Zusammenarbeit mit dem Fachausschuß des Landtages. Die Vorsitzende schlug vor, zunächst ein Obleutegespräch mit Kelttek und den anderen Vorstandsmitgliedern der LAGA NRW durchzuführen, um diese Zusammenarbeit vorbereitend abzusprechen. Der LAGA-Vorsitzende lud die Vertreter der Fraktionen im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten ein, an der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA am 1. März 1997 in Bünde teilzunehmen. Die Eröffnung der Geschäftsstelle in Düsseldorf stellte er ebenfalls in Aussicht.

*Frank Schlichting*

## Schulwesen muß sich Anforderung an Leistungsfähigkeit stellen

*Der Fortgang in der Modernisierung der Landesverwaltung stand wieder im Vordergrund der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung unter Leitung des Vorsitzenden Stefan Frechen (SPD). Hierzu lagen schriftliche Berichte zur Modernisierung der Bergverwaltung, des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, der nachgeordneten Behörden und Einrichtungen, Schulaufsicht und Schulen, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und der Staatskanzlei vor.*

Ministerin Gabriele Behler (SPD) stellte ihren über die schriftliche Vorlage hinausgehenden Ausführungen die Bemerkung voran, das gesamte Schulwesen — nicht nur die Verwaltung im engeren Sinne — habe sich den Anforderungen an Leistungsfähigkeit zu stellen. Die finanzielle Situation setze bei allen Beteiligten die Bereitschaft und Fähigkeit voraus, neue Wege zu gehen. Das von der Landesregierung beschlossene Maßnahmenbündel sei nicht am „grünen Tisch“ eronnen worden. Die Aufgabe, bis zum Ende der Legislaturperiode ein schlüssiges Konzept vorzulegen, sei vielmehr sachlich und konstruktiv im Dialog mit

den Lehrerverbänden erarbeitet worden, auch mit dem Ziel zu zeigen, daß es möglich ist gemeinsame Wege zu gehen. Wenngleich nicht alle Aspekte der Lehrerverbände berücksichtigt werden konnten, habe die Einbindung der Sichtweisen und des Sachverständes der betroffenen Lehrer/innen dazu geführt, daß die Unterrichtsversorgung in schwieriger Zeit flexibel und solidarisch gesichert werden kann. Diesen Vorgang werte sie als Beispiel wirtschaftlichen und modernen Verwaltungshandelns. Sie erwähnte sodann das zwischen ihrem Hause und der Bertelsmann-Stiftung erarbeitete Projekt „Stärkung von Schulen im kommunalen und regionalen Umfeld“, das sich mit den Möglichkeiten beschäftigt, die Gestaltungskraft und Selbstverantwortung der einzelnen Schule zu stärken. Es sei wichtig, dieses Projekt in die allgemeine Debatte um die Reform der öffentlichen Dienstleistungen einzubinden. Hinsichtlich der Organisationsuntersuchung, die im kommenden Jahr in ihrem eigenen Hause anstehe, lege sie Wert auf eine umfassende Beteiligung der betroffenen Mitarbeiter/innen, weil diese am besten mit ihrer Arbeit und den Abläufen vertraut

sind und wissen, wo Verbesserungsbedarf besteht. Ministerin Behler ging dann noch ein auf die Ergebnisse der bereits durchgeführten Aufgabenkritik, in deren Verlauf über 900 Regelungen überprüft wurden. So sei u. a. die Zuständigkeit für die Ernennung von Schulleiterinnen, Schulleitern, Seminarleiterinnen und Seminarleitern auf die Bezirksregierung verlagert worden. Die Befugnis der Mittelbehörden umfasse daneben auch die Zuständigkeit zur Ernennung ab der Besoldungsgruppe A 15 mit Fußnote, eine derartig weitreichende Delegation sei landesweit bisher einzigartig. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Pflug, stellte fest, daß trotz verschlechterter Rahmenbedingungen eine sachliche Diskussion auf Schulebene möglich und eine weitgehende Flexibilisierung bereits eingeleitet sei. Hinsichtlich der Schulaufsicht würden in Kürze Vorschläge und Entscheidungen erwartet; dabei sei die Frage nach der zwei- oder dreistufigen Organisation ein wichtiger Punkt. Er vermisse konkretere Ergebnisse einer Leitbildentwicklung, die ein geeignetes Instrument zur Identifikation von Schülern, Eltern und Lehrer sei. Auch seine

(Fortsetzung Seite 26)

## Beide Seiten wollen Vertiefung der deutsch-tschechischen Beziehungen

Dieses Projekt ist 1995 im Rahmen des Durchführungsprogramms zur Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Tschechischen Republik ins Leben gerufen worden. Damit sollen tschechische und deutsche Lehrerinnen und Lehrer unter Beteiligung von Schülerinnen und Schülern Probleme der deutsch-tschechischen Beziehungen erarbeiten und sich über gemeinsame Zukunftsaufgaben verständigen. Neben diesen Aspekten verschaffte die Reise Einblicke in das Schulwesen des Nachbarlandes und zeigte Möglichkeiten auf, wie die Beziehungen zur Tschechischen Republik weiter verbessert werden können.

Die Kindergärten in Tschechien stehen für Kinder ab drei Jahren bis zu ihrem Schuleintritt offen. Sie sind täglich zehn bis zwölf Stunden in Betrieb und bieten eine regelmäßige ärztliche Betreuung.

Die Grundschulen vermitteln im Lauf der neunjährigen Schulpflicht unter anderem auch Grundlage der polytechnischen Bildung und bereiten die jungen Menschen auf das weitere Lernen an einer der Mittelschulen vor. Die Grundschule ist in Unter- und Oberstufe eingeteilt. In der Unterstufe werden Grundkenntnisse in der Muttersprache, in Mathematik, Naturwissenschaft und Heimatkunde gelehrt. In der Oberstufe kommen Geschichte, Geographie, Physik, Chemie, Bürgerkunde und eine Fremdsprache hinzu. Die Kinder nationaler Minderheiten werden traditionell in Schulen mit ihrer Muttersprache herangebildet. Den Bemühungen um eine Integration behinderter Kinder wird Nachdruck verliehen.

Eine vollständige Mittelschulbildung wird mit dem Abitur abgeschlossen. Diese Schulen bilden ihre Schüler auf den Beruf sowie auf das Studium an der Hochschule vor. Kennzeichen des tschechischen Mittelschulwesens ist seine ausgeprägte Unterschiedlichkeit. Es gliedert sich in Gymnasien, Fachschulen und Konservatorien sowie Berufsschulen. Zugangsvoraussetzung zur Mittelschule ist eine Aufnahmeprüfung; die Ergebnisse an der Grundschule werden mitberücksichtigt. Das Aufnahmeverfahren liegt in der Kompetenz des Direktors der Mittelschule.

Die Gymnasien vermitteln Allgemeinbildung und bereiten auf das Hochschulstudium vor. Ab Schuljahr 1990/91 wird an vielen Gymnasien ein sechs- bis achtjähriges Studium realisiert; es sind auch einige fünfjährige zweisprachige Gymnasien entstanden.

Die Fachschulen untergliedern sich in Gewerbeschulen, Handelsakademien, pädagogische und künstlerische Schulen und auch Haushaltsschulen für Mädchen. Der spezifische Fachschultyp Konservatorium bildet in einem fünf- bis achtjährigen Studium in den Fächern Musik, Schauspiel und Tanzkunst aus.

Die Berufsschulen entsprechen den technischen Fachschulen, die direkt auf die Berufsausbildung hinführen. Es sind praktisch orientierte Schulen, die neben der Vorbereitung auf den Beruf mittlere Bildung im Rahmen dreijähriger Lehrfächer gewähren. Die Absolventen der vierjährigen Studienfächer legen die Lehrlingsprüfung sowie das Abitur ab.

Im Zusammenhang mit den deutsch-tschechischen Schulbuchgesprächen traf die Ausschußdelegation mit Professor Dr. Eduard

*Unter den Beziehungen zu ausländischen Einrichtungen im Schul- und Bildungsbereich spielen die zur Tschechischen Republik eine besondere Rolle. Angeregt durch ein Gespräch der tschechisch-deutschen Leitungsgruppe des gemeinsamen Lehrerfortbildungsprojekts „Die tschechisch-deutschen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart – Aufgaben für die Zukunft“ mit Abgeordneten aller Fraktionen im Landtag, hat der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter seinem Vorsitzenden Heinrich Meyers (CDU) Ende Oktober/Anfang November 1996 eine viertägige Informationsreise durch die Tschechische Republik durchgeführt.*

Maur von der Philosophischen Fakultät der Prager Karls-Universität zu einem Gespräch zusammen. Dabei verwies der Professor auf das Georg-Eckert-Institut in Braunschweig hin, das vom Land Niedersachsen zur internationalen Schulbuchverständigung gegründet worden ist. Man müsse wissen, so Maur, daß die meisten Lehrer, die vor der politischen Wende in Tschechien Geschichte unterrichtet hätten, dies nicht mehr tun. Die Nachfrage nach guten Büchern über die geschichtliche Entwicklung nehme zu; das Geschichtsstudium sei sehr gefragt.

Im Prager Goethe-Institut (GI) informierte dessen Leiterin Gabriele Becker über das Kulturprogramm des GI, das die Bereiche

Sprachschulen in Prag offerierten nach einem einheitlichen Konzept ein gemeinsames Sprachkursangebot. Die Nachfrage nach Deutschkursen rangiere leicht vor Englischkursen.

Im Auftrag des deutschen Auswärtigen Amtes und auf Wunsch des gastgebenden Landes entsendet die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen Fachberater für Deutsch als Fremdsprache. Sie verstehen sich als Ansprechpartner für alle Fragen und Probleme, die den Deutschunterricht im Primar- und Sekundarschulwesen sowie in den Lehrerausbildungsinstitutionen des Gastlandes betreffen. Seit 1990 gibt es auch in Prag einen Fachberater. Mit ihm, Dr. Olaf Müller, trafen die nordrhein-westfälischen Bildungspolitikerinnen und -politiker zusammen, um sich etwa über die Beratung der tschechischen Deutschlehrer in Methodik und Didaktik sowie über Lehrmaterialien für Deutsch als Fremdsprache informieren zu lassen. Es werden Fortbildungsseminare für tschechisches und deutsches Lehrpersonal durchgeführt.

Die fachliche und organisatorische Betreuung von über 50 deutschen Programmlehrkräften des Bundes und der Länder, die an verschiedenen schulischen Einrichtungen tätig sind, gehört ebenfalls dazu. Ein besonderer Schwerpunkt des Engagements liegt bei den deutschsprachigen Abteilungen der Gymnasien von Prag 3 und Liberec. Dort werden die Schülerinnen und Schüler fast ausschließlich von deutschen Lehrkräften in deutscher Unterrichtssprache in den Fächern Mathematik, Geschichte und



*In Theresienstadt legte die Düsseldorfer Parlamentariergruppe einen Kranz für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen nieder. Begleitet wurde die Delegation mit dem Ausschußvorsitzenden Heinrich Meyers (vierter v.l.) und dem Stellvertreter Hans Frey (fünfter v.l.) von dem Zeitzeugen Doc Hanus Schimmerling (rechts neben Frey). Im Bildhintergrund der jüdische Teil der Gedenkstätte und die Festungsanlagen.*

*Foto: Kubitzky*

Kultur und Wissenschaft umfaßt und Autorenlesungen, Konzerte, wissenschaftliche Konferenzen anbietet. Die Bibliothek des Instituts diene als Informationszentrum für alle Deutschland berührenden Themen aus Politik, Literatur und Geschichte. In Zusammenarbeit mit dem tschechischen Schulministerium, dem Deutschlehrerverband und staatlichen Fortbildungseinrichtungen organisiere das GI Seminare für Deutschlehrer aller Schulformen und -typen. Im Zentrum stünden dabei die Multiplikatorenseminare für einen festen Stamm von Lehrern. Einmal im Jahr finde in Prag ein Deutschlehrertag statt. Das GI und einige staatliche oder private

Deutsch unterrichtet. Ziel beider Bildungseinrichtungen ist, die Schüler neben einem tschechischen Sekundarabschluß zur allgemeinen deutschen Hochschulreife zu führen. Der Besuch der Fachmittelschule Na Trebesine und das Gespräch mit Direktor Valenta vertieften das Verständnis für das tschechische Berufsschulwesen. Diese Schule bezeichnet sich als eine der modernsten industriellen Fachmittelschulen in ganz Tschechien. Sie wurde 1973 mit dem Schwerpunkt Maschinenbau eröffnet und unterhält seit Jahren schulpartnerschaftliche Beziehungen mit den Gewerblichen Schulen des Kreises Paderborn. (wird fortgesetzt)

## Schulwesen ...

(Fortsetzung von Seite 24)

Fraktion lege Wert auf die frühzeitige Einbeziehung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bei den anstehenden Organisationsuntersuchungen. Seinen Vorschlag, die Autonomie der Schulen weiter zu stärken, modifizierte die Ministerin dahin, daß sie es vorziehe, von selbständigen Schulen (statt deren Autonomie) zu sprechen. Brigitte Herrman (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezog sich auf die im schriftlichen Bericht erwähnte Organisationsuntersuchung der Schulaufsicht, erkundigte sich nach Ergebnissen und danach, auf welche Weise die Vorschläge der Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ eingearbeitet würden. Michael Thomas Breuer (CDU) beteuerte, sein subjektiver Eindruck aus dem Bericht, der an vielen Stellen die Einsetzung von Arbeitsgruppen, Workshops oder den Abschluß von Untersuchungen ohne Hinweis auf Konsequenzen erwähne, sei der, daß nichts geschehen sei. Hingegen freute sich dessen Fraktionskollege Christian Michael Weisbrich, daß der Bericht zeige, daß über den vom Ausschuß entwickelten Kriterienkatalog hinausgehende Aktivitäten entwickelt wurden. Bei Beschlüßfassung über den Kriterienkatalog sei der CDU-Vorschlag, zeitliche und finanzielle, operative Ziele zu verfolgen, nicht berücksichtigt worden. Es sei erfreulich festzustellen, daß diese im Ministerium für Schule und Weiterbildung dennoch verfolgt würden. Die Ministerin betonte das sichtbar gewordene Engagement bei allen Betroffenen und stellte fest, die zu beobachtende „Ruhe in der Schullandschaft“ bedeute nicht Statik und fehlende Weiterentwicklung. Aber es sei noch viel Kleinarbeit zu leisten, um Entscheidungen auch im Hinblick auf Modernisierung einzelner Bereiche treffen zu können. Abschließend stellte Ursula Bolte (SPD) heraus, daß es dem Ministerium gelungen sei, trotz steigender Schülerzahlen und knapper Ressourcen die Qualität von Schule sicherzustellen.

In Relation zu dem personalaufwendigen Schulbereich fiel der Bericht des Chefs der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, entsprechend kürzer aus. Eine kleine Behörde mit ca. 250 Beschäftigten und nur wenigen Ressortaufgaben, die man mit einer geschäftsleitenden Holding vergleichen könne, habe wenig Raum für Aufgabenkritik. Funktionsbedingt seien die Anforderungen an die Bediensteten – besonders deren Flexibilität – sehr hoch. Aber hier müsse nicht über ihre Motivation nachgedacht werden, eher darüber, wie man der Arbeitsfreudigkeit das passende Haus mit der notwendigen Ausstattung schafft. Die Unternehmenskultur werde in starkem Maße durch den Ministerpräsidenten vorgegeben. Ein Behördenleitbild entwickle sich hingegen aus unterschiedlichen Vorgaben. In vielen Gruppen des Hauses sei die Diskussion darüber inzwischen abgeschlossen. Die Ergebnisse müßten nun in einen Organisationsentwicklungsprozeß einfließen. Die Frage von Jens Petring nach eigenen Ausbildungsmöglichkeiten wurde negativ beantwortet; die Staatskanzlei sei vielmehr Abnehmer der ausgebildeten Mitarbeiter/innen anderer Ressorts.

Da der Ausschuß die Diskussion über die Modernisierung der Bergverwaltung bis zur nächsten Sitzung zurückstellte, blieb noch die Diskussion mit dem Innenministerium



Eine Delegation palästinensischer Parlamentarier unter der Leitung des ersten stellvertretenden Sprechers Naheed Al-Rayyes, Vertreter Arafats (M.), hat den Landtag besucht und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (4.v.l.) empfangen worden. Die Delegation befand sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Bundesrepublik und hat außer in NRW auch in Hessen und Rheinland-Pfalz politische Gespräche geführt. An der Zusammenkunft im Landtag nahmen von den Fraktionen Hermann Jansen (SPD, r.), Regina van Dinther (CDU, 2.v.r.), Jamal Karsli (GRÜNE, 3.v.r.), Adolf Retz (SPD, 4.v.r.) sowie Brunhild Decking-Schwill (CDU, 2.v.l.) teil.  
Foto: Schälte.

## NRW-Stiftungskalender

### Augen zu – Glück auf

„Augen zu – Glück auf!“ heißt der neue NRW-Stiftungskalender 1997 von Peter T. Schulz. Einmal mehr hat er darin mit Zeichnungen, Texten und Fotos seine Eindrücke von den Schönheiten Nordrhein-Westfalens festgehalten.

Für Tausende von Fans ist der NRW-Stiftungskalender des „Universalbemühs“ Peter T. Schulz inzwischen zu einem „Sammelstück par excellence“ geworden: Denn: „Ein Bild vom Ollen Hansen an der Wand ist ein Wetterfester Freund. Und wer den hat, gibt ihn natürlich nie wieder her“, so Peter T. Schulz. Mit seiner Arbeit möchte der in Mülheim an der Ruhr lebende Künstler dazu beitragen, die Idee und Arbeit der NRW-Stiftung be-

kannter zu machen. Er selbst war mehrmals unterwegs zu einigen von der NRW-Stiftung geförderten Initiativen und hat sich dort für seine Arbeit inspirieren lassen. Seit ihrer Gründung 1986 hat die NRW-Stiftung landesweit rund 750 Initiativen von Vereinen und Verbänden unterstützen können, die sich für Naturschönheiten und die kulturellen Schätze des Landes NRW einsetzen. Nach den bisher erschienenen Kalendern mit den Titeln „Ein Glück für alle“ (1992), „Glück muß man haben“ (1993), „Glückehapp“ (1994), „Glück kommt durch einander“ (1995) und „Herzlichen Glückwunsch“ (1996 zum 10jährigen Bestehen der NRW-Stiftung) ist nun der neue Kalender „Augen zu – Glück auf“ bereits der sechste Glücksgriff in die Schatztruhe der NRW-Stiftung. Auch der Kalender 1997 besteht aus zwölf Monatsblättern, Titelblatt und zwei weiteren Kunstblättern im Format 45 mal 52 cm. Er kann zum Preis von DM 33,90 (zuzüglich Porto und Verpackung) bestellt werden beim Förderverein NRW-Stiftung, Roßstraße 133, 40476 Düsseldorf).

über die im Bereich der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung getroffenen Entscheidungen bzw. zu erwartenden Maßnahmen. Bei dieser Gelegenheit verwies der Vorsitzende auch auf die im zuständigen Fachausschuß noch zu beratende Frage, ob es zukünftig bei der internen Ausbildung bleiben wird. Christian M. Weisbrich bedauerte, daß die in der Fachhochschule erzielten Abschlüsse nicht auch für eine Arbeit außerhalb der Einstellungs- bzw. Ausbildungsbehörde qualifizieren.

Wolfgang Fröhlecke

## Karl Fell gestorben

Dr. Karl Fell (CDU), Bundestagsabgeordneter, ist kurz vor seinem 60. Geburtstag gestorben. Der Jurist und frühere Landgerichtsrat aus Wegberg, gehörte von 1970 bis 1985 als CDU-Abgeordneter dem nordrhein-westfälischen Landtag an. Mitglied des Bundestages war er seit 1987. Bis zum Mai dieses Jahres stand der Vater von sechs Kindern als Präsident an der Spitze des Familienbundes der Deutschen Katholiken.

## Das kleinste deutsche Bistum weist die größte Bevölkerungsdichte auf

# Vor 40 Jahren wurde das Ruhrbistum Essen gegründet

Von  
Professor Dr. Wolfram Köhler

„Die große Zahl von Gotteshäusern, frommen Stiftungen und Institutionen aus alter Zeit legt Zeugnis davon ab, wie lebendig Jahrhunderte hindurch der Glaube und der religiöse Eifer des deutschen Volkes gewesen ist.“ Mit diesen Worten in lateinischer Sprache beginnt die päpstliche Bulle „*Germanicae gentis*“, das Gründungsdekret für das Bistum Essen. Zum „ewigen Gedächtnis dieser Angelegenheit“, wie es einleitend heißt, wurde sie erlassen von Papst Pius XII., der als Eugenio Pacelli in den zwanziger Jahren Apostolischer Nuntius in München und Berlin gewesen war. Er kannte Deutschland.

Die Errichtung eines Ruhrbistums war ein Akt der Landesgeschichte, der vor 40 Jahren größtes Aufsehen erregte. Nach langen Verhandlungen unterzeichnete am 19. Dezember 1956 der päpstliche Nuntius Aloisius Muench, Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD) und Kultusminister Professor Paul Luchtenberg (FDP) in der Nuntiatur in Bad Godesberg einen entsprechenden Vertrag. Paraphrasiert lautete: „Es wird ein neues Bistum mit einem Bischöflichen Stuhl und einem Kathedralekapitel in Essen errichtet...“ Das neue Bistum wurde der Kirchenprovinz Köln zugeordnet. Ein Bischof – später Franz Hengsbach – war zu diesem Zeitpunkt noch nicht ernannt.

### Konkordat im Landtag

Dem Landtag wurde das Konkordat mit der Drucksache 466/3 vorgelegt, die Kultusminister Luchtenberg am 21. Januar 1957 einbrachte. Er erinnerte daran, daß die Katholische Kirche schon in den zwanziger Jahren ein Ruhrbistum angestrebt hatte, ohne daß es zu aussichtsreichen Verhandlungen gekommen wäre. Dann aber hatte der Apostolische Nuntius im März 1954 die Landesregierung offiziell wissen lassen, daß sie „wegen dringender seelsorgerischer Erfordernisse“ eine Diözese mit dem Sitz in Essen errichten wolle. Das war zur Zeit des 3. Kabinetts Arnold (CDU) mit Werner Schütz (CDU) als Kultusminister. Steinhoff/Luchtenberg, die erst im Februar 1956 ins Amt gekommen waren, führten die bereits weit gediehenen Verhandlungen zu Ende. Ihr Partner, Nuntius Erzbischof Muench, war ein in Milwaukee geborener Amerikaner und Militärgeistlicher, der 1946 als Apostolischer Visitator in das zerstörte Deutschland gekommen war.

Aus Sicht der Landesregierung gab es keine großen Probleme. Nordrhein-Westfalen war nach Artikel 23 Landesverfassung für die Kirchen Rechtsnachfolger Preußens, und der Bistumsvertrag war de jure eine Ergänzung des weiterhin gültigen Preußen-Konkordats von 1929. Erhebliche Schwierigkeiten hingegen hatte die Kirche mit dem Zuschnitt des neuen Bistums. Sie mußte bestehenden Diözesen etwas wegnehmen, was zu Lasten von Münster und Paderborn ging. Dabei ging es letztlich um Geld, um



Erster Ruhrbischof, Kardinal Franz Hengsbach

den Verlust oder den Zugewinn von Kirchensteuern und Besitz. Das wurde zwar vor 40 Jahren nicht von den Kanzeln verkündet, aber kundige Thebaner wußten Bescheid und schrieben darüber. So kam es, daß das schließlich vereinbarte Territorium nur ein Viertel der Fläche des alten Ruhrsiedlungsverbandes umfaßte; nur die Hälfte des eigentlichen Reviers gehörte zum neuen Bistum. Dennoch weist dieses kleinste deutsche Bistum die bei weitem größte Bevölkerungsdichte auf. Das große Dortmund blieb beim Erzbistum Paderborn, das aber Bochum, den Ennepe-Ruhr-Kreis

(Allerdings ohne Herdecke und Wetter), den damaligen Landkreis Altena und das kreisfreie Lüdenscheid abgeben mußte. Recklinghausen blieb beim Bistum Münster. Dennoch machte die neue Diözese Essen fast den Eindruck einer einzigen Großstadt, mit Bochum, Bottrop, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Galdbeck, Lüdenscheid, Mülheim, Oberhausen und Wattenscheid leben über drei Millionen Menschen hier dicht beieinander.

### Immer große Koalitionen

Man hat die Jahre 1956 bis 1958 in Nordrhein-Westfalen machmal eine „Konkordats-Ära“ genannt. Denn dem Konkordat mit dem Heiligen Stuhl zur Gründung des Ruhrbistums folgten Verträge mit den Evangelischen Landeskirchen sowie weitere Konkordate mit den Domkurien Münster und Paderborn. Sie regelten detailliert bis hin zur Kontonummer, auf die Zuschüsse und Beihilfen zu zahlen sind, das Verhältnis zwischen Land und Kirche. Wenn es auf diesem heiklen Gebiet in 40 Jahren zu keinen größeren Konflikten gekommen ist, dann ist das auch dem peniblen Regelwerk der fünfziger Jahre zu verdanken. Was von Karl Arnold und seinem Kultusminister Schütz vorbereitet worden war, wurde von Fritz Steinhoff und Paul Luchtenberg vollendet, obwohl manche Zeitgenossen von 1956 diese erste SPD-FDP-Koalition eigentlich für „gottlos“ hielten. In Konfessionsfragen aber gab es in Nordrhein-Westfalen immer nur ganz große Koalitionen.



Ein Porträt in Öl der ehemaligen Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (2.v.l.) ist im Landtag von ihr selbst und ihrem Nachfolger im Amt, Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) gemeinsam enthüllt und neben den Bildern aller Präsidentenvorgänger aufgehängt worden. Gemalt hat das Porträt die Künstlerin Professor Marianne Gürich (r.).  
Foto: Schälte

## Rückblick 1996

### Sorge um Arbeit und Finanzen

*Im Jahre 1996 ging gleich zweimal ein Landeshaushalt durch die parlamentarischen Instanzen. Wegen der Landtagswahlen im Vorjahr und der sich daran anschließenden langwierigen Koalitionsverhandlungen hatte der Haushalt 1996 erst mit Verzögerung am 20. März dieses Jahres verabschiedet werden können. Jetzt am 18. Dezember erhielt dann der Haushalt 1997 mehrheitlich und wieder eingepaßt in den Zeitrahmen grünes Licht. Die Bemühungen des rot-grünen Bündnisses um einen gemeinsamen politischen Weg kennzeichneten vielfach die Schlagzeilen und beschäftigten die Kommentatoren. Ministerpräsident Johannes Rau und die SPD-Fraktion nahmen die Verabschiedung des 96er Etats in diesem Frühjahr zum Anlaß, darauf hinzuweisen, die Koalition habe ihre erste wirkliche Bewährungsprobe bestanden. Die parlamentarischen Aussprachen das Jahr über wurden thematisch indessen vor allem von der Misere öffentlicher Finanzen, dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, den Fragen nach der wirtschaftlichen Zukunft des Landes sowie den Auswirkungen Bonner Beschlüsse bestimmt. SPD und GRÜNE sprachen von Gefährdung des sozialen Konsenses. Die CDU-Opposition sah beim Regierungslager kein Konzept zur Bewältigung der schwierigen Situation. Doch der Landtag führte nicht nur Generaldebatten. Er erarbeitete auch viele Sach- und Fachthemen etwa aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Hochschulen, Schulen und Bildung, Rundfunk, Flughäfen, Landwirtschaft usw. Höhepunkte im Jahr 1996 waren sicher die Feiern aus Anlaß von 50 Jahren Land Nordrhein-Westfalen am 1. und 2. Oktober.*

#### 18. Januar

Der Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) griff das Thema „Scientology Church“ auf. Alle Fraktionen waren sich einig, daß es sich bei dieser sogenannten „Kirche“ um einen neuen politischen Organisationstypus handele, der auf Dauer eine große Gefahr für die Demokratie in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen darstelle. Ob der Verfassungsschutz des Landes zur Beobachtung eingeschaltet werden sollte, darüber gingen allerdings die Meinungen auseinander.

#### 24. Januar

In zweiter Lesung verabschiedete der Landtag das achte Rundfunkänderungsgesetz. Ziel des Gesetzes: Regelung der Kabelbelegung und Sicherung der Meinungsvielfalt. Dabei waren sich die Fraktionen einig, daß es auch nach der Neuregelung bei Engpässen in der Kabelbelegung bleiben werde. Die Telekom könnte dagegensteuern, indem sie das sogenannte Hyperband freigäbe. Als wichtig wurde bezeichnet, daß die Landesregierung die Digitalisierung der Datennetze im Land vorantreibe.

#### 25. Januar

Ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Härtefälle unter den rund 320 000 bosnischen Flüchtlingen in Deutschland forderten die GRÜNEN in einer Aktuellen Stunde. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) bekräftigte, die Rückführung der rund 75 000 bosnischen Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen werde ohne Zeitdruck und in Würde und Sicherheit erfolgen. Auch die CDU hielt es für selbstverständlich, daß die Rückführung nicht pauschal und auf einen Schlag erfolgen könne.

#### 26. Januar

Die Gespräche beim Bundeskanzler über ein „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ wurden von den Fraktionen unterschiedlich beurteilt. Die CDU stimmte zu und forderte die Landesregierung auf, entsprechend zu handeln. Die SPD verhielt sich abwartend, ob die verabredeten Maßnahmen greifen würden. Für die GRÜNEN taugte der verabredete Maßnahmenkatalog nicht zu einem Beschäftigungsaufbau.

#### 7. Februar

Unter der Leitung von Friedrich Hofmann (SPD) hörte der Ausschuß für Kommunalpolitik Sachverständige zum Gutachten des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (IFO), das der Innenminister zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Auftrag gegeben hatte. Landesregierung und SPD wollten das Gutachten noch im laufenden Jahr umsetzen. Die CDU sprach sich für einen längeren Beratungszeitraum aus. Eine der wesentlichen Empfehlungen des Gutachtens betraf die Ermittlung des Finanzbedarfs der Gemeinden durch einen neuen Hauptsatz und einen Sockelbetrag für Gemeinden bis zu 25 000 Einwohnern.

#### 14. Februar

Rund fünfeinhalb Stunden dauerte die Anhörung des Verkehrsausschusses zu „Nachtflugbeschränkungen auf dem Flughafen Köln/Bonn“ unter der Leitung von Manfred Hemmer (SPD). Fluglärmgegner beklagten die Zunahme des Nachtverkehrs. Betriebsräte beschworen die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten durch die Forderung nach einer Kernruhezeit.

#### 4. März

Schwerpunkt einer Informationsreise des Kulturausschusses unter Vorsitz von Leonhard Kuckart (CDU) war die Entwicklung in der Zusammenführung der ehemals im Ost- und Westteil Berlins getrennten staatlichen preußischen Sammlungen und die zukünftige Sicherung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Weiteres Ziel: Potsdam. Dort standen Gespräche mit dem korrespondierenden Landtagsausschuß des Partnerlandes Brandenburg auf dem Programm.

#### 7. März

Der Internationale Frauentag wurde im Landtag vielseitig begangen. Eine Podiumsdiskussion, an der Politikerinnen und ausländische Mitbürgerinnen teilnahmen, ging auf Fragen der Diskriminierung ein und forderte politische Maßnahmen zu ihrer Überwindung. Das Rahmenprogramm für etwa 300 Gäste gestalteten Musik- und Tanzgruppen. Auch ein Frauentheater war dabei. Landtagsvizepräsident Dr. Hans Ulrich Klose betonte bei seiner Begrüßung, der Landtag solle ein Ort der Begegnung sein.

#### 13. März

Der Landtag beriet an zwei Tagen in zweiter Lesung den Landeshaushalt 1996. Die Beratung setzte beim Etat des Wirtschaftsministers an und endete beim Einzelplan „Allgemeine Finanzverwaltung“. Die angespannte Finanzlage von Land und Kommunen, die hohe Arbeitslosigkeit und spezifische Krisenerscheinungen kennzeichneten die Aussprache. Mehrfach wurde der Ruf nach gemeinsamem Handeln laut.

#### 20. März

In dritter Lesung verabschiedete der Landtag den Landeshaushalt 1996. SPD und GRÜNE gaben mit ihrer Koalitionsmehrheit grünes Licht für das Haushaltsgesetz 1996 gegen die Stimmen der CDU. Die Aussprache wurde noch einmal zu einer Generaldebatte, bei der die Union heftige Angriffe gegen die GRÜNEN richtete, während die SPD die Verabschiedung des Etats dahingehend wertete, daß die Koalition ihre erste wirkliche Bewährungsprobe bestanden habe. Auch Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bekannte sich zum rot-grünen Bündnis.

#### 16. April

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung unter seiner Vorsitzenden Ingrid Fitzek (GRÜNE) führte eine Anhörung zu einem CDU-Antrag durch, wonach die Neuordnung des Hochschulzuges umgehend neu geregelt werden sollte. Bei dem Hearing spielte vor allem die Problematik des Abbruchs einmal eingegangener Studien eine Rolle. Die Gelder, die der Staat in Studienabbrecher allein in NRW investiere, bezifferte man mit 1,2 Milliarden Mark. Mangelnde Studierfähigkeit als einzigen Grund für Studienabbruch anzusehen, wurde als Begründung indessen nicht akzeptiert.

#### 18. April

Bei einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Verkehrsausschusses unter der Leitung von Klaus Stallmann (CDU) gedachten Abgeordnete und Regierungsvertreter der 16 Todesopfer der Brandkatastrophe auf dem Düsseldorfer Flughafen. Grundlage der Beratungen bildete eine 16seitige Vorlage der Landesregierung, in der der Ablauf des verheerenden Großfeuers und mögliche Maßnahmen aufgezeichnet waren, damit sich eine solche Katastrophe nicht wiederholen könne.

#### 24. April

Zu Beginn einer Plenarsitzung gedachte der Landtag in Trauer der 16 Todesopfer der Brandkatastrophe auf dem Düsseldorfer Flughafen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnerte daran, daß rund 60 weitere Menschen zum Teil schwer verletzt worden seien. Er sprach den Angehörigen und Opfern sein tiefes Mitgefühl aus. Ausdrücklich dankte der Präsident allen, die geholfen hatten. In einer Regierungserklärung zu dem katastrophalen Brandfall bestätigte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), daß zum Zeitpunkt des Brandausbruchs im Zwischendeckenbereich Baustoffe gewesen seien, die nicht dem Brandschutzkonzept entsprochen hätten.

#### 25. April

Die CDU setzte sich dafür ein, den kriminellen Mißbrauch neuer Medien der Datenfernübertragung zu bekämpfen und damit vor allem Kinderpornographie zu verhindern. Bei einer plenaren Aussprache bezeichnete die Union diesen Tatbestand als „besonders abscheulichen Mißbrauch“. Von der SPD

wurde darauf hingewiesen, daß es von der Struktur her sehr schwierig sei, diese Datennetze zu kontrollieren. Auch die GRÜNEN betonten, die CDU könne das nicht verhindern, schon gar nicht abschalten, dazu noch weltweit.

#### 22. Mai

Durch Zufall aufgedeckte illegale Praktiken in der Kälbermast standen im Mittelpunkt einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter dem Vorsitz von Heinrich Kruse (CDU). Der Vorsitzende befürchtete nach den Folgen des ersten Kälbermastskandals von 1988 weitere irreparable Schäden für die Kälbermast in Deutschland. Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) teilte mit, 54 Betriebe seien in die Überprüfung einbezogen worden.

#### 28. Mai

Die Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ kam unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) zu ihrer ersten Arbeitstagung zusammen, die der Einordnung der Fragestellungen des Auftrages und der Konkretisierung des Arbeitsprogrammes diene. Wissenschaftler referierten über Tendenzen der künftigen Arbeitswelt und skizzierten Wege zurück zur Vollbeschäftigung.

#### 12. Juni

Um die Umgestaltung der Primarstufe in eine „Schule der Zukunft“ ging es bei einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter dem Vorsitz von Heinrich Meyers (CDU). Dabei kamen Fragen nach einer zensurfreien Grundschule, nach Nachteilen für die Kinder beim Übergang in weiterführende Schulen sowie nach der Zukunft des gegliederten Schulsystems zur Sprache.

#### 13. Juni

Die Zukunft des Ständehauses, in dem der Landtag viele Jahre getagt hatte, erschien wieder einmal ungewiß. Nachdem Staatskanzlei und Bauminister zuvor dem historischen Gebäude die Eignung als Dependence der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen attestiert hatten, machte Finanzminister Heinz Schlußer solche Planungen im Hauptausschuß unter dem Vorsitz von Klaus Matthiesen (beide SPD) von der Refinanzierung abhängig. Die CDU befürchtete bereits das Aus für den zweiten Standort der „Staatsgalerie“ des Landes.

#### 19. Juni

In einer Regierungserklärung verteidigte Schulministerin Gabriele Behler (SPD) die Verlängerung der Lehrerarbeitszeit und die Erhöhung der Pflichtstundenzahl. Die CDU nannte das Konzept der Ministerin zur Sicherung der Unterrichtsversorgung an nordrhein-westfälischen Schulen einen „Flickenteppich von Notmaßnahmen“. Die GRÜNEN machten ihre Zustimmung zu dem Arbeitszeitkompromiß von dessen zeitlicher Befristung abhängig.

#### 31. August

Am letzten Wochenende des August besuchten rund 35 000 Bürgerinnen und Bürger aus allen Landesteilen und den Nachbarländern an zwei Tagen der offenen Tür den Landtag. Landtagspräsident Ulrich Schmidt stellte zwei Ausstellungen vor. Die eine ermöglichte unter dem Titel „Damals wir, Ruhrgebiet ... 1946“ in Fotos aus dem Essener Ruhrlandmuseum einen Blick auf

die Zeit kurz nach dem Krieg. Eine zweite, „Gesundheitsland NRW“ wies als Gemeinschaftspräsentation auf die vielfältigen Kur- und Heilmöglichkeiten in Ostwestfalen-Lippe hin. Höhepunkte aber waren Darbietungen indonesischer Tanzformationen im Beisein des indonesischen Botschafters.

#### 4. September

Aus dem Zwischenlager im münsterländischen Ahaus dürfe kein zweites Gorleben werden, meinten die GRÜNEN in einer Aktuellen Stunde. Die SPD betonte, sie halte am schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie fest. Die CDU-Opposition indes nannte die Debatte „scheinheilig“. Wer die Kernenergie beerdigen wolle, müsse auch für die Beerdigungskosten geradestehen, hieß es.

#### 11. September

Das Land fühle sich besonders der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen verpflichtet. Zusammen mit den Beiträgen der Europäischen Union stünden 1997 rund 800 Millionen Mark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereit. Gut zwei Drittel davon finanziere das Land, erklärte Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes 1997. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) betonte bei der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die Landesregierung unternehme alles, um die kommunalen Handlungsspielräume zu wahren.

#### 11. September

Bei der ersten Lesung wertete die Koalition von SPD und GRÜNEN den Haushaltsentwurf als Zeichen solider Struktur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die CDU hielt dagegen dem Finanzminister vor, die 142 Milliarden Mark Schulden des nächsten Jahres habe er in seiner Einbringungsrede nicht erwähnt. Der Finanzminister selbst bekräftigte, er kapituliere vor nichts.

#### 11. September

4 832 Bitten und Beschwerden zu Schulproblemen, Planungsfragen, zur Arbeit der Polizei und des Finanzamts, zum Beitrags- und Abgabenrecht und zu Versorgungsansprüchen sind seit Beginn der 12. Legislaturperiode beim Petitionsausschuß des Landtags eingegangen. Darauf wies dessen Vorsitzende, Barbara Wischermann (CDU), in ihrem Jahresbericht im Plenum des Landtags hin.

#### 20. September

Eine Überraschung kündigte Landtagspräsident Ulrich Schmidt den 250 Kindern und Jugendlichen aus 40 Schulen des Landes bei der Veranstaltung „Kinder im Parlament“ an: Den Besuch des ehemaligen Staatspräsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow. Der russische Politiker und seine Frau Raissa waren sichtlich angetan von dem Empfang, den ihnen dann die jungen Leute bereiteten.

#### 23. September

Der Europa-, der Wirtschafts- und der Haushaltsausschuß des Landtages hörten Sachverständige aus Politik und Wirtschaft, von Banken, Gewerkschaften, Verbraucherverbänden und Versicherungen zum „Euro“ an. Fragen der Sicherheit einer neuen europäischen Währung standen dabei im Vordergrund. Der Präsident der Landeszentralbank, der frühere Landeswirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen warnte vor zu hohen Erwartungen und einem überhasteten Start.

#### 1. Oktober

Rund 2 500 Politiker, Prominente sowie Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen feierten am Vorabend des Festtages in der Düsseldorfer Rheinterrasse den 50. Geburtstag des Landes Nordrhein-Westfalen. Die bürgernahe Gala dauerte fünf Stunden. Moderator des Abends war der Schauspieler und Entertainer Karsten Speck. Es traten Stars wie Lucilectric und Heino auf, der mit dem Landtagspräsidenten im Duo „Einer von uns“ sang.

#### 2. Oktober

In der Düsseldorfer Tonhalle fand der Festakt „50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen“ statt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßte Bundespräsident Professor Dr. Roman Herzog und Bundestagspräsidentin Professor Dr. Rita Süßmuth, den Präsidenten des Europaparlamentes Dr. Klaus Hänsch und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau sowie, unter viel Beifall, den zweiten Sohn der britischen Königin, Prinz Andrews, Herzog von York. Bundespräsident Herzog nannte den deutschen Föderalismus einen der gängigsten verfassungspolitischen Exportartikel.

#### 9. Oktober

Die drei im Landtag vertretenen Fraktionen einigten sich darauf, eine erneute Bewerbung des Ruhrgebiets um die Olympischen Spiele zu prüfen. Damit griffen sie eine Initiative des Dortmunder Oberbürgermeisters Samtlebe auf, der als Vorsitzender des Arbeitskreises „Olympia im Ruhrgebiet“ sich nach den Spielen von Atlanta für 2008 im Revier stark gemacht hatte. Ein Gespräch des Sportausschusses mit dem Präsidenten des IOC, Juan Antonio Samaranch, in der Schweiz einige Wochen später ergab, daß dieser eine Ausrichtung der Olympischen Spiele in einer Region wie dem Ruhrgebiet für möglich hielt.

#### 13. November

In zweiter Lesung verabschiedete der Landtag mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der CDU den 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Die SPD begrüßte, daß Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis über die Jahrtausendgrenze hinaus gesichert würden. Die CDU sprach sich für eine stärkere wirtschaftliche Strukturreform der ARD aus. Die GRÜNEN nannten die im Staatsvertrag enthaltene Gebührenerhöhung für ARD und ZDF lebenswichtig.

#### 14. November

Auf Antrag von SPD und GRÜNEN debattierte der Landtag über einen „Beteiligungskapitalfonds NRW“. Mit dem Papier sollten die landespolitischen Ziele der Schaffung neuer Existenzen, die Ermöglichung von Betriebsübernahmen und damit die Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen unterstützt werden. Die CDU begrüßte, daß die Landesregierung die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen stärker berücksichtigen wolle.

#### 11. Dezember

Der Landtag beriet das Haushaltsgesetz 1997 in zweiter Lesung und verabschiedet mehrheitlich die Einzelpläne des Landtags, der Ministerien und des Landesrechnungshofes. Am 18. Dezember wurde dann in dritter Lesung nach einer Generaldebatte für den Haushalt sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die CDU-Opposition grünes Licht gegeben.

**SPD-Fraktion****Müll auf Billigdeponien ist Schande für die Umwelt**

Die SPD-Landtagsfraktion drängt darauf, daß alles getan wird, damit die Abfallgebühren im Griff behalten und die Entsorgungssicherheit nach höchstmöglichem ökologischen Standard gewährleistet ist. Es gelte, Planungs- und Investitionssicherheit für Kommunen und Abfallwirtschaftsbetriebe zu schaffen. Die Landesregierung sei aufgefordert, nach der Denkpause aufgrund des Mengenrückgangs beim Abfall und der Überprüfung der Abfallwirtschaftskonzepte jetzt in klaren Konzepten ihre abfallpolitischen Ziele darzustellen.

Als Hauptproblem sieht die Fraktion das Ablagern unbehaltener Abfälle auf Deponien, die nicht den Vorgaben der Technischen Anleitung Siedlungsabfall entsprechen. „Müll wird ökonomisch und ökologisch fehlgeleitet“, stellt SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen fest. Deshalb könne auch überhaupt keine Rede davon sein, Müllverbrennungsanlagen seien so teuer, weil es zu wenig Müll gebe. „Der wirkliche Skandal ist“, so Matthiesen, „daß Müll immer noch auf Billigdeponien landet.“ Das sei eine Schande für die Umwelt. Und das sei der wahre Grund dafür, daß in Gemeinden, die Abfall ökologisch verantwortungsbewußt in Verbrennungsanlagen entsorgen würden, die Müllabfuhrgebühren explodierten.

Vor diesem Hintergrund hat der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Bernhard Kasperek, die Überprüfung von Laufzeiten und Einzugsbereichen aller Deponien gefordert. „Deponien, die nicht die Anforderungen der TA Siedlungsabfall erfüllen, müssen je nach ihrem ökologischen Gefährdungspotential und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen in einem abgestuften Verfahren stillgelegt werden“, lautet Kaspereks Forderung an die Landesregierung. Außerdem sollten die Kommunen regionale und landesweite Kooperationen verabreden. Bezirksregierung und Landesregierung müßten diesen Prozeß unterstützen und begleiten. Alle vorhandenen und im Bau befindlichen Müllverbrennungsanlagen und alle den Vorschriften der TA Siedlungsabfall entsprechenden Deponien seien in die regionale und landesweite Planung einzubeziehen. Ihre Auslastung sei sicherzustellen. Nur mit einem fairen Belastungsausgleich innerhalb der zu schaffenden Kooperationsräume könne eine Begrenzung der Abfallgebühren erreicht werden, betonte Kasperek.

Klärungs- und Handlungsbedarf sieht Kasperek auch bei sogenannten biologisch-mechanischen Anlagen. Hier müsse eine falsche Weichenstellung mit fatalen Folgen verhindert werden. Abgesehen davon, daß diese Anlagen zumindest derzeit noch nicht in der Lage seien, die technischen Vorgaben der TA Siedlungsabfall einzuhalten, würde der Zubau solcher Anlagen die Auslastungsprobleme bei den Müllverbrennungsanlagen noch vergrößern. Kasperek: „Aus Gründen der Rechtssicherheit, aber besonders auch unter dem Gesichtspunkt der Begrenzung der Gebührenbelastung muß die Auslastung aller Verbrennungsanlagen und Deponien, die der TA Siedlungsabfall entsprechen, Vorrang haben vor dem Zubau weiterer Anlagen und der Erprobung oder Einführung neuer Techniken.“

**CDU-Fraktion****BioRegio positiv für Strukturwandel**

Mit der Förderung von Biotechnologie-Firmen kann Nordrhein-Westfalen nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion den Strukturwandel in der Region einen großen Schritt nach vorne bringen. Wie Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linszen nach Gesprächen mit Vertretern der Initiative BioGenTec NRW erklärte, „steckt in der Region Aachen/Köln/Düsseldorf/Wuppertal ein beeindruckendes biotechnologisches Potential, das es verdient hat, weiter gefördert und ausgebaut zu werden“. Linszen nannte das von der Initiative erarbeitete Projekt „BioRegio Rheinland“, mit dem NRW erfolgreich am BioRegio-Wettbewerb der Bundesregierung teilgenommen hat, überzeugend. Linszen weiter: „Ich bin sicher, daß in der BioRegio Rheinland ein Netzwerk geschaffen werden kann, das über eine Verbindung von Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Forschung, Managementberatung und Bereitstellung von Risikokapital für die Ansiedlung weiterer hochinnovativer Mittelstandsbetriebe im Bereich der Biotechnologie sorgen wird.“ Nachdem Nordrhein-Westfalen erfreulicherweise zu den Siegern des Bundeswettbewerbs gehöre, werde die Umsetzung dieses Konzeptes einen wertvollen Beitrag zum notwendigen Strukturwandel leisten, betonte der CDU-Fraktionschef.

Besorgt zeigte sich Linszen über die Uneinigkeit der rot-grünen Landesregierung in Fragen der Biotechnologie: „Wir können nur hoffen, daß die Querelen in der Regierung Rau/Höhn der Realisierung dieses Konzeptes nicht im Wege stehen. Wenn beispielsweise der Eindruck entsteht, daß infolge von Bedenken der Umweltministerin Freilandversuche nicht zügig genehmigt werden, könnten Zweifel aufkommen, ob die Umsetzung des Konzeptes überhaupt politisch gewollt ist.“

**Bestand der Hochschule sichern**

Als wichtigen Schritt, um den Bestand der Universität Witten/Herdecke zu sichern“, hat der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Kuhmichel, die Absicht der Landesregierung bezeichnet, der Hochschule in den nächsten fünf Jahren insgesamt 50 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. „Mit dieser Zusage folgt die Landesregierung dem Antrag der CDU-Landtagsfraktion, die Universität bei ihren Bemühungen um wirtschaftliche Selbständigkeit zu unterstützen“, erklärte Kuhmichel.

Die Privat-Uni habe nun die Chance, mit Hilfe von Landesmitteln und Privatpenden ihre Arbeit fortzusetzen und parallel dazu eine Stiftung aufzubauen, die den Hochschulbetrieb langfristig auf eigene Beine stelle.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

**DIE GRÜNEN-Fraktion****Demokratische Spielräume für Betroffene nutzen**

Wer hat sich nicht schon einmal über eine Behörde geärgert? Dies Gefühl, einer allmächtigen und zuweilen auch selbstherrlichen Bürokratie gegenüberzustehen, bringt ja gelegentlich auch gestandene Parlamentarier aus der Fassung. Für die meisten Menschen bedeutet es aber nicht nur Ohnmachtsgefühle zu haben, sondern auch handfeste oder gar existentielle Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Dies betrifft alle Bereiche, wo Menschen mit Behörden zu tun haben, im Baubereich genauso wie im Sozial- und Ausländerrecht, aber auch in allen anderen Bereichen.

Zwar haben die Beschlüsse des Petitionsausschusses nur empfehlenden Charakter, aber im Bereich der Überprüfung des Verwaltungsaktes und im Ausloten von anderen Möglichkeiten gibt es auch Chancen, etwas zu bewegen.

Und so ist es für die Petenten, die oftmals schon eine lange Auseinandersetzung mit der Behörde hinter sich haben, allein eine Genugtuung zu sehen, daß die Behörde doch nicht allmächtig ist und es eine demokratisch legitimierte Kraft mit Überprüfungsrechten gibt. Leider ist in der Tat vielfach festzustellen, daß sich viele Behörden bzw. Beschäftigte in den Behörden nicht als Servicebetrieb für das Volk verstehen, sondern als Aufsichts- und Lenkungsorgan, damit „das Volk keine Fehler macht“. Jeder Bauwille ist insgeheim eine Last für das Bauamt, zumal er seine Dachneigung vielleicht ein wenig anders anfertigte als vorgesehen, jeder, der sich über starken Straßen- oder Fluglärm beklagt, ist ein Querulant, der „das Gemeinwohl mißachtet“, jeder Ausländer, der behauptet, im Falle der Abschiebung drohe ihm Folter, lügt, denn das haben die gründlichen deutschen Behörden doch schon festgestellt, daß das nicht sein kann, und nun sei die Behörde doch nach Recht und Gesetz gezwungen abzuschieben.

Es ist kein Wunder, daß die Petitionen, die im Zusammenhang mit dem Ausländerrecht stehen, mehr als 20 Prozent aller Petitionen im Ausschuß ausmachen. (Bei den Petitionen, die direkt an die GRÜNE Fraktion gehen, beträgt der Anteil der Ausländerpetitionen über 50 Prozent.) Und obwohl wir keine Wunder vollbringen können, ist unsere Erfolgsquote selbst im Ausländerbereich ausgesprochen hoch.

Hoch ist auch der Arbeitsaufwand, den die drei Mitglieder der GRÜNEN im Petitionsausschuß betreiben. Ein halbes Dutzend Ortstermine pro Woche, kreuz und quer durch ganz NRW, das ist keine Seltenheit. Aber trotz hoher Belastung, die mit keiner anderen Tätigkeit im Landtag vergleichbar ist, macht diese Arbeit Spaß. Es macht einfach Spaß, unmittelbare Erfolge zu sehen, zu sehen, wie die Menschen sich freuen, wenn sie nach dem Termin wissen, daß sie bleiben dürfen, obwohl sie morgens noch im Abschiebeknast saßen, oder wenn Leute, die sich noch gestern in Existenznot sahen, weil eine Behörde finanzielle Forderungen sofort und unnachgiebig durchsetzen wollte, nun doch mit sich reden läßt.

## Personalien

**Leonhard Kuckart** (CDU), Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Kulturausschusses, begeht am 13. Januar 1997 seinen 65. Geburtstag. Der Politiker aus Schwelm, von Beruf Verkaufsleiter, gehört der CDU seit 1996 und dem Landesparlament seit Mai 1980 an. Kuckart ist Vorsitzender des CDU-Kreises Ennepe-Ruhr und Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Westfälisches Industriegebiet. Bis 1980 war er Mitglied des Rates der Stadt Schwelm und führte die CDU-Fraktion. Ebenfalls 65 Jahre alt wird am 16. Januar 1997 **Georg Gregull** (CDU). Der Landtagsabgeordnete aus Remscheid, von Beruf Sozialarbeiter, der aus Reichenberg in Ostpreußen stammt, ist seit 1972 Geschäftsführer im Caritas-Verband. Der CDU gehört er seit 1962, dem Landtag seit 1985 an. Bis 1981 führte er den Kreisverband der CDU-Remscheid. Seit 1977 hat er auch den Fraktionsvorsitz im Rat der Stadt inne. Bis 1990 gehörte er ferner der Landschaftsversammlung an und war Vorsitzender des Landesjugendwohlfahrtsausschusses. Im Landtag ist er Mitglied der Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie Migrationsangelegenheiten.

★

**Dr. Norbert Walter-Borjans** ist von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) als Nachfolger von **Dr. Wolfgang Lieb** zum Regierungssprecher berufen worden. Lieb wechselt als Staatssekretär in das Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Der Volkswirt Walter-Borjans war von 1991 bis 1995 stellvertretender Regierungssprecher. Er hatte seine berufliche Laufbahn nach Studium und Diplom in Bonn 1978 im Produkt Management der Henkel KGaA in Düsseldorf begonnen. 1980 folgte eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Köln. 1984 trat er in die Gruppe „Regierungsplanung“ der Düsseldorfer Staatskanzlei ein. Von 1986 bis 1990 gehörte er dem Bundesvorstand des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) an. Der Niederhainer Walter-Borjans ist verheiratet, hat vier Kinder und lebt in Köln.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

*Es scheint eine Laune der politischen Natur zu sein, daß die meisten Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen auf Namen hören oder hörten, die mit einem „Mann“ enden: Grund-, Farth-, Heinemann hießen sie. Die Kette wurde nur von den Figgens und Münteferings unterbrochen. Und nun setzt sie Axel Horstmann fort.*

*Der 42jährige hat einen sozialdemokratisch durchgeprägten Lebensweg hinter sich, wie er heute eigentlich nur noch höchst selten gemacht wird: Vater Dreher, später kleiner Verwaltungsangestellter, Mutter Friseurin — „kleine Leute“, wie er selbst ganz ohne proletarisches Pathos sagt. Evangelische Volksschule im ostwestfälischen Enger, Widukind-Gymnasium, 1973 Abitur. Ein teures Studium auswärts kam nicht in Frage. Wäre da nicht die gerade gegründete Uni Bielefeld direkt vor der Haustür gewesen, er hätte wohl eine Lehre gemacht. So kann er Volkswirtschaft studieren, macht 1979 das Diplom und wird 1986 zum Dr.rer.pol. promoviert. — Horstmann, ein Kind sozialdemokratischer Bildungspolitik.*

*Im selben Jahr übernimmt Horstmann das Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften bei der Stadt Detmold, ein Jahr später wird er Stadtkämmerer und Dezernent für Wirtschaftsförderung und 1990 Stadtdirektor in Detmold. Parallel dazu läuft die Karriere in der SPD, der Horstmann 1972, im Jahr der Willy-Wahl, beitrifft. Von 1979 bis 1987 gehört er dem Rat seiner Geburts- und Heimatstadt Enger an, zuletzt als Fraktionschef. Von 1980 bis 1982 ist er stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, was seinen Ruf begründet, ein Parteilinker zu sein. Seit 1982 sitzt er im Vorstand des mit knapp 24 000 Mitgliedern kleinsten nordrhein-westfälischen SPD-Regionalsprengels, des Bezirks Ostwestfalen-Lippe, dem er seit 1988 vorsitzt. Und 1994 wird der Wirtschaftsexperte auf Vorschlag von Partei- und Regierungschef Johannes Rau Schatzmeister der NRW-SPD.*

*Den bisherigen Höhepunkt seiner Laufbahn erreicht Horstmann am 27. November 1995: Ein halbes Jahr nach der letzten Landtagswahl, die für die SPD das Ende der absoluten Mehrheit bedeutete, holt ihn Rau in sein rot-grünes Kabinett, wo er die Nachfolge von Franz Müntefering antritt, der in Bonn SPD-Bundesgeschäftsführer geworden ist. Horstmann hat sich für dieses Amt nicht zuletzt durch sein Geschick bei den Koalitionsverhandlungen mit den GRÜNEN qualifiziert, die in ihm einen verlässlichen Partner sehen. Wohl auch, weil er zur Koalition steht und meint, es gebe „keine bessere Option“.*

*Für einen Linken mag er nicht gelten. Damit habe er „große Schwierigkeiten“ sagt er. Aber zu den Repräsentanten des „Status quo“, die alles beim alten lassen wollten, gehöre er auf keinen Fall. Mithin begreift er sein Ministeramt als „emanzipatorische Aufgabe“. Er wolle die Menschen befähigen, so zu leben, wie sie es*



Dr. Axel Horstmann (SPD)

*möchten statt sie zu versorgen. Darauf ist seine Politik vor allem für Alte und Behinderte gerichtet.*

*Größte Sorge aber mache ihm die hohe Arbeitslosigkeit, die trotz verbesserter Konjunktur weiter zunehme. Und stolz präsentiert er seine Bilanz: Während Bundesarbeitsminister Blüm Milliarden habe abgeben müssen, sei es ihm gelungen, die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik deutlich anzuheben — „und das in einem Sparhaushalt.“ Horstmann, der kein Mann großer Worte, eher der leisen Töne ist, ahnt freilich auch, daß die „wirklich schwerwiegenden Eingriffe“ in die Sozialhaushalte erst noch kommen. „Wir stehen jetzt an der Kante“, sagt er mit Blick auf die Bergeleute, von denen bisher noch keiner ins Bergfreie gefallen sei. „Ich glaube, daß die Ruhe im Lande eine Täuschung ist.“*

*Auch innerparteilich bemüht sich Horstmann um Desillusionierung. Zusammen mit seiner ostwestfälischen Parteifreundin Gabriele Behler, der Schulministerin, hat er zur Reform der alten Tante SPD Gedanken zu Papier gebracht, die Abschied nehmen von einem Gesellschaftsmodell, das von Großindustrien und Großgruppen geprägt wird. Das ist ihm als Absage an die traditionelle SPD-Anhängerschaft des Ruhrgebiets und die Gewerkschaften vorgehalten worden. Was Horstmann nicht gelten läßt. Neue gesellschaftliche Entwicklungen verlangten von der SPD neue Antworten, hält er seinen Kritikern vor, die ihn zu nahe bei den GRÜNEN orten.*

*Dem politischen Dauerstreß kann sich Ehemann und Familienvater Horstmann nur selten entziehen. Dann zieht es ihn mit dem ältesten seiner drei Kinder aus Herzog Widukinds Revier ins Reich von König Fußball. Bei Borussia Dortmund hat er zwei Dauerkarten. Und sonntags sieht man ihn gelegentlich beim Joggen durch den Teutoburger Wald.*

Bernd Kleffner

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 18. Dezember 1996 bis 20. Januar 1997

- 18.12. **Frank Sichau** (SPD), 49 J.  
 21.12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 59 J.  
 21.12. **Gerhard Wirth** (SPD), 45 J.  
 22.12. **Josef Wilp** (CDU), 58 J.  
 22.12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 49 J.  
 24.12. **Hans Frey** (SPD), 47 J.  
 25.12. **Heinz Wirtz** (SPD), 53 J.  
 29.12. **Bodo Champignon** (SPD), 55 J.  
 30.12. **Walter Grevener** (SPD), 66 J.  
 1. 1. **Claudia Nell-Paul** (SPD), 43 J.  
 5. 1. **Roland Appel** (GRÜNE), 43 J.  
 8. 1. **Hubert Schulte** (CDU), 52 J.  
 9. 1. **Willi Zylajew** (CDU), 47 J.  
 13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 65 J.  
 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 57 J.  
 13. 1. **Volkmar Klein** (CDU), 37 J.  
 16. 1. **Dr. Johannes Rau** (SPD), 66 J.  
 16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 65 J.  
 16. 1. **Franz Müntefering** (SPD), 57 J.  
 17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 47 J.  
 19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 56 J.  
 19. 1. **Thomas Mahlberg** (CDU), 32 J.  
 20. 1. **Hermann-Josef Arentz** (CDU), 44 J.

★

**Marc Jan Eumann** (SPD) und **Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sind auf Vorschlag der drei Fraktionen vom Landtag für die Berufung zu ordentlichen Mitgliedern des Europäischen Medieninstituts vorgeschlagen worden. Die Berufung gilt für die 12. Wahlperiode. Eumann ist Nachfolger des ausgeschiedenen Abgeordneten **Jürgen Büssov**, Frau Hieronymi hat dem Institut bereits in der 11. Legislaturperiode angehört. Die Berufung erfolgt durch das Präsidium des Europäischen Medieninstituts.

★

**Laurenz Meyer** (CDU), Landtagsabgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, ist von der Handwerkskammer Düsseldorf mit dem Georg-Schulhoff-Preis 1996 ausgezeichnet worden. Der Preis in Höhe von 10 000 Mark wurde dem CDU-Politiker für hervorragende Leistungen zur Förderung der beruflichen Bildung zuerkannt. In der Laudatio heißt es, im Hinblick auf die langfristige Absicherung des Wirtschaftsbereiches Handwerk und dessen außerordentlicher Ausbildungsleistung habe sich Laurenz Meyer als ein wesentlicher Motor und Ideengeber bei der Realisierung der Meistergründungsprämie in NRW erwiesen. Der Finanz- und Wirtschaftsexperte habe ferner maßgeblichen Anteil am Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen. Neben Meyer gehört auch der SPD-Landespolitiker **Bodo Hombach**, wie berichtet, zu den Preisträgern.

★

**Horst Dieter Kückmann** ist neuer Pressesprecher des SPD-Landesverbandes. Er wurde 1960 in Lemgo geboren. Nach einem Praktikum bei der Lippischen Landeszeitung in Detmold wechselte er zu einem Fachverlag nach Dortmund. Er volontierte bei der FAZ und wurde Redakteur für deren Rhein-Main-Zeitung. 1990 wechselte er zur Neuen Westfälischen. Zuletzt war er Dezernent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Bezirksregierung Detmold.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Weihnachtsbaum aus nächster Nähe

Kurze Transportwege sind ein Kriterium für den schonenden Umgang mit Ressourcen. Darum empfehlen die NRW-Waldbauern für die kommende Weihnachtszeit, den Weihnachtsbaum aus nächster Nähe zu beziehen. Diesem Grundsatz wurde auch der Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen gerecht, als er, mittlerweile schon traditionell, dem Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt (SPD), kürzlich drei Weihnachtsbäume aus der Umgebung von Düsseldorf übergab. In Anwesenheit des Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Heinrich Kruse (CDU), und weiteren Ausschussmitgliedern, erläuterte der stellvertretende Vorsitzende des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen, Bertram Welz, daß die nordrhein-westfälischen Waldbauern im Wege der forstlichen Vornutzung oder in besonderen Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen Bäume in bester Qualität erzeugten, die dem Verbraucher einschlagsfrisch ins Haus kämen. Viele Waldbauern ließen auch die Käufer sich ihren „Baum des Jahres“ selber im Wald aussuchen. Der frische Einschlag biete die Gewähr für Haltbarkeit über die ganzen Festtage. Diese sei bei importierten Weihnachtsbäumen, zumeist aus Dänemark, nicht garantiert. Der in Deutschland meistgekaupte Weihnachtsbaum sei, so berichtete der Waldbauernvorsitzende, mit über 70 Prozent die Fichte. Diese Bäume stammten aus Durchforstungsmaßnahmen, mit denen die Waldbauern stabile, gesunde, laubholzbeigemischte Nadelholzbestände erzeugten. Die Verwendung von heimischem Holz werde heute aus Gründen der Sicherung der Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung, aus vielen Umweltgründen und weil dieser ökologische und gesunde Baustoff sich vermehrter Beliebtheit erfreue, gesteigert. Holz habe eine sehr günstige Energiebilanz: Eine Tonne Rohholz erzeuge etwa 7 kW/h; fertiges Bauholz 100 bis 150 kW/h; eine Tonne Zement 1 000 kW/h; eine Tonne Glas 6 000 kW/h; eine Tonne Kunststoff 8 bis 20 000 kW/h und eine Tonne Aluminium 72 000 kW/h. Das Bild zeigt zwischen zwei Mitarbeitern des Waldbauernverbandes v. r. Clemens Pick (CDU), Horst Steinkühler (SPD), Präsident Ulrich Schmidt, Bertram Welz und Heinrich Kruse (CDU).

Foto: Schälte